

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN LÄNDLICHEN KOMMUNEN

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

14. Münchner Tage der Bodenordnung
und Landentwicklung 2012

Materialiensammlung Heft Nr. 44
Lehrstuhl für Bodenordnung und
Landentwicklung

Herausgeber

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel

BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT
IN LÄNDLICHEN KOMMUNEN
Zwischen Wunsch
und Wirklichkeit

14. Münchner Tage
der Bodenordnung und
Landentwicklung 2012

Materialiensammlung Heft Nr. 44
Lehrstuhl für Bodenordnung und
Landentwicklung

Herausgeber
Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel

Schriftleitung
Sebastian Büchs

Redaktionelle Bearbeitung
Dr.-Ing. Horst Karmann

Bezugsnachweis
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung
Technische Universität München
Arcisstraße 21 | 80333 München
www.landentwicklung-muenchen.de

ISBN 978-3-935049-44-3

© 2012 – Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung
Institut für Geodäsie, GIS und Landmanagement
Technische Universität München

Inhaltsverzeichnis

- 5 Hans Zehetmair
**Willkommensgruß
des Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung**
- 7 Rainer Beckedorf
**Grußwort
des stellvertretenden Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft
Nachhaltige Landentwicklung**
- 9 Holger Magel
**Bürgerschaftliches Engagement für die ländlichen Kommunen –
wichtiger denn je
Begrüßung und Einführung**

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

- 15 Markus Sackmann
Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für ländliche Räume
- 21 Heiner Keupp
„Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter reiht Euch ein!“

Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Wo stehen wir heute?

- 29 Thomas Gensicke
Gesellschaftliches Engagement im ländlichen Raum im Wandel
- 34 Ulrich Maly
Bürgerschaftliches Engagement – Die Keimzelle der Demokratie
- Ulrich Neubauer
43 **Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der zuzukünftigen
Förderpolitik für ländliche Räume**

Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene – Auf dem Weg zu kommunaler Governance?

- Josef Mend
49 **Die neue Rolle des Bürgers in der Kommunalentwicklung –
Was bedeutet dies für die Politik?**
- Frank Brettschneider
55 **Protest gegen Infrastrukturprojekte: Konsequenzen für die Kommunikation
von Vorhabensträgern**
- Thomas Rübke
59 **Bürgerschaftliches Engagement als Allheilmittel in Kommunen –
Chancen und Grenzen**

Engagement vor Ort – Prozesse, Chancen und Grenzen

- 67 Manfred Nüssel
Renaissance der Genossenschaften im ländlichen Raum
- 71 Josef Ober
**Inwertsetzung von Regionen durch bürgerschaftliches Engagement –
Der Weg des Steirischen Vulkanlandes**
- 77 Franz Dullinger
Regionalentwicklung durch Mobilisierung der unternehmerischen Menschen
- 79 Bernd Daum
**Nordhalben Aktiv – Möglichkeiten des Engagements in einer
schrumpfenden Kommune**
- 85 Beatrix Drago und Nina Kiehlbrei
**Neue Beteiligungsprozesse in der ländlichen Entwicklung –
Ergebnisse des Forschungsvorhabens der TUM**

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit

- 93 **Interviews auf dem Podium**
Moderation: Axel Lorig
- 95 **Interview mit Alexander Muthmann**
- 99 **Interview mit Michael Schaloske**
- 103 **Interview mit Roland Spiller**
- 105 **Interview mit Andreas Böer**
- 107 **Interview mit Gerlinde Augustin**
- 110 **Podien, Plenum – Eindrücke**
- 117 Holger Magel
**Bürgerschaftliches Engagement verlangt neue Sicht- und Handlungsweisen
Zusammenfassung**
- 123 Luz Berendt
Schlusswort
- 125 **Autorenverzeichnis**
- 127 **Teilnehmerverzeichnis**
- 135 **Bisher erschienene Hefte der Materialiensammlung**

Willkommensgruß des Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung



Sehr geehrter *Herr Prof. Dr. Magel*,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, dass ich Sie als Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung zu unserer heutigen Kooperationsveranstaltung begrüßen darf.

Wie Sie sehen, sind wir an diesem schönen Morgen nicht wie angekündigt im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung. Sie befinden sich im weltweit renommierten Deutschen Herzzentrum, das uns in überaus unkomplizierter und entgegenkommender Weise diesen schönen Hörsaal überlassen hat. Hierfür gilt dem Deutschen Herzzentrum mein herzlicher Dank!

Wir bitten Sie, meine Damen und Herren, die Unannehmlichkeiten des Umzugs zu entschuldigen. Es ist mit Sicherheit auch keine Geringschätzung dieser Tagung. Allein: Ein Bundespräsident tritt nicht alle Tage zurück. In der Folge hat dies dazu geführt, dass wir von der Partei, von der wir als politische Stiftung unsere Legitimation empfangen, so kurzfristig wie inständig gebeten wurden, unsere Räumlichkeiten für eine Begegnung zwischen den Wahlmännern und dem designierten Bundespräsidenten *Joachim Gauck* zur Verfügung zu stellen. Eine Bitte, der wir uns nicht entziehen konnten. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis!

Sehr geehrte Damen und Herren,

bürgerschaftliches Engagement ist der Hanns-Seidel-Stiftung eine Herzensangelegenheit!

In unserem Seminarprogramm finden Sie eine eigene Sparte mit Angeboten zu ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement unseres Instituts für politische Bildung. In den Seminaren geht es um ganz praktische Dinge: Rechtliche

Hilfen, Projektorganisation, Gewinnung neuer Zielgruppen und Konfliktlösung.

Wir sind mit diesem Thema auch über zahlreiche Projekte in den Entwicklungs- und Schwellenländern tätig. Als politische Stiftung treten wir national wie international für „Demokratie, Frieden und Entwicklung“ ein. Mit diesem Motto überschreibt die Hanns-Seidel-Stiftung bekanntlich ihre Arbeit und ihren Auftrag. Bürgerschaftliches Engagement spielt dabei für die Entwicklungsfähigkeit und für den sozialen Frieden eine entscheidende Rolle. Unser Institut für internationale Zusammenarbeit fördert daher die Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen und hilft auf internationaler Ebene, demokratische Institutionen im Rahmen bestehender Dezentralisierungspolitiken zu stärken.

Sie sehen: Die Spannweite dieses Themas innerhalb der Hanns-Seidel-Stiftung ist groß!

Mit unserer heutigen Konferenz soll es uns nun ganz konkret um aktuelle Formen des bürgerschaftlichen Engagements im Inland gehen – mit einem besonderen Blick auf die Herausforderungen in den ländlichen Räumen. Denken Sie beispielsweise an die Energiewende. Sie gilt zu Recht als Gemeinschaftsprojekt, denn sie kann nur gelingen, wenn alle mitmachen. Dabei geht es nicht nur um Akzeptanz, etwa bei neuen Anlagen der Energiegewinnung oder bei dem erforderlichen Ausbau der Stromleitungen, sondern auch um findige Köpfe, die weiter die Technologie verbessern helfen, um Vorreiter, die sie anwenden, und um Verhaltensänderung einer breiten Bevölkerungsschicht, damit wir alle den Klima- und Energiezielen näher kommen.

Ähnliches gilt für den Bereich des demographischen Wandels: Unsere Gesellschaft wird immer älter. Das wirft bekanntlich Probleme auf, etwa bei der Frage der Pflege und bei der Finanzierung von

Leistungen. Doch gleichzeitig ergeben sich auch interessante neue Ansätze, die zeigen, wie Generationen voneinander lernen können und wie Neues entsteht, wenn sich Akteure zusammenschließen, die bisher getrennt voneinander gearbeitet haben. Dort, wo die Menschen aktiv werden, wo sie ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und die Entwicklung ihrer Region mitgestalten, funktioniert die ländliche Entwicklung am besten.

Die Handlungsfelder, in denen dringend neue Ideen und Akteure gesucht werden, lassen sich beliebig fortsetzen: Arbeitsplätze und Unternehmertum im ländlichen Raum, Schule, Bildung und Forschung oder das Zusammenwirken von Stadt und Land – all das sind auch Themen, die von großer Wichtigkeit sind.

Das aktuelle Programm der Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung stellt in Aussicht, dass wir heute und morgen wieder exzellente Beispiele und Beiträge zu hören bekommen werden!

Jeder Wandel stellt eine große Herausforderung dar, in der zugleich aber auch Chancen für soziale Innovationen liegen. Diese können nicht verordnet oder geplant werden. Sie entwickeln sich aus dem spezifischen Erfahrungswissen, den Bedürfnissen und dem kreativen wie auch umsichtigen „Geist“ vor Ort und sie entwickelt sich auch nur, wenn wir Vertrauen und Zutrauen in die Menschen haben.

„Die Qualität des Staates zeigt sich in den Chancen der Menschen für ein Leben in Freiheit und Verantwortung.“ So steht es im Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union. Es lohnt sich, solche Dokumente immer einmal wieder zur Hand zu nehmen!

Persönlich habe ich sehr positive Erfahrungen mit dem Engagement von Bürgern gemacht. Als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung habe ich eine Institution wie die Pinakothek der Moderne zwar immer für wünschenswert gehalten, aber damals war sie leider erst einmal nicht finanzierbar. Erst das Engagement der Münchner Bürger hat dieses Projekt dann möglich gemacht – eine Bürgerinitiative, die für die Kultur ihrer Stadt eingetreten ist. Dieses Beispiel zeigt, welches Potenzial an Ideen und Ressourcen in solchem bürgerschaftlichem Engagement steckt!

Zugleich erleben wir aber auch eine weitere Seite des Engagements dort, wo sich der Bürger quasi ungefragt zu Wort meldet. In den Zeitungen wurde dafür der unschöne Begriff „Wutbürger“ geprägt.

Gemeint sind Menschen, die sich – aus welcher Betroffenheit und Überzeugung auch immer – gegen Projekte stellen. Wir sehen hier ganz deutlich, dass sich der Aufgabe, die Menschen in politischen Meinungs- und Entscheidungsprozessen mitzunehmen, heute niemand mehr in der politischen Arena entziehen kann. Dabei muss es gelingen, ein Gemeinschaftsbewusstsein jenseits der Einzelinteressen herzustellen. Auch diesem Gegenstand wird sich unsere Tagung heute widmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bürgerschaftliches Engagement darf weder als Selbstverständlichkeit oder Allheilmittel noch als Notnagel, Feigenblatt oder gar lästiges Übel angesehen werden.

Alois Glück, den ich hier nicht nur erwähne, weil er mein Stellvertreter als Stiftungsvorsitzender ist, sondern weil er auch Mitglied im Deutschen Nachhaltigkeitsrat ist, hat den schönen Begriff der „Aktiven Bürgergesellschaft“ als Leitidee für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft geprägt. Er war sich sehr wohl bewusst, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe ist, die ein stetiges Ausbalancieren von Kräften erfordert und nur gelingt, wenn sie aus gemeinsamen Werten und Bindungen schöpfen kann, eine Erfahrung, die Sie als Experten sicherlich bestätigen werden.

Ich freue mich, dass wir mit dem Förderkreis Bodenordnung und Landentwicklung und der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung wieder gemeinsam ein Programm aufstellen konnten, und wünsche Ihnen eine interessante Tagung, aus der Sie viele nützliche Informationen und Anregungen, neues Orientierungswissen ziehen können, aber auch Zuversicht und Kraft für das oben genannte Gemeinschaftsbewusstsein schöpfen!

Grußwort

des stellvertretenden Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung



Sehr geehrter *Herr Prof. Zehetmair*,
sehr geehrter *Herr Prof. Magel*,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, als stellvertretender Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Nachhaltige Landentwicklung“ ein Grußwort an Sie richten zu dürfen.

Der Vorsitzende der Arge Landentwicklung, *Herr Dr. Buchwald*, ist leider verhindert und lässt Ihnen durch mich seine besten Grüße ausrichten.

Das Thema der diesjährigen 14. Münchner Tage der Bodenordnung „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Kommunen“ ist wieder einmal hochaktuell und steht im Zeichen der vielfältigen Herausforderungen, denen sich die ländlichen Räume in Zukunft zu stellen haben. Diese Herausforderungen lassen sich mit den Kernbegriffen Globalisierung, demographischer Wandel, Wirtschaftsrezession und Klimawandel umschreiben.

Der ländliche Raum wird in den kommenden Jahrzehnten stark von demographischen Veränderungsprozessen betroffen sein. Die Gründe und Ursachen wurden bereits während der letzten Münchner Bodenordnungstage diskutiert.

Aufgabe der Landentwicklung ist die Förderung einer regionalen Entwicklung, die sich auf alle Bereiche der ländlichen Räume erstreckt:

- so z. B. auf
- die Land- und Forstwirtschaft
 - die örtliche und regionale Entwicklung
 - die Dörfer, um sie zukunftsfähig zu machen mit Dienstleistungsangeboten sowie einem familien- und altersgerechten Wohn- und Arbeitsumfeld und einem hohen Umwelt-, Freizeit- und Erholungswert.

Es stellt sich die Frage, wie wir diesen Herausforderungen gerecht werden können und wie es gelingen kann, die Kompetenzen und das Engagement der Bürger in den ländlichen Räumen einzubinden.

Bürgerschaftliches Engagement für die Interessen der Allgemeinheit kennen wir gerade in den ländlichen Räumen schon seit langem. Immer wieder fanden und finden Menschen zusammen, um ehrenamtlich öffentliche Aufgaben (zum Beispiel Brandschutz durch die freiwilligen Feuerwehren) zu erfüllen oder Leistungen für die Allgemeinheit (z. B. Bürgerbusse oder Freibäder).

Heute und in Zukunft geht es aber darum, dass sich die Einwohner ergänzend zur und gemeinsam mit der demokratisch legitimierten Kommunalverwaltung um Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft kümmern.

Die Bereitschaft zur Mitgestaltung und Mitverantwortung in der eigenen Region ist gerade im ländlichen Raum vorhanden und wird, so hoffe ich, auch weiter wachsen. Diese Aktivitäten müssen immer wieder neu geweckt, aber auch zugelassen werden.

Der Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ zeigt in bemerkenswerter Weise, welche Potenziale in den Dörfern zu finden sind.

Bürgerschaftliches Engagement sollte als Chance verstanden werden – es ist ein großer Gewinn für die politischen Gemeinden. Gerade heute bei den angespannten Verhältnissen in den öffentlichen Haushalten ist die Förderung der Eigeninitiative der Bevölkerung von besonderem Wert.

So hat jede noch so kleine Gemeinschaft ihre Bedeutung, weil Menschen sich aufmachen und

nicht auf Staat und Regierung warten, weil sie bereit sind, ihre Heimat selbst zu gestalten. Politiker, Bürgermeister, Gemeinderäte, Ortsvorsteher sollten es nicht als Machtverlust begreifen, wenn sie die Menschen beteiligen, sondern als Unterstützung. Es wäre fahrlässig, auf das Mitmachen-Wollen, das Hinschauen-Können, auf die Kompetenz und das Wissen der Vielen zu verzichten.

Es ist deshalb richtig, dass mit dem diesjährigen Thema der Münchner Tage für Bodenordnung und Landentwicklung der Bürger in den Fokus der Betrachtungen gerückt wird. Erfolgreiche Landentwicklung erfordert schon jetzt ein verändertes Rollenverständnis in der Verwaltungspraxis.

Ein modernes Verwaltungshandeln sollte unterstützen, nicht regeln und nicht vorschreiben.

Wir brauchen ein verändertes Handeln und ein neues Denken. Entwicklung entsteht positiv aus Ideen und Visionen und nicht allein aus aktuellen, negativen Problemlagen.

Es gilt, die kreativen Kräfte und Fähigkeiten der Einwohner zu aktivieren und zur Geltung zu bringen. Das kann erreicht werden, indem Menschen, die im kommunalpolitischen Diskurs bisher nicht beteiligt waren, dafür interessiert und aktiviert werden.

Landentwicklung erhält durch die Mitarbeit der Bürger neue Impulse für die zukünftige Entwicklung des Dorfes. Damit wird gleichzeitig eine eigene Identität gefördert, bei der die Bürger mit Selbstbewusstsein und Stolz auf ihre örtliche Gemeinschaft schauen, angefangen vom Dorf über die Gemeinde bis hin zur Region. Die vorhandenen Kräfte können nicht besser gebündelt werden.

Die Instrumente der Landentwicklung haben sich noch mehr auf die Menschen zu konzentrieren und sie einzubinden. Planungsmethoden haben die Bürger aktiv zu berücksichtigen; reine Expertenplanungen „von außen“ führen nicht mehr zum Ziel.

Effiziente Landentwicklungsverwaltungen erarbeiten mit Kommunen und mit engagierten Bürgern zukunftsfähige Konzepte für einzelne Dörfer und werden dies zukünftig auch für Dorfregionen tun.

Nur die Einwohner besitzen Kenntnisse, Erfahrungen und Vorstellungen über die speziellen Gegebenheiten ihrer Heimat und vor allem über deren zukünftige Entwicklung.

Die große Kompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung für Landentwicklung und in den Kommunen wird allein nicht mehr ausreichen, um die Herausforderungen für die ländlichen Räume erfolgreich zu bewältigen. Modernes Verwaltungshandeln muss die betroffenen Menschen früher und stärker beteiligen als bisher.

Arbeitsgruppen oder Workshops über dörfliche und auch regionale Entwicklung können den Bürgern dazu verhelfen, Entwicklungsziele gemeinsam mit Planungsträgern zu erarbeiten. Dabei ist darauf zu achten, dass dies nicht nur in eine Richtung erfolgt. Gerade im Gegenstromprinzip oder auch iterativ erarbeitete Konzepte führen zu einer hohen Akzeptanz und stärken die Selbstverantwortung.

Mit einem partnerschaftlichen, dialogischen Zusammenwirken aller maßgeblichen Akteure können integrierte ländliche Entwicklungskonzepte zum Erfolg führen. Dafür sind Initiativen von Gemeinden und Bürgern zu wecken, die vorhandenen gemeindlichen Planungen und Fachplanungen aufeinander abzustimmen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen zu bündeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Münchner Tage haben sich im deutschsprachigen Raum als ein viel beachtetes Forum für die Bereiche Bodenordnung und Landentwicklung etabliert. Das ist vor allem *Herrn Professor Magel* zu verdanken. Deshalb ist es für die Arge Landentwicklung selbstverständlich, auch in diesem Jahr wieder als Kooperationspartner mitzuwirken.

Heute und morgen besteht wieder die Gelegenheit, sich mit namhaften Referenten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft auszutauschen.

Ich wünsche den nun bereits zum 14. Male stattfindenden Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung einen guten Verlauf mit interessanten Vorträgen und anregenden Diskussionen.

Bürgerschaftliches Engagement für die ländlichen Kommunen – wichtiger denn je

Begrüßung und Einführung

Hohe Herren aus der Politik,
Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär,
Herr Ministerialdirigent, *Herr Prof. Keupp*,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wieder darf ich Sie in dieser stattlichen Anzahl zu den schon traditionellen und aus dem Veranstaltungskalender des Lehrstuhls auch künftig nicht wegzudenkenden Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung begrüßen. Und wieder geht es um ein besonders spannendes und äußerst zeitnahes Thema, um Bürgerengagement. Ist es da ein Wunder, wenn uns hierzu auch der Name jenes Mannes einfällt, den über 65 % der Deutschen nun als zukünftigen ersten Mann im Staate sehen wollen, weil er in besonderer Weise die Idee von „Bürgerschaftlichem Engagement“ durch damaliges eigenes Tun verkörpert. Mal sehen, was wir zu diesem Thema von ihm noch zu erwarten haben. Vielleicht gelingt es ihm, über bloße Rhetorik hinaus tiefgreifende Wirkung zu erzielen. Denn: Rhetorische Appelle zum Bürgerengagement sind bisher schon quasi ex officio Aufgabe deutscher Bundespräsidenten.

So hat z. B. *Prof. Horst Köhler* in seiner Berliner Rede 2008 schon darauf verwiesen, dass Bürgergesellschaft und damit verbundenes bürgerschaftliches Engagement auf vielfältige Weise Zusammenhalt schaffen, wie ihn Staat und Verwaltung nie und nimmer organisieren können. Und der Mann, der meines Wissens die Berliner Rede in seiner Präsidentschaft eingeführt hat, *Prof. Roman Herzog*, hat in seinem Vorwort zum Buch „Neue Wege in der Kommunalpolitik. Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft“ im Jahr 2000 für bürgerschaftliches Engagement, insbesondere auf kommunaler Ebene geworben. Dies scheint nach wie vor richtig, denn wir wissen: „life is local“, was ja auch z. B. Stuttgart 21 gezeigt



hat, denn der Bahnhof war und ist zugleich eine kommunale Angelegenheit – leider eben auch eine überkommunale, wie selbst Münchens selbstbewusste Stadtväter im zähen Ringen mit der übermächtigen und oft arrogant unzugänglichen Bahn leidvoll erfahren mussten. Erst recht ist dies der Fall bei Großinfrastrukturvorhaben wie Autobahnen, Flughäfen, Mülldeponien, Großenergieanlagen etc.

Bürgerschaftliches Engagement, hier meist in Form von fairer, aufrichtiger und transparenter Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere der Bürger, wird also auch auf überörtlicher Ebene notwendig, zumindest gefordert! Um den Zusammenhalt zwischen Staat, ausführender Verwaltung und den Bürgern zu schaffen! Hier muss man aber noch sehr deutlich die Wirtschaft und neuerdings die sog. Investoren erwähnen, die keine Extrarolle einnehmen dürfen und sich auch dem Raum verpflichtet fühlend eingebunden gehören und sich nicht nur um ihre rein ökonomischen Interessen kümmern dürfen.

Leider ist immer noch nicht in allen Politiker-, Vorstands- und Verwaltungsstuben die Erkenntnis akzeptiert, dass es nicht die Bürger sind, die dringend auf politische Diskussionen oder Tagungen zum Thema bürgerschaftliches Engagement angewiesen sind, sondern im Gegenteil die Kommunen, die Verwaltungen und der Staat als Ganzes. Diese sind längst auf das Engagement oder besser formuliert die Akzeptanz und tatkräftige Mitwirkung und immer notwendiger werdenden Eigenbeiträge der Bürger angewiesen; ansonsten zerfällt ein Staat! Wir haben ja Anschauungsbeispiele in aller nächster Nähe. Nichts anderes sagt auch die in Deutschland ziemlich spät angekommene Metapher von Good Governance – nicht Good Government. Beim Regieren sind wir doch gut – dachten die deutschen Verantwortlichen. Recht lange haben sie nicht den Unterschied zwischen Government und

Governance gemerkt, auch nicht den übermächtigen Trend zu informellen Planungen und Diskussionen, angeheizt durch die neuen digitalen Medien und ihre phänomenalen „high speed“-Netzwerke. Gemerkt haben sie aber, dass es immer schwieriger wird, die Bürger von oben herab zu überzeugen von vorgefertigten Ideen oder gar Entwürfen, auch dass es immer schwieriger wird, das Leben der Menschen in den Kommunen und Regionen hoheitlich und rein verwaltungsmäßig – ordentlich zu organisieren. Es ist auch typisch, dass die insbesondere von Alois Glück vorangetriebene Diskussion über eine „Aktive Bürgergesellschaft“ und – noch viel mehr – über den Aufbau einer „Neuen Verantwortungsgemeinschaft“ von Staat, Wirtschaft und Bürgern immer noch eher in der Theorie steckengeblieben ist. Man freut sich schon, wenn Spitzenrepräsentanten der Kommunen das Wort Bürgerkommune in den Mund nehmen.

Das war die eine Seite der Medaille, auf der anderen gibt es natürlich auch Positives zu berichten. Wir stehen ja nicht beim Stande Null, weder beim Ehrenamt noch bei der Bürgerbeteiligung, ob auf Bundesebene in Form von Enquetekommissionen, auf Landesebene in Form von Runden Tischen, Landesnetzwerken, Freiwilligenagenturen etc., in Kommunen oder bei Dorferneuerung, Regionalentwicklung oder ILE etc. Darüber wollen wir vornehmlich unter Aufbietung höchster Experten oder mit anderen Worten des „who is who“ in der bayerischen und deutschen Szene reden, also z. B. darüber, wie Engagement stärker gefördert werden kann. Wir wollen erfahren, welche Modelle es bereits gibt oder entwickelt werden sollten, um Bürgerengagement langfristig zu sichern und von reiner Projektfokussierung wegzubringen – eine Illusion angesichts vorliegender Erhebungen über immer kurzfristigere Engagements, ob in der privaten oder in der Beziehung zur Gemeinschaft.

Deshalb wollen wir tiefer bohren und erfahren, wo die Grenzen des Engagements und altherwürdigen Ehrenamts (rund 200 Jahre alt!) oder auch der Beteiligung liegen. Es muss klar sein, dass die Bürger den Staat weder ersetzen können noch sollen, auch nicht nach Recht und Ordnung notwendige Entscheidungen des Staates oder der Kommunen. Es gilt z. B. für Staat und Kommunen immer noch, auch wenn immer mehr gestöhnt wird, das Gebot der Gewährleistung der Daseinsfürsorge und ihrer Einrichtungen. Wie diese künftig noch aussehen können, ist eines der spannendsten Kapitel jeder Raum- und Landesentwicklung (wobei darüber eher seltsam laut geschwiegen wird).

Trotzdem: Wir wollen Antworten bekommen, wie wir noch viele mehr, auch junge und mitten im Leben stehende Menschen dazu gewinnen können, sich freiwillig zu engagieren! Wenn Horst Köhler sagt: „Es sollte viel mehr Jubel und Anerkennung geben - vom Blumenstrauß in der Gemeinderatsitzung bis zum Ehrenplatz bei einer Aufführung des Stadttheaters“ spricht er einen vielleicht wichtigen Punkt an, die Anerkennung, die gesellschaftlich bedeutsame Ehre. Oder wirkt in unserer immer mehr ökonomisierten Welt, der sich leider auch die Hochschulen nicht mehr verschließen (Eingeworbenes Geld in Form von Drittmitteln ist nun wichtiger als die Lehre oder solche Fortbildungsveranstaltungen geworden.), nur Anerkennung in Form von finanzieller Vergütung?

Was begründet in diesem Zusammenhang eine besondere Form von bürgerschaftlichem Engagement, nämlich die Renaissance der Genossenschaften (wobei ich z. B. diese in Kambodscha aufgrund der kommunistischen und sozialistischen Vergangenheit nicht erwähnen darf, auch wenn diese Art Genossenschaften dort dringender erforderlich wäre).

Wir werden auch davon hören, dass die Bundesregierung das Verwaltungsverfahrensgesetz partizipativer gestalten und zugleich alle Entscheidungen schneller abwickeln will. Wie das aufgehen soll, darüber zerbricht sich nicht nur der Beirat für Raumentwicklung den Kopf. Die Frage ist, will man wirklich oder will man nur Action zeigen? Immer noch steht nämlich im Raumordnungsgesetz der bezeichnende Satz: Die Öffentlichkeit kann – muss aber nicht – in die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens einbezogen werden. Was nützt denn da die – optimistisch angenommen – partizipativste Planfeststellungsregelung, wenn vorher schon alles vorbestimmt wurde?! Letztlich geht es wohl um Macht!

Hierzu kommt nun aus dem Lager der Bürgeraktivisten eine neue Forderung: „Legitimation durch Kommunikation!“ Dies klingt für Vertreter der Ländlichen Entwicklung gar nicht fremd, sondern überaus vertraut. Kommunikation ist in der Dorferneuerung das A und O, bereits seit 30 Jahren, und in der ILE geht ohne kommunikative Führung und Kooperation gar nichts – dazu gehört die Kommunikation mit allen Akteuren und vor allem mit den Bürgern und deren bürgerschaftlichen Netzwerken. Und wir wissen aus den letzten Jahren: Auch Bürgermeister müssen kommunikativ sein – nicht zu verwechseln mit geschwätzig –, ansonsten werden sie abgewählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele von Ihnen kennen bereits unsere Münchner Tage, sind seit vielen Jahren treue Stammgäste. Wie üblich, wollen wir offen und direkt reden, nicht um den heißen Brei herum. Wir sind loyal zu Staat und Gesellschaft, wollen und müssen aber den Mund aufmachen, wenn wir Schwachstellen und Verbesserungsbedarf sehen.

Dazu passen einige Sätze aus dem Vorwort im recht neuen Büchlein aus der Reihe Politische Ökologie mit dem Titel „Bürgerbeteiligung 3.0 zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung“:

„Es geht um die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Handlungsfähigkeit und demokratischer Mitbestimmung. Ziel ist ein moderner Staat, der seine Bürger ernst nimmt und ihnen echte Beteiligungsmöglichkeit anbietet“ (und ich ergänze auch Entfaltungsmöglichkeiten zur bürgerschaftlichen Verantwortungsübernahme, wozu auch entsprechende Befähigungsangebote gehören müssen wie z. B. die SDL), wohlwissend, dass er weiterhin das gesetzgeberische Ruder in der Hand behalten muss.

Vor diesem Grundakkord möchte ich Sie alle herzlich einladen, sich konstruktiv kritisch an Vorträgen und Diskussionen geistig und verbal zu beteiligen. Die unentbehrliche Kommunikation geschieht zusätzlich in den Kaffeepausen, für die wie für alles andere auch dankenswerterweise mein hervorragendes Team unter Leitung der Herren *Büchs* und *Dr. Klaus* gesorgt haben.

Schließlich danke ich natürlich und ganz besonders unseren beiden traditionellen und starken Partnern, der wie immer sehr großzügigen Hans-Seidel-Stiftung (HSS) und der Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung, die uns ein starkes Echo in den Reihen der Landentwickler garantiert.

Die 14. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung 2012 sind hiermit eröffnet.

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für ländliche Räume



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung. Es ist mir eine große Freude bei Ihrem diesjährigen Diskussionsforum zur Bodenordnung und Landentwicklung über ein mir sehr am Herzen liegendes Thema, nämlich das „Bürgerschaftliche Engagement/Ehrenamt“ in Bayern, sprechen zu dürfen.

I. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Kommunen

Mit Ihrem Thema „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Kommunen zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ tragen sie einen wesentlichen Aspekt zur zukünftigen Entwicklung Bayerns, vor allem in den ländlichen Regionen bei.

Schwerpunkte und Gewichtungen, die heute in der Politik gesetzt werden, wirken sich für die Zukunft aus. Und es ist nicht immer klar, ob wir die „Weichen“ heute richtig stellen. Aber – auch wenn manche Prognose in der Überprüfung sich als nicht treffend herausstellen könnte – die Dinge anpacken und etwas tun, ist immer besser als sie einfach laufen zu lassen.

Albert Einstein formulierte einmal folgende Aussage: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Und Sie alle werden sich bei dieser Tagung mit vielen Fragen eines zukünftigen Bayerns auseinander setzen.

- Wie werden wir in 10 oder 20 Jahren leben?
- Welche Regionen werden schrumpfen, welche wachsen?
- Wie und durch was können die Menschen

vor Ort durch ihr Engagement Entwicklungen beeinflussen?

- Wie kann eine aktive Zivilgesellschaft die Herausforderungen wie demographischen Wandel, Wirtschaftsentwicklungen, Wertewandel, Einfluss neuer Technologien und damit das „Gesicht Bayerns“ künftig mitgestalten?

Es wird sicher eine spannende Tagung.

II. Weichenstellung für Bayern – Ländlicher Raum – Bürgerschaftliches Engagement

Der Zukunftsrat hat in seinem umstrittenen Bericht 2011 geschildert, wohin die „Reise“ Bayerns gehen könnte:

- Aufwertung der Ballungsgebiete,
- Entwicklungen hin zu Megacities (wie schon in Asien vorhanden, z. B. Beijing, Shanghai usw.),
- Ausblutung der ländlichen Räume
- bis hin zu „München wird Bayern“.

Zutreffend ist, dass der demographische Wandel in Bayern regional sehr unterschiedlich verläuft. Besonders betroffen sind dabei die überwiegend ländlichen Gebiete in Nord- und Ostbayern.

Die Attraktivität bayerischer Kommunen hängt immer stärker davon ab, wie gut es ihnen gelingt, den demographischen Wandel zu meistern.

Das betrifft nicht nur Fragen der Planung und Finanzierung. Ebenso wichtig sind Fragen

- des gesellschaftlichen Zusammenlebens,
- des Generationenzusammenhalts und
- der Förderung von Chancen und Potenzialen in der Bevölkerung.

In vielen ländlichen Gebieten droht eine Abwanderung in Richtung Stadt. Gerade da sind die Kommunen gefordert, die Bedürfnisse der Menschen durch besondere infrastrukturelle Maßnahmen sicherzustellen.

Dazu gehört eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch Angebote für Jung und Alt. Beispiele hierfür sind ortsansässige Vereine, Freiwilligenagenturen, Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement, Unterstützung von Initiativen etc..

Um gleichwertige Lebensverhältnisse und bestmögliche Zukunftschancen im ganzen Land auch künftig zu erreichen, muss der Staat durch entsprechende Rahmenbedingungen die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums unterstützen. Deshalb setze ich mich sehr dafür ein, dass Bayern künftig nicht München wird! Zu Bayern gehören pulsierende Zentren ebenso wie attraktive ländliche Räume.

Was Bayern stark macht, dafür steht in besonderer Weise der ländliche Raum:

- Zusammenhalt,
- Identität,
- Heimatverbundenheit.

Im ländlichen Raum werden ganz besonders

- unsere Wurzeln gepflegt,
- unsere Traditionen hochgehalten,
- unsere kulturellen Eigenheiten bewahrt und
- unsere bayerischen Werte gelebt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der ländliche Raum schlecht geredet wird! Der ländliche Raum hat Zukunft, er ist konkurrenzfähig und attraktiv.

In Sachen Beschäftigung oder reale Kaufkraft ist die Entwicklung der ländlichen Regionen in Bayern eine einzigartige Erfolgsgeschichte, wie der Monitoringbericht des Aktionsprogramms Bayerns ländlicher Räume der Staatsregierung eindrucksvoll zeigt. Denn es geht darum, dass bei der Fortentwicklung Bayerns niemand zurückgelassen wird. Nur gemeinsam und mit dem Engagement aller ist Bayern auch in Zukunft stark!

III. Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement stellt den Menschen mit seinen Ideen, seiner Kreativität, sein Handeln

aber auch seine Wünsche und Bedürfnisse in den Mittelpunkt!

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 würdigte in ganz Europa das bürgerschaftliche Engagement.

Bürgerschaftliches Engagement ist durch Mitgestaltung und Mitverantwortung gekennzeichnet und hat seinen Ursprung in der Freiheit gegenüber dem Staat und der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität. Daher kann es nicht von oben organisiert und verordnet werden. Es braucht Freiheit und förderliche Rahmenbedingungen.

Die Engagementpolitik des Bayerischen Sozialministeriums zielt darauf ab, eine landesweite, bedarfsgerechte Infrastruktur zu schaffen und die Kommunen auch darin zu unterstützen sowie die Anerkennungskultur zu verbessern.

Eine wichtige Säule bildet darüber hinaus eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Wert des bürgerschaftlichen Engagements.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Eckpfeiler einer Bürgergesellschaft mit Auswirkungen in viele Bereiche unseres Lebens. Um dem auch angemessen begegnen zu können, ist das Bayerische Sozialministerium als Zukunftsministerium auch das „Ehrenamtsministerium“.

Wir haben uns das Ehrenamt auf „die Fahne“ geschrieben und sind ressortübergreifend für förderliche Rahmenbedingungen zuständig.

Mit Nachdruck unterstütze ich auch den von Herrn Ministerpräsident Seehofer angestoßenen gesellschaftlichen Diskussionsprozess, die Förderung des Ehrenamtes durch Staat und Kommunen in der Bayerischen Verfassung zu verankern.

Um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Zivilgesellschaft zu unterstreichen, habe ich im Jahr 2009 einen „Runden Tisch zum Bürgerschaftlichen Engagement“ im Bayerischen Sozialministerium installiert mit Teilnehmern aus

- den Landtagsfraktionen,
- den kommunalen Spitzenverbänden,
- den Wohlfahrtsverbänden,
- der Wissenschaft und
- wichtigen, bayernweit vertretenen Verbänden, wie z. B. aus dem Sport.

Gemeinsam haben wir am Runden Tisch ein Grundsatzpapier „Aufgaben und strategische Entwicklungsfelder Bürgerschaftliches Engagement

in Bayern“ erarbeitet. Das Papier gibt Anregungen für eine koordinierte Engagementpolitik in Bayern. Inhalt und Empfehlungen richten sich an Politik, Wohlfahrtsverbände und andere Träger.

Ein wichtiger Aspekt des Grundsatzpapiers sind Aufgaben einer lokalen Engagementpolitik, wie z.B.

- vorhandenes Engagement sichern,
- neue Engagementfelder kreieren, die zu den lokalen Aufgaben passen,
- Ausgleich und Moderation bei widerstreitenden Interessen,
- transparent darzulegen, dass Bürgerschaftliches Engagement nicht der Konsolidierung öffentlicher Haushalte dient usw.

Das Grundsatzpapier steht übrigens auf der Homepage meines Hauses, dem Zukunftsministerium, zum Download bereit.

Der Freiwilligensurvey Bayern 2009 zeigt, dass 36 % der bayerischen Bevölkerung über 14 Jahre engagiert sind. Weitere 39 % sind an einem Engagement interessiert, wenn sie das für sie passende Angebot finden. Diesen „Schatz“ gilt es vor Ort, in den Kommunen, zu heben.

Die Untersuchung zeigt auch, dass auf dem Land mit 49 % mehr Menschen ehrenamtlich aktiv sind als im städtischen Raum (mit 30 %).

In ländlicheren Gebieten werden die Menschen durch Freunde, Bekannte und Vereine direkt angesprochen (70 %) und kommen dadurch zu einem Engagement.

„Man kennt sich halt und redet mehr miteinander“; auch eine besondere Qualität des ländlichen Raums gegenüber der Anonymität der Großstadt.

IV. Infrastruktur und Anerkennungskultur des bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement verbessert nicht nur den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Nein, es verbessert auch die Situation des Einzelnen, indem es die Teilhabe stärkt und Integration fördert. Und es stärkt die Attraktivität der ländlichen Räume.

Was bürgerschaftliches Engagement aber nicht kann:

- staatliche Aufgaben ersetzen,
- „Ausfallbürge“ für fehlende Haushaltsmittel sein,
- Ersatz für fehlende Arbeitsplätze bieten,
- Ersatz für fehlende wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und Bildungsressourcen dar-

stellen – hier sind Wirtschaft und Staat in der Pflicht.

Damit es sich entsprechend entfalten kann, braucht bürgerschaftliches Engagement eine solide und dauerhafte Infrastruktur. Diese kann regional sehr unterschiedlich sein und verschiedene Namen haben, wie

- Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement,
- Mehrgenerationenhaus,
- Freiwilligenagentur,
- Ehrenamtsbörse etc.

Entscheidend ist, dass diese Einrichtungen als feste Ansprechpartner von den Menschen vor Ort anerkannt und geschätzt sind.

Um den Ausbau einer flächendeckenden Infrastruktur, gerade auch im ländlichen Raum voranzubringen, fördert mein Haus in einem Modellprojekt seit 2010 den Aufbau von landkreisweit tätigen „Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement“.

Ziel ist es, Landkreise und Städte beim Aufbau einer sinnvollen und nachhaltigen Infrastruktur zu unterstützen. 20 Landkreise und kreisfreie Städte, insbesondere im strukturschwachen ländlichen Raum, konnten bisher schon in den Genuss einer Förderung kommen.

Von der Information über Beratung und lokaler Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Entwicklung von Projekten vor Ort stehen die neuen Koordinierungszentren allen Akteuren mit Rat und Tat zur Seite.

Für 2012 ist es uns gelungen, weitere 650.000 Euro an Haushaltsmittel aus dem Sozialfonds zu erhalten, so dass wir weitere Landkreise und kreisfreie Städte beim Aufbau von Koordinierungszentren unterstützen können. Bewerber, die die Voraussetzungen erfüllen, können in die Förderung aufgenommen werden, sodass es weitere 18 Koordinierungszentren geben wird. (*Antragsteller: Lkr. Ebersberg, Erding, Erlangen-Höchstadt, Haßberge, Kitzingen, Lindau, Neuburg-Schrobenhausen, Ostallgäu, Straubing-Bogen, Traunstein, Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Regen, Kempten, Nürnberg, Passau, Ansbach, Erlangen.*)

Mehrgenerationenhäuser übernehmen auch eine zentrale Funktion vor Ort und in den Regionen: Sie sind zentrale Treffpunkte und Anlaufstellen für alle Generationen. Sie bieten vielfältige Möglichkeiten zum Austausch, zum bürgerschaftlichen Engagement und zur gegenseitigen Unterstützung.

Die Angebotsschwerpunkte der Mehrgenerationenhäuser liegen in den Bereichen:

- Alter und Pflege,
- Integration und Bildung,
- Angebot und Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen,
- freiwilliges Engagement.

Zwischenzeitlich gibt es in 61 Landkreisen 96 Mehrgenerationenhäuser (Stand: März 2012). Und es engagieren sich dort allein im ländlichen Raum über 3.500 Menschen. Mehrgenerationenhäuser haben sich im ländlichen Raum als generationenübergreifende Unterstützungsstrukturen etabliert.

Mit ihrem generationenübergreifenden Ansatz sind sie eine zeitgemäße Antwort auf aktuelle demographische und gesellschaftliche Herausforderungen. Mehrgenerationenhäuser sind vielfach ein geeignetes Instrument

- zur Aktivierung und Sicherung des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum,
- zur Vernetzung der Akteure im Engagementbereich und
- zur Bündelung entsprechender Angebote.

Kommunen, die Mehrgenerationenhäuser kofinanzieren, können in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils 5.000 Euro vom Bayerischen Sozialministerium erhalten. Voraussetzung für die staatliche Zuwendung ist

- entweder, dass die Kommune finanzschwach ist
- oder sie vor besonderen demografischen Herausforderungen steht.

Außerdem plane ich eine Stiftungsinitiative zugunsten der bayerischen Mehrgenerationenhäuser mit dem Ziel einer nachhaltigen finanziellen Sicherung.

Neben der Infrastruktur ist die öffentliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement ein ganz wesentlicher Baustein unserer Engagementpolitik. Da nicht jeder Engagierte die Bayerische Sozialmedaille oder das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten erhalten kann, gibt es seit 2009 den „Ehrenamtsnachweis Bayern“ für alle Ehrenamtlichen im sozialen Bereich. Seit Juli 2011 können ihn auch Ehrenamtliche aus dem Bereich Sport und Musik erhalten. Außerdem ist eine Ausweitung auf die Feuerwehren und Schützenverbände in Vorbereitung. Selbstverständlich ist unser Ziel, dass alle ehrenamtlich Engagierten, unabhängig vom Engagementbereich, den Ehrenamtsnachweis erhalten können.

Er wird an Ehrenamtliche ausgegeben, die

- mindestens 80 Stunden (60 Std. für Schüler) im Jahr freiwilliges, ehrenamtliches, Engagement bzw. entsprechende Mitarbeit an einem zeitlich befristeten Projekt leisten und
- ein Mindestalter von 14 Jahren haben.

Inzwischen wurden in Bayern über 6500 Ehrenamtsnachweise ausgestellt.

Mit dieser Auszeichnung wird nicht nur die besondere Wertschätzung zum Ausdruck gebracht; sie bringt auch berufliche Vorteile, denn der Urkunde liegt der Nachweis über die genaue Tätigkeit des Ehrenamtlichen bei. Daraus kann jeder künftige Arbeitgeber erkennen, welche Talente und Fähigkeiten jemand bereits über Jahre in einem Ehrenamt eingebracht und erworben hat.

Darüber hinaus wollen wir mit der Einführung einer „Ehrenamtskarte“ ein Zeichen der Anerkennung und des Dankes für all diejenigen setzen, die sich in unserem Land in besonderer Weise ehrenamtlich engagieren. Durch ihr Engagement tragen sie zum Wertewachstum in unserer Gesellschaft bei.

Nachdem das Modellprojekt im Landkreis Cham sehr erfolgreich verlaufen ist, sind wir dabei, eine bayernweite Ehrenamtskarte einzuführen. 35 Landkreise und kreisfreie Städte haben sich bereits entschieden mitzumachen. Weitere Interessensbekundungen liegen vor. Bisher wurden annähernd 7000 Ehrenamtskarten in Bayern verliehen.

Mit der Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte erfüllt sich einer meiner großen Wünsche, den Menschen, die sich in besonderem Maß für ihre Mitmenschen und unsere Gesellschaft engagieren, nicht nur mit Worten danken zu können.

Die Ehrenamtskarte ist quasi ein Mitgliedsausweis in einem Kreis von besonderen Menschen.

Gleichzeitig soll sich Engagement hier tatsächlich inbarer Münze auszahlen. Deshalb setze ich gemeinsam mit den Landräten und Bürgermeistern persönlich dafür ein, attraktive Vergünstigungen für Sie, die ehrenamtlich Tätigen, zu erhalten, sodass wir das Angebot an Rabatten und Akzeptanzstellen stetig erweitern werden. So beteiligen sich zum Beispiel Bayerns große Automobilhersteller, BMW Group und AUDI AG. Ebenso beteiligt sich LEGOLAND Deutschland an den Vergünstigungen für die Inhaber der Bayerischen Ehrenamtskarte.

Der Freistaat will natürlich nicht zurückstehen – Vergünstigungen erhalten Sie daher auch beim Eintritt in staatliche Museen und Schlösser sowie bei der staatlichen Schifffahrt.

Welche Vergünstigungen und Aktionen für Sie mit der Ehrenamtskarte verbunden sind, können Sie auf der Homepage zur Bayerischen Ehrenamtskarte www.ehrenamtskarte.bayern.de sehen.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die Liste der Vergünstigungen und Rabatte ebenso schnell wächst wie die Liste der Ehrenamtlichen, die die Bayerische Ehrenamtskarte erhalten.

Ein weiteres Beispiel für das Eintreten des Freistaates Bayern für das Ehrenamt ist die seit 1. April 2007 eingeführte Bayerische Ehrenamtsversicherung. Sie deckt Haftpflicht- und Unfallschäden von ehrenamtlich Tätigen ab, die über keinen ausreichenden Versicherungsschutz verfügen. Sie ist konzipiert als „Auffangversicherung“: Wenn niemand zuständig ist, soll der Ehrenamtliche nicht durch „das Netz fallen“.

Leider stellen wir immer wieder fest, dass eine Absicherung durch die Bayerische Ehrenamtsversicherung vielen engagierten Ehrenamtlichen nicht bekannt ist. Deshalb möchte ich den Rahmen der heutigen Veranstaltung auch nutzen, um Sie darauf aufmerksam zu machen. Ebenso sind heute Flyer ausgelegt.

Am 23. September 2011 fand unser erster Fachtag zu den Themen „Social Media“ und „Fundraising“ in München statt. Auch im bürgerschaftlichen Engagement gewinnen die Information über Engagementmöglichkeiten, Nutzung von Facebook, Twitter usw. künftig eine immer größere Bedeutung.

Der Ausbau einer leistungsstarken Informations- und Kommunikationstechnologie ist deshalb auch für den ländlichen Raum eine wesentliche Zukunftsinvestition.

Diese Veranstaltung war Ausfluss einer USA-Reise im Oktober 2010 mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag, hochrangigen Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der kommunalen Spitzenverbände sowie Vertretern der Wissenschaft.

Wir besuchten gezielt Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements in einer gut aufgestellten und auch finanzkräftigen Stadt wie Washington und daneben New York mit seinen sozialen Brennpunkten.

Sicher können wir von den USA zum Spenden einwerben und die Nutzung des Internets für das Ehrenamt einiges lernen. In Bezug auf Nachhaltigkeit und Förderung können wir in Bayern stolz auf unsere Leistung sein. Da kann die USA von uns noch einiges lernen.

Ein interessanter Nebeneffekt, den man erstmals nicht vermutet: Viele Singles finden in USA über ein bürgerschaftliches Engagement einen Lebenspartner. Sie sehen, Ehrenamt verbindet und kann Grundlage für ein glückliches Leben sein.

Unser Fachtag war gut besucht und die positive Resonanz zeigte uns, dass diese Themen viele Engagierte interessieren.

Für das Jahr 2012 haben wir uns vorgenommen, den ersten wissenschaftlichen Ehrenamtskongress in Bayern durchzuführen. Er findet am 6. und 7. Juli 2012 in Nürnberg statt. Die Vorbereitungen dafür sind schon in vollem Gange.

Wir wünschen uns eine rege Teilnahme

- von Engagierten aus allen Bereichen,
- von Professionellen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten
- von allen, die mit diesem Thema betraut sind.

Der Kongress stellt eine breitgefächerte informative Plattform zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ dar, sodass jeder Einzelne und jeder Engagementbereich davon profitieren kann.

V. Schluss

Bürgerschaftliches Engagement ist der Bayerischen Staatsregierung ein wichtiges Anliegen und ein zentraler Schlüssel, um unser Land zukunftsfest zu machen. Wir meistern die Herausforderungen der Zukunft durch Mentalitätswandel und Flexibilität. Veränderungen markieren Abschied und eröffnen neue Chancen in vielen Bereichen.

Für den ländlichen Raum kann es bedeuten:
Wir müssen

- Vernetzungen fördern,
- Anerkennung und Wertschätzung stärken,
- Engagierten eine Absicherung geben,
- gleiche Chancen für alle durch Internetanbindung unabhängig vom Wohnort ermöglichen,
- Fortbildungsangebote und Schulungen für Interessierte und Engagierte anbieten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Verbände, anderer Ressorts, der Wirtschaft, Wissenschaft, durch Fachleute oder auch Tagungen wie die heutige.

Deshalb mein Wunsch an Sie: Nutzen Sie Ihr Wissen, Ihre Erfahrung, tauschen Sie diese aus, dann tragen Sie dazu bei, dass in Bayern der ländliche Raum weiterhin das bleiben kann, was er ist: Eine lebenswerte Heimat für viele Menschen.

„Bürger lässt das Glotzen sein, kommt herunter, reiht Euch ein!“



Sie können mich über meinen Titel ganz gut generationsmäßig einsortieren! Es ist einer aus den 68er Zeiten, in denen wir unsere ganz speziellen „Kinderreime“ hatten (z. B. noch „Bürger runter vom Balkon, unterstützt den Vietcong“). Es lag uns an einer großen Distanz zu allem, was wir als „bürgerlich“ eingeschätzt hatten: Die „bürgerliche Wissenschaft“, die „bürgerliche Sexualmoral“ und alles, was uns an unsere überwiegend „bildungsbürgerliche Herkunft“ erinnerte, oder was sich in der Bundesrepublik im neuen Konsumreich als prestigeträchtig herausgebildet hatte, wurde als „kleinbürgerlich“ abgeurteilt. Wenn ich mich darauf beziehe, dann nicht um mich ironisch von meiner eigenen Geschichte und jener meiner Generation zu distanzieren. Nein, ich will da durchaus identifiziert anknüpfen und danach fragen, ob nicht gerade der wütende Kampf gegen Lebensverhältnisse, die uns ohnmächtig machen und die wir als ungerecht ansehen, auch heute noch oder vermehrt wieder erforderlich ist. In einem Punkt will ich allerdings einen Lernprozess gegenüber den 60er und 70er Jahren herausstellen. Wir waren ja tatsächlich eine „kleine radikale Minderheit“, die sich mit einem elitären Habitus von der Durchschnittsbevölkerung absetzen wollte und sich eher einen Avantgardestatus zulegte. Und der hatte wenig mit einer demokratischen Alltagskultur zu tun. Ist der Bürger, der in der Reformära der späten 60er und frühen 70er Jahren wegen seiner Engstirnigkeit und seinem Konservatismus zum Feindbild wurde, inzwischen zur positiven Sozialfigur geworden? Nein, aber es war notwendig einen Unterschied zu begreifen, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem „bourgeois“ und dem „citoyen“. Es geht dabei um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den

Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten BürgerInnen, die sich einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie in den unterschiedlichsten Projekten des bürgerschaftlichen Engagements entdeckt. Gehört auch „Occupy“, gehören auch die Wutbürger zu diesem Muster? Ich denke ja, sie repräsentieren einen Bürgertypus, der auf einen Mangel an Beteiligung und Mitgestaltung reagiert, wütend, weil er der politischen Klasse nicht traut und keine Selbstwirksamkeitserfahrungen machen kann.

Diesen Bürgertypus möchte ich in unseren BE-Diskurs hereinholen, denn die Bürgergesellschaft ist lebendiger und radikaler geworden. Als wir vor mehr als zehn Jahren die Enquetekommission mit unseren Diskussionen begleiteten, da war nicht nur die Sorge um eine Gesellschaft der „Ichlinge“ Thema (z. B. beim damaligen bayerischen Ministerpräsidenten), sondern auch eine Harmlosigkeitsvermutung gegenüber engagierten BürgerInnen wurde prominent vertreten. Ich denke da an eine polemische Bemerkung von *Ulrich Beck*, der in der *SZ* vom 23./24. Juni 2001 seine Sorge darüber geäußert hatte, dass die inflationäre Rede vom „bürgerschaftlichen Engagement“ „wie eine Petersiliengarnierung“ wirken könnte, die „die politische Ratlosigkeit dekorativ verschönt“. „Zivilgesellschaft light“ sei die Gefahr, die er entstehen sah, nämlich eine sich immer wiederholende „Mittelschichtveranstaltung“. So ganz kann man diese Bemerkung auch heute nicht abtun. Ins Zentrum der Diskussion rücken aber die großen Krisen der letzten Jahre; sie

haben Wirtschaft, Politik und auch uns Bürger in hohem Maße verunsichert. Klare politische Zukunftsvorstellungen sind Mangelware und auch der utopische Überschuss, der aus den 70er Jahren des letzten bis ins neue Jahrtausend hineinreichte, ist uns ziemlich abhanden gekommen. Sind da die weltweit aufgenommenen Aufrufe „Empört Euch“ (Stephané Hessel 2011a), „Engagiert Euch“ (Stephané Hessel 2011b), „Wehrt Euch“ (Rainer Kahni 2011) und „Vernetzt Euch“ (Lina Ben Mhenni 2011), die in den Buchhandlungen stapelweise liegen und wohl auch gelesen und über Facebook und Twitter verbreitet werden, ein wichtiger Impuls für die Bürgergesellschaft? Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang das bürgerschaftliche Engagement?

Ich möchte meine Fragen in fünf theseartigen Schritten aufnehmen und zu beantworten versuchen:

1. Bürgerschaftliches Engagement widerlegt den Diskurs zu den „Ichlingen“

Noch zu Beginn dieses Jahrtausends gab es gute Gründe, Argumente gegen den konservativen „Ichlinge“-Diskurs zu formulieren (Keupp 2001). Inzwischen werden die Ichlinge von einer krisenbeunruhigten Gesellschaft als Leitbild verabschiedet. So hat Horst W. Opaschowski (2010) seinem neuesten Trendbuch den Titel „Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft mehr haben“ gegeben und ein anderer Bestsellerautor, Richard David Precht (2010), will „Die Kunst, kein Egoist zu sein“ vermitteln, denn der sei mit der Westerstelle weggespült worden. Opaschowski richtet den Egomenschen ein Begräbnis erster Klasse aus: „Hedonisten, hemmungslose Ichlinge passen nicht ins Bild von Krisenzeiten, auch und gerade im zwischenmenschlichen Bereich werden Prinzipien wie Verlässlichkeit und Beständigkeit wieder Bedeutung zugeschrieben. Dem entspricht die Überwindung der verengten narzisstischen Nabelschau zugunsten des wiedergefundenen Blicks auf das Wir und auf Wertorientierung“ (S. 19). „Immerhin 88 % der Bundesbürger (Männer: 85 %; Frauen: 90 %) sagen, dass für Egoismus in der Gesellschaft immer weniger Platz ist und sie den Zusammenhalt suchen“ (ebd.). „Wie schon immer in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen verdrängt das Zusammenrücken das Auseinanderdriften und verlieren Super-Egos in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an Glaubwürdigkeit“ (ebd.).

Und der Selbsthilfebereich wird von Opaschowski als Trendsetter einer Wir-Kultur angesehen: „In der Selbsthilfekultur setzen sich die Bürger ihre Sinnorientierungen selbst. Sie belohnen sich selbst.

Es macht ihnen Freude, anderen helfen zu können. Die Selbsthilfegesellschaft ist keine Utopie. Es gibt sie wirklich. Sie funktioniert im Nahmilieu“ (S. 91).

Diese Aussage lässt sich auch mit den Ergebnissen der drei durchgeführten Freiwilligensurveys unterstützen. Die „Ego-Taktiker“ gibt es natürlich in unserer Gesellschaft, aber die Bonijäger und selbstverliebten Inszenierer sind keineswegs der dominante Sozialtypus der Gegenwart.

2. Bürgerengagement als „soziales Kapital“ – von gleicher Relevanz wie das „ökonomische“ oder das „öffentliche Kapital“

Die Ökonomie und vor allem das Finanzkapital scheinen das einzige Gravitationszentrum politischen Handelns geworden zu sein, dazu noch eines das global irrlichtert, national kaum mehr zu fassen ist und keine sicheren Orientierungspunkte setzt. Ist es da nicht angesagt, den Blick auf Einsichten zu erweitern, die wir in den letzten Jahren gewonnen haben? Ich denke da an das Modell von Jeremy Rifkin, der die Gesellschaft der Spätmoderne in dem Bild eines dreibeinigen Hockers zu fassen versuchte. Die drei Beine sind das ökonomische, das öffentliche und das soziale Kapital. Aber Rifkin sieht eine Verkürzung der Perspektive, die das soziale Kapital in seiner Zukunftsrelevanz vernachlässigt: „Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat – und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen“ (1997). Vor fünfzehn Jahren etwa hat das Rifkin formuliert, in Zeiten der Enquetekommission und des Internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001 konnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Sichtweise verstanden worden und als Botschaft angekommen war. In den Jahren danach wuchsen die Zweifel in Bezug auf die Nachhaltigkeit dieser Einsicht. In den Parteien und Koalitionen auf der Bundesebene wurde die Politikbedeutsamkeit des bürgerschaftlichen Handelns eher zur Schwundgröße. Gerade in Zeiten, da alle Hoffnungen und Ängste auf den ökonomischen Sektor gerichtet sind, ist es gut, an die klassische Studie von Robert D. Putnam (1993) zu erinnern, der gezeigt hat, dass sich dort, wo soziales Kapital im Sinne vertrauensvoller sozialer Beziehungen sich gut entfalten kann, auch die ökonomischen Potenziale positiv entfalten können.

3. Bürgerengagement als Agency: Wege aus der Ohnmacht

Ich mache einmal eine Rechnung auf, die zwei Untersuchungsreihen zu unterschiedlichen Themen zusammenführt und die annähernd zu 100% aufgeht. Das mag methodisch nicht unproblematisch sein, aber zumindest zeigt es einen Trend auf, der mich einerseits beunruhigt und andererseits auch optimistisch stimmt.

Die drei Wellen des Freiwilligen-Surveys zeigen, dass etwa ein gutes Drittel der Bevölkerung sich aktiv im Freiwilligenengagement betätigt. Übrigens ist auch nachgewiesen, dass engagierte Menschen ein höheres Maß an Lebenssinn und Lebenszufriedenheit erreichen als Menschen, die sich nicht aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelten beteiligen. Und was ist mit den übrigen Zweidritteln? Die Arbeitsgruppe um *Wilhelm Heitmeyer* (2012) untersucht seit 2002 in jährlichem Abstand unter dem Titel „Deutsche Zustände“ die mentalen Reaktionen auf die aktuelle soziokulturelle-politische Situation. Befragt wird eine repräsentativ ausgewählte Gruppe von 3000 deutschen BürgerInnen. Neben vielen anderen Befunden zeigt diese Studie, dass sich die Gruppe der Menschen, die das Gefühl haben, keinen Einfluss auf die politische Entwicklung nehmen zu können, größer wird und inzwischen Zweidrittel der Bevölkerung ausmacht. Etwa genauso viele Menschen stimmen der Aussage zu, dass sie die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen nicht begreifen. Das Ausmaß von Ohnmacht, Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit hat also in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dabei ist es nicht länger nur die Angst vor Arbeitslosigkeit, die anomische Einstellungen auslöst, sondern zunehmend auch die Angst vor einem sozialen Abstieg. Zugleich nimmt mit der subjektiven Wahrnehmung von Handlungsunsicherheit und Orientierungslosigkeit vor allem die Feindseligkeit gegenüber Gruppen „von Außen“, den Fremden zu und bereitet damit den Nährboden für ein (rechts-)populistisches Potenzial. Das Festhalten an alten Orientierungs- und Handlungsmustern bietet vor dem Hintergrund der Ungerichtigkeit gesellschaftlicher Prozesse, der weitgehenden Unbeeinflussbarkeit ökonomischer Entwicklungen und den Kontrollverlusten in der Politik allerdings keinen Ausweg.

Die Forschung zur Lebensqualität hat aufzeigen können, dass neben materiellen, sozialen und ökologischen Ressourcen für Menschen von entscheidender Bedeutung ist, dass sie Handlungsoptionen und Gestaltungschancen haben. Diese Bedingungen individueller und kollektiver Hand-

lungsfähigkeit stehen im Mittelpunkt der sog. „Agency-Theorie“ von *Albert Bandura* (1997). Selbstwirksamkeitserfahrungen entstehen für Subjekte in Alltagssituationen, in denen sie eigene Optionen entwickeln und erproben können. Sie können auf diese Weise in ihren Lebenswelten Grundlagen für ihre Handlungsfähigkeit und ein Vertrauen in die eigene Handlungswirksamkeit erwerben.

Einen besonderen Stellenwert hat dieser Gedanke der Selbstwirksamkeit in der Ottawa-Charta gefunden, die man als Basisphilosophie der Gesundheitsförderung und von New Public Health ansehen kann. Diese Ansätze zielen „auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen“. Und Gesundheit wird so definiert: „Sie wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.“¹

Ich bin davon überzeugt, dass das bürgerschaftliche Handeln in diesem Sinne die Lebensqualität positiv beeinflusst, weil es Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht und Ohnmachtsgefühle überwinden kann. Für mich folgt daraus, dass zivilgesellschaftliche Prozesse noch deutlich mehr gefördert werden müssen und eine viel höhere Priorität im politischen Handlungsfeld erhalten sollten.

Empörung und Wut sind menschliche Reaktionen, die gegen die Ohnmacht gerichtet sind. Ehe ich mich dem Gefühl der Resignation oder Demoralisierung ausliefern, mich zum Opfer der Verhältnisse mache und ehe ich für mich fragwürdige Sündenböcke konstruiere, die an allem schuld sein sollen, versuche ich öffentlich vernehmlich zu artikulieren, dass etwas nicht in Ordnung ist. Diese Emotionen werden auch durch politische Entscheidungen ausgelöst, die Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen stellen. Stuttgart 21 ist da ein Lehrstück und man kann nur hoffen, dass diese Lehre auch verstanden wurde.

4. Experimentierbaustellen für zukunftsfähige Lösungen

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z. B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich als „soziale Experimentierbaustellen“, als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ deuten (Helbrecht-Jordan 1996, S. 107).

Wir haben es mit mehreren Lernprozessen zu tun, die zeitlich teilweise nacheinander bzw. parallel erfolgt sind. Sie haben sich teilweise unabhängig voneinander entwickelt oder voneinander profitiert. Insgesamt stellen sie ein gesellschaftliches Erfahrungsfeld dar, in dem durch eine experimentelle Suche zukunftsfähige gesellschaftliche Lösungen erprobt werden. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z. B. Frauenbewegung) heraus, also in Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements. Speziell im Bereich der Familienselbsthilfe lassen sich solche Erprobungsfelder zukunftsfähiger gesellschaftlicher Lösungen gut aufzeigen. Aus den Nachbarschaftshilfen, den Mütter- und Familienzentren, den Eltern-Kind-Initiativen, die von Müttern und Vätern aus Eigeninteresse aufgebaut wurden, sind wichtige Projekte moderner Sozial- und Familienpolitik entstanden (Mehr-Generationen-Häuser, KiTZe, Elterntalk etc.). Das jüngste Kind in diesem Bereich sind die Familienpaten, die

sich in Bayern auf einen guten Weg gemacht haben, aber noch einer langfristigen Absicherung bedürfen.

Die ‚sozialen Experimentierbaustellen‘, die den Freiwilligensektor zu einem Innovationsgenerator haben werden lassen, sind als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ zu verstehen. Das ist aber nicht nur rückwärtsgewandt eine sinnvolle Funktionsbeschreibung des bürgerschaftlichen Engagements. In ihm steckt auch ein großes Zukunftspotenzial. Ich möchte es an einigen wichtigen Bereichen exemplifizieren:

- Die gesellschaftliche Spaltung in arme und wohlhabende Bevölkerungsgruppen schreitet voran und die Ungleichheit in den Lebenslagen reproduziert sich auch im bürgerschaftlichen Engagement. Deshalb bedarf es gezielter Förderstrategien, die die aktive Teilhabe vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Sinne des Empowermentprinzips ermutigen.
- Die positiven ebenso wie die problematischen Konsequenzen des demographischen Wandels erfordern aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich – durchaus aus Eigeninteresse – für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren. Genossenschaftliches Wohnen, generationenübergreifende Lebensformen oder Mehrgenerationenhäuser sind hier ermutigende Beispiele.
- Die Integration von Zuwanderungsbewegungen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, kann nur gelingen, wenn das vielfältige Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen und gefördert wird.
- So wichtig effektives Handeln staatlicher Behörden zur Aufdeckung und Bekämpfung rechtsextremistischer Terrornetzwerke ist, so entscheidend sind letztlich aber zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie und Toleranz. Die Beispiele aus Wunsiedel, Gräfenberg, Landshut oder am Gymnasium in Grafing zeigen, dass letztlich nur das engagierte Handeln der Bürgerinnen und Bürger das braune Gespenst vertreiben können.
- Die Inklusion ist mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen vor einem Jahr zu einem zentralen Thema geworden, aber nicht nur als wohlklingende

Programmatik, sondern sie erfordert Aktivitäten. Mit der politischen Willensbekundung, die mit der Unterschrift unter diese Konvention erfolgte, ist es aber nicht getan. Auch mit einem Landtagsbeschluss, inklusive Schulen zu schaffen, ist allenfalls ein Startschuss abgegeben. Die aktiven Gestaltungsprozesse auf der kommunalen Ebene erfordern nicht nur die Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer Familien, sondern auch die intensive Beteiligung der gesamten Bürgerschaft.

- Für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist die Engagementbereitschaft von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von entscheidender Bedeutung. Die in diesem Bereich beobachtbare Stagnation hat entscheidend mit einem sich hochtourig entwickelnden Bildungssystem zu tun, das Heranwachsende so absorbiert, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Von höchster Priorität sind deshalb Anstrengungen, das Freiwilligenengagement und die Partizipationsmöglichkeiten von Heranwachsenden durch Strukturreformen im Bildungswesen voranzutreiben.

5. Bürgerengagement braucht Partner mit zivilgesellschaftlicher Achtsamkeit

Ich freue mich, dass wir in Bayern das Landesnetzwerk zum bürgerschaftlichen Engagement haben schaffen können. Es hat sich in den wenigen Jahren seines Bestandes schon einen wichtigen Stellenwert in der Sozialpolitik erobert. Weitere Knoten sollen dazukommen und die kommunalen Koordinierungsstellen sind auch im Aufbau. Ein „Runder Tisch“ im Sozialministerium ist ebenfalls ein ermutigender Schritt, denn dort haben Vertreter der Zivilgesellschaft Erfahrungen mit einer staatlichen Instanz machen können, die so etwas wie „zivilgesellschaftliche Achtsamkeit“ zeigt. Aber da ist noch viel Raum für eine Weiterentwicklung. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen und dabei sind die vorhandenen Ansätze der Bürgerbeteiligung als Handwerkszeug zu nutzen:

- **Zukunftswerkstätten:** In Bereichen, in denen auf bewährte Lösungen nicht mehr zurückgegriffen werden kann, sollten mit der Methode der Zukunftswerkstätten und der Bereitschaft zu ergebnisoffenen Prozessen Optionen erarbeitet werden.
- **Bürgergutachten:** Vor allem auf der lokalen-kommunalen Ebene hat sich der Wert von Bürgergutachten (nach der Methode von Peter Dienel) längst bewährt und zu Lösungen beigetragen, die ExpertInnenlösungen überlegen sein können.
- **Bürgerbeiräte in allen Politikfeldern:** Planungen der Politik/Verwaltung sollten vor ihrer Umsetzung von gewählten Beiräten beraten und geprüft werden.
- **Experimentierfonds:** Die Selbsthilfeförderung zeigt seit einem Vierteljahrhundert, welche Lösungskompetenz und welcher Phantasie-reichtum in der Bürgerschaft vorhanden ist. Solche Fonds, die in Selbstverwaltung funktionieren, können durchaus wettbewerblich genutzt werden.
- **Partizipationsgremien:** Alle öffentlich geförderten Einrichtungen (von Kindergärten, über Schulen und Universitäten bis hin zur Seniorenarbeit brauchen verbindliche Mitbestimmungsformen).

Ich komme zum Schluss. Aus der „kleinen radikalen Minderheit“, die einst die Bundesrepublik aus der politischen und psychologischen Immobilität der 50er und frühen 60er Jahre „befreien“ wollte, aber oft in ihrem eigenen elitären Zirkeln stecken blieb, ist – nicht zuletzt durch die Ermutigung „Demokratie zu wagen“ (Willy Brandt) – gerade durch die Bürgerinnen und Bürger, die man zunächst eher als Gegner sah und sie erst spät als „Citoyens“ erkannte, eine zivilgesellschaftliche Entwicklung begonnen worden, die allerdings noch erhebliche Entwicklungspotenziale hat, deren Förderung höchste Priorität haben sollte.

¹ Vgl.: http://www.euro.who.int/AboutWHO/Policy/20010827_2?language=German

Literatur

- Bandura, A. (1997). Self-efficacy in changing societies. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ben Mhenni, L. (2011). Vernetzt Euch. Berlin: Ullstein.

Heitmeyer, W. (2012). Deutsche Zustände. Folge 10.
Frankfurt: Suhrkamp.

Helbrecht-Jordan, Ingrid: Familien zwischen Erosion
und neuer sozialer Infrastruktur.
Bielefeld: Kleine 1996.

Hessel, S. (2011a). Empört Euch. Berlin: Ullstein.

Hessel, S. (2011b). Engagiert Euch. Berlin: Ullstein.

Kahni, R. (2011). Wehrt Euch. Book on demand.

Keupp, H. (2001). Eine Gesellschaft der Ichlinge?
München: SOS-Kinderdorf Verlag.

Keupp, H., Kraus, W. & Straus, F. (2000). Civic
matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglich-
keiten bürgerschaftlichen Engagements.
In: U. Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und
Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp, S. 217 - 268.

Opaschowski, H. W. (2010). Wir! Warum Ichlinge
keine Zukunft haben. Hamburg: Murmann.

Precht, R. D. (2010). Die Kunst, kein Egoist zu sein.
München: Heyne.

Putnam, R. D. (1995). Bowling Alone: America's
Declining Social Capital, in: Journal of Demo-
cracy, 6 (1), S. 6578.

Putnam, R. D. (1996). Symptome der Krise –
Die USA, Europa und Japan im Vergleich.
In: W. Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am
Wendepunkt. Berlin, S. 52 - 80.

Rifkin, J. (1997). Das Informationszeitalter rottet
die Arbeit aus. Sinnvolle Jobs wird es nur jenseits
der herkömmlichen Beschäftigungsfelder geben.
DIE ZEIT vom 02. Mai 1997.

**Bürgerschaftliches Engagement
in ländlichen Räumen –
Wo stehen wir heute?**

Gesellschaftliches Engagement im ländlichen Raum im Wandel^{1,2}



Alte und neue Länder unterscheiden

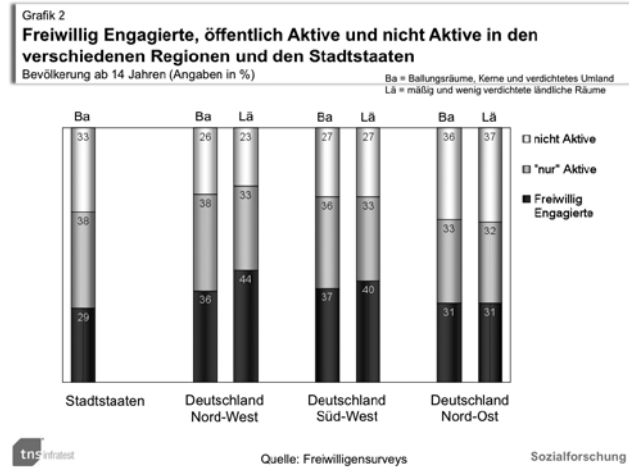
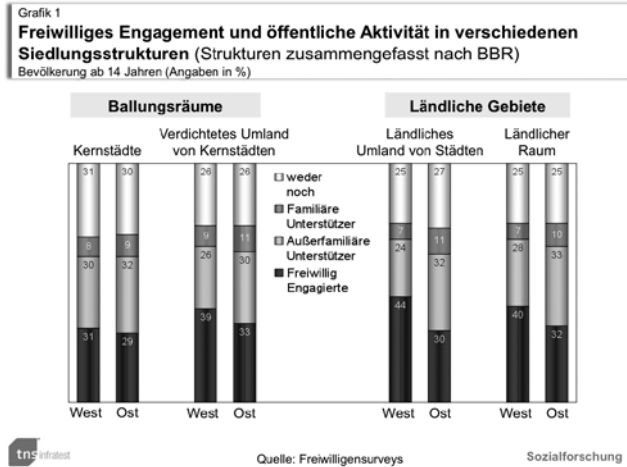
Über Probleme des ländlichen Raums zu reden, heißt vor allem über die neuen Länder reden, geht es um Stärken, dann eher um die alten Länder. Die Siedlungsstruktur der alten und neuen Länder ist sehr verschieden. Der traditionelle Typ des ländlichen Milieus mit eher geringer Konzentration der Bevölkerung ist (quantitativ) für die alten Bundesländer nicht mehr typisch. Nur noch ein Viertel der Bevölkerung wohnt in diesem Milieu, während das in den neuen Ländern sogar auf die Hälfte zutrifft. Die neuen Länder sind eine von der Siedlungsweise (aber nicht von der Produktionsweise) her zum großen Teil ländliche Gesellschaft, aber im Unterschied zu den alten Ländern haben sich die herkömmlichen Besonderheiten dieses Milieus heute stark verwischt. Fast die Hälfte der Bevölkerung der alten Länder wohnt einigermaßen großstadtnah (aber nicht in großen Ballungskernen), und auch wenn man weiter weg vom großstädtischen Milieu wohnt, dann in relativ verdichteten Siedlungsgebieten. In den neuen Ländern polarisiert dagegen die Siedlung in klassischer Weise zwischen Großstadt und relativ isolierter ländlicher Fläche. Die Stadt hat sich hier noch weit weniger in den ländlichen Raum ausgedehnt.

Im Westen hat die Stadt und die verdichtete Lebensweise die Fläche des Landes in ungleich stärkerer Weise erobert, aber so, dass eine Art Zwischending zwischen Stadt und Land entstanden ist, in dem ländliche Traditionen mit moderner städtischer Lebensweise verbunden sind. Der Veränderung der Siedlungsweise in der Bundesrepublik seit dem zweiten Weltkrieg schloss sowohl eine Vergrößerung stadtnaher kleiner Orte als auch die Ausdehnung der Städte zu Ballungsräumen ein. Gerade in den Zwischenmilieus von Stadt und Land wohnt jene große neue Mittelschicht, die in der Bundesrepublik seit dem zweiten Weltkrieg entstanden ist.

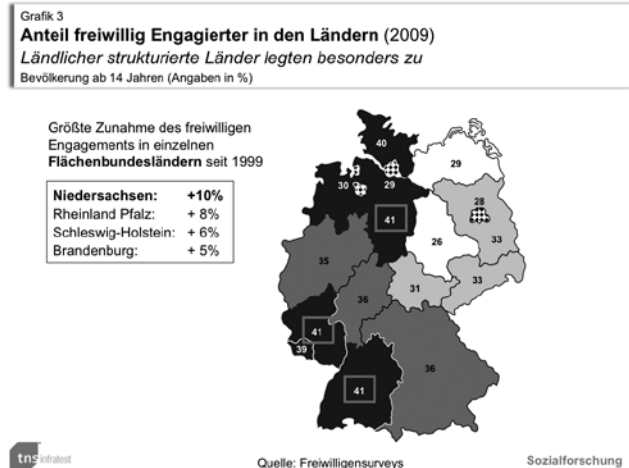
Dass viele Menschen in den neuen Ländern in eher isolierten regionalen Strukturen leben, ist an sich schon ein strukturelles Problem für die Zivilgesellschaft: Die Abwanderung ist groß, der öffentliche Verkehr ist ausgedünnt und in vielen Siedlungen fehlen die öffentlichen Orte (*Claudia Neu*).

In der Tat ist das freiwillige Engagement in den neuen Ländern jenseits der Kerne der Ballungsräume und verdichteten Randgebiete viel niedriger als in den neuen Ländern (Grafik 1), ganz besonders in den an die verdichteten Zonen der Ballungsräume anschließenden weniger verdichteten Räumen. In den sehr dünn besiedelten ländlichen Räumen ist der Unterschied zwischen Ost und West nicht ganz so extrem.³ Entscheidender als die Strukturprobleme ist jedoch, dass die Kultur der ländlichen Räume in den neuen Ländern durch die LPG-Kultur der DDR zum großen Teil eine großbetriebliche und arbeitnehmerhafte Struktur erhalten hatte. Die sozial-kulturelle Konstanz war nach der Wende höher als in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg, als zunächst als Kriegsverbrecher eingestufte Besitzer und „Großgrundbesitzer“ über 100 ha enteignet und Landlose durch die Bodenreform kleine Parzellen bekamen, dann aber die Bauern in die LPGs gedrängt wurden.

Auffällig ist, welche im Vergleich zu den westdeutschen ländlichen Milieus wichtige Rolle die außerfamiliäre⁴, darunter auch die verwandtschaftliche Vernetzung⁵ in den neuen Ländern hat. In den städtischen Kernen der Ballungsräume ist der Unterschied zwischen Ost und West dagegen gering. Was über die Informalität der sozialen Kultur in den neuen Ländern insgesamt zu sagen ist, gilt ganz besonders für den ländlichen Raum. Zum relativen Mangel an Organisiertheit der Zivilgesellschaft auf dem Lande der neuen Länder trägt auch die geringe Konfessionalität bei. Können sich Kirchen und religiöse Gemeinschaften in den verschiedenen



Kategorien des dünn bis dichter besiedelten ländlichen Raums der alten Länder auf 50 % bis 54 % emotional mittel bis stark gebundene Mitglieder stützen, so in den neuen Ländern nur zwischen auf 13 % bis 22 %. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Kirchensteuereinnahmen, die kirchlichen Angebote⁶ und vor allem für das freiwillige Engagement im Rahmen der Gemeinden. In kaum einem anderen Datum wird die Entraditionalisierung des ländlichen Raums der neuen Länder deutlicher als darin.



Ländlicher Raum in den alten Ländern – beeindruckender Aufschwung des Engagements zwischen 1999 und 2009

Der Durchschnittswert des ländlichen Raums in Deutschland wird stark von den Verhältnissen in den alten Ländern bestimmt. Im ländlichen Raum jenseits der Ballungsräume nahm das Engagement deutschlandweit von durchschnittlichen 34 % auf überdurchschnittliche 38 % zu. Die Ballungsräume (inkl. deren ländliche Randzonen) blieben mit jeweils 34 % und 35 % nahe am Durchschnitt, wobei dieser Wert besonders auf den ländlichen Randgebieten beruht, während die großen Ballungskerne deutlich schwächer sind (siehe im Folgenden auch die Daten für die Stadtstaaten).⁷ Die neuen Länder (inklusive Berlins) stellen bei einem gesamten Bevölkerungsanteil von ca. 20 % deutschlandweit in der ländlichen Fläche jenseits der Ballungsräume 38 % der Bevölkerung, in den Ballungsräumen (inkl. deren ländlicher Randzonen) nur 16 %. Deswegen erscheinen die eindrucksvollen Werte der alten Länder (1999 37 %, 2009 42 %) im Durchschnittswert Deutschlands durch Ostdeutschland (1999 29 %, 2009 31 %) deutlich gedrückt.

Grafik 2 nimmt eine weitere regionale Differenzierung vor, indem nunmehr die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin eine eigene Kategorie bilden, desgleichen Süd-West-Deutschland⁸, Nord-West-Deutschland⁹ und Nord-Ost-Deutschland¹⁰. Betrachtet man die freiwillig Engagierten, also jene Menschen, die in Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft dauerhaft und unentgeltlich (bzw. gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) Aufgaben oder Ämter übernommen haben, dann sticht der Kontrast zwischen den niedrigen Werten der Stadtstaaten und in Deutschland Nord-Ost zu denen in Deutschland Nord-West und Süd-West besonders ins Auge. Bemerkenswert ist in Deutschland Nord-West in den Gebieten außerhalb der Ballungsräume der sehr hohe Wert von 44 % Freiwilligen, der sich allerdings erst seit 2004 hergestellt hat. Vor allem die Nordländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben dazu beigetragen (Grafik 3). Die eher marginale Bedeutung des ländlichen Raums in NRW führt zwar dazu, dass dieses

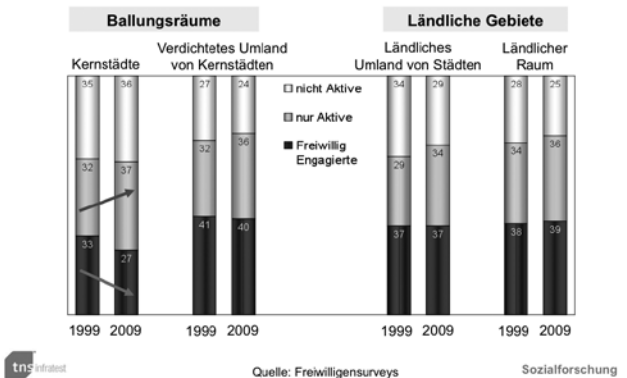
Milieu den Durchschnitt von Nord-Ost nur wenig mitbestimmt, dennoch ist auch dort das freiwillige Engagement deutlich voran gekommen, vor allem in den ländlichen Regionen, die an Niedersachsen grenzen.

Der ländliche Raum jenseits der Ballungsräume in Deutschland Nord-West hat somit zwischen 2004 und 2009 Deutschland Süd-West den Rang abgelaufen. Das hat dazu geführt, dass diese Region insgesamt deutlich zum traditionell engagementstarken Südwesten aufgeschlossen hat, nicht jedoch die neuen Bundesländer, die sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Gebieten außerhalb der Ballungsräume (dort jedoch ganz besonders) hinter dem Gebiet der alten Länder (ohne Stadtstaaten) zurückbleiben. Da die Strukturprobleme im großen ländlichen Raum der neuen Länder noch einmal deutlich größer sind als in den alten Ländern, muss dieses Milieu als eine Schwerpunktzone der Engagementförderung eingestuft werden, wobei hier Strukturförderung bereits Engagementförderung ist. Das nicht wahrhaben zu wollen, heißt große Gebiete, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern¹¹, teils auch in Brandenburg de facto aufzugeben und sich selbst zu überlassen.

Besonderheiten Bayerns

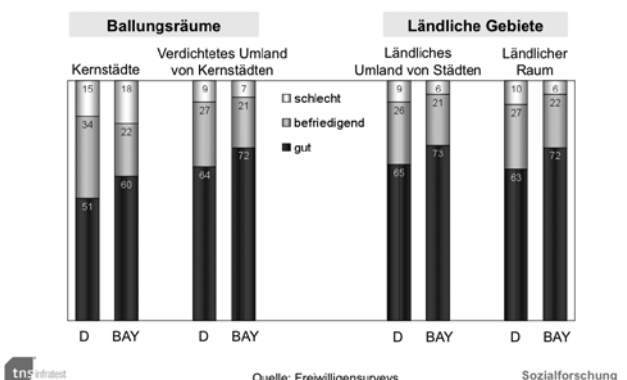
Bayern ist unter den alten Bundesländern das am ländlichsten strukturierte Land. Leben bundesweit nur 27 % der Bevölkerung in ländlichen Gebieten, so in Bayern mit 49 % fast die Hälfte (Schleswig-Holstein 44 %, Niedersachsen 35 %). Besonders deutlich ist der Unterschied bei den sehr dünn besiedelten Gebieten (13% der Bevölkerung bundesweit, aber 35 % in Bayern). Bayern ordnet sich jedoch nicht in die Gruppe eher ländlicher Bundesländer ein, in denen das Engagement zugenommen hat. Das Engagement der Bayerinnen und Bayern war vielmehr sogar leicht rückläufig. Dieser Rückgang geht jedoch einzig auf die städtischen Kerngebiete zurück, wobei die Verhältnisse in den Großräumen München, Nürnberg und Augsburg am meisten auf die Daten durchgeschlagen haben dürften (Grafik 4). Da nur ein reichliches Fünftel der Bayern in großen Stadtkernen lebt (NRW 44 %), wirkten sich die Veränderungen dort im Aggregat Bayerns relativ wenig aus.¹² Öffentliche Beteiligung in der Zivilgesellschaft fiel in diesem Milieu vermehrt in den Modus der unverbindlichen Teilnahme zurück, während es in allen ländlichen Siedlungstypen, insbesondere an den Rändern der großen Ballungsräume, weiterhin viele freiwillige Engagierte gibt und die öffentliche Beteiligung überall zugenommen hat.

Grafik 4
Freiwilliges Engagement und öffentliche Aktivität in verschiedenen Siedlungsstrukturen (Bayern)
 Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Die großen bayerischen Ballungkerne hatten somit 2009 sogar eine geringere Engagementquote als im deutschlandweiten Durchschnitt dieses Siedlungstyps, der ohnehin ziemlich niedrig ist und lagen auch noch unter dem Durchschnitt der Stadtstaaten. Für Augsburg können wir eine getrennte Aussage machen, da hier im Rahmen des Freiwilligen surveys 2009 in einer von der Stadt finanzierten Untersuchung 1000 Bürgerinnen und Bürger befragt wurden (vgl. Geiss 2010). Mit 31 % lag die Engagementquote in Augsburg immerhin etwas oberhalb der Kernstädte Deutschlands und deutlich oberhalb derer Bayerns. Allerdings sind die bayerischen Ballungkerne weiterhin sozial besser integriert als bundesweit (Empfinden von sozialem Zusammenhalt), wenn auch weniger gut als die ländlichen Milieus verschiedenen Typs in Bayern (Grafik 5). Obwohl Bayern inzwischen beim Engagement nur noch im bundesweiten Durchschnitt liegt, ist es weiterhin das Bundesland mit dem ungleich stärksten Empfinden von sozialem Zusammenhalt.

Grafik 5
Gefühl des sozialen Zusammenhalts in verschiedenen Siedlungsmilieus (Deutschland und Bayern)
 Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Die Daten und die Entwicklung in den Großstädten Bayerns bringen ein auch bundesweit zu beobachtendes Phänomen der großstädtischen Kultur deutlich zum Ausdruck. Bürgerinnen und Bürger nehmen vielfältige öffentliche Angebote wahr und beteiligen sich daran, binden sich aber weniger als früher und auf dem Land an Ehrenämter. Die Gegenläufigkeit der Entwicklung bei den freiwillig Engagierten und den „nur“ Aktiven in Bayern zeigt das drastisch. Ein Hintergrund dieser Entwicklung ist auch, dass in den Kernen der Großstädte immer mehr Migranten siedeln, diese Gruppe aber deutlich weniger freiwillig engagiert ist als Einheimische. Die gut situierte Mittelschicht wandert derweil an den Stadtrand und ins Umland und nimmt ihre Engagementneigung dorthin mit.

Eine andere Entwicklung liegt darin, dass Vereine und Organisationen, deren Finanzierungsmöglichkeiten in prosperierenden Großstädten besonders gut sind, es sich zunehmend leisten können, früher ehrenamtliche Arbeit bezahlt ausführen zu lassen. Jedenfalls berichten Freiwillige, z. B. in Hamburg oder Berlin, inzwischen von besonders vielen bezahlt Tätigen in ihrem Engagementumfeld. Diese Professionalisierung führt jedoch zu der Gefahr, dass sich bei den unverbindlich Beteiligten eine Servicementalität herausbildet. Ehrenamt und freiwillige Arbeit für andere und das Gemeinwesen mit ihren besonderen sozialen Qualitäten würden dann zunehmend aus den Großstädten verschwinden und immer mehr zum Markenzeichen des ländlichen Raums werden.

Ausblick

Zumindest in Westdeutschland ist, was die Entwicklung und Tendenzen der Zivilgesellschaft betrifft, der ländliche Raum besser als sein diesbezüglicher öffentlicher Ruf. Das schließt nicht aus, dass es auch größere Problemregionen gibt wie die früheren Zonenrandgebiete oder Nordhessen und die daran angrenzenden Gebiete in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Freiwilligensurvey kann dennoch zeigen, dass in vielen ländlichen Regionen der alten Länder Bürgerinnen und Bürger auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und der zunehmenden Strukturschwächen reagieren, in dem sie die Dinge in die eigenen Hände nehmen. Dort, wo sich ein starker und nachhaltiger Bürgerwille zeigt, ergeben sich oft auch Möglichkeiten, Ressourcen der Kommunen, des Bundeslandes, des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft oder privater Geldgeber anzupapfen.

In den neuen Ländern ist das jedoch weit weniger der Fall. Die schiere Größe des ländlichen Raums und die Isolierung der Siedlungspunkte mit den entsprechenden Infrastrukturproblemen, dazu abgerissene bürgerschaftliche Traditionen und die allgemeine wirtschaftliche Schwäche des ländlichen Raums ergeben einen fatalen Mix ungünstiger Bedingungen. Hier müssen Bund und Länder entscheiden, ob sie auf die Abwanderung der Bevölkerung in die Unter-, Mittel- und Oberzentren setzen sowie auf die (sehr) langsame Eroberung des Territoriums durch die Städte im Rahmen wirtschaftlicher Verbesserungen. Im Moment hat man den Eindruck, dass das wegen der Untätigkeit der Länder in der Tendenz der Fall ist. Die Diskussion um die besonders zu fördernden „Leuchttürme“ der Entwicklung, die zumeist in Ballungsräumen liegen, deutet in diese Richtung. Die ostdeutsche Bevölkerung lehnt jedenfalls diese Strategie, die letztlich die Brachlegung¹³ ganzer Regionen in Kauf nimmt, vehement ab.

¹ Zum Freiwilligensurvey vgl. *Gensicke* 2011a und 2011b sowie *Gensicke, Geiss* 2010. Für Bayern vgl. die Auswertung von *Martina Wegner* für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2010).

² Die Power-Point-Präsentation, die durch den Referenten auf der Veranstaltung vorgetragen wurde, befindet sich unter: http://www.landentwicklung-muenchen.de/tagungen/muencher_tage_bot/bot_14/Gensicke_Bodenordnungstage.pdf

³ Die schiere Größe des Bevölkerungsanteils des Ostens in den weniger verdichteten Regionen trägt in einem großen Maße zum allgemeinen Unterschied der Engagementquote zwischen Ost und West bei, ist aber nicht die einzige Erklärung.

⁴ Wechselseitige Unterstützung zwischen Freunden, Bekannten und Nachbarn.

⁵ Wechselseitige Unterstützung zwischen Verwandten außerhalb des jeweiligen Haushalts.

⁶ Die Kirchen und Religionsgemeinschaften stellen über ihre religiösen auch umfassende soziale und kulturelle Angebote bereit.

⁷ Verschiedene Merkmale tragen zum vergleichsweise niedrigen freiwilligen Engagement in den Großstädten bei. Zwei Faktoren sind besonders wichtig. Zum einen wird der Großstädter durch

umfassende öffentliche und kommerzielle Freizeitangebote „überflutet“, zum anderen drücken (zumindest in den alten Bundesländern und in Westberlin) die vielen Migranten mit ihrem geringen freiwilligen Engagement den Durchschnitt der Großstadtkerne nach unten.

⁸ Süd-West-Deutschland wird gebildet durch die Länder Bayern und Baden-Württemberg, sowie Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) und das südliche Rheinland-Pfalz (ehemaliger Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz).

⁹ Nord-West-Deutschland wird gebildet durch die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW sowie durch das nördliche Rheinland-Pfalz (ehemalige Regierungsbezirke Koblenz und Trier) und das nördliche Hessen (Regierungsbezirke Gießen und Kassel).

¹⁰ Nord-Ost-Deutschland umfasst die neuen Flächenbundesländer.

¹¹ Mecklenburg-Vorpommern ist in Deutschland von der Siedlungsstruktur her ein ganz einzigartiges Bundesland und der extreme Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen. Selbst gegenüber Brandenburg fällt die extrem dünne Besiedlung der relativ großen Fläche des Landes auf. Das hat zwar ökologische Vorteile und begünstigt einen bestimmten naturnahen Typ des Tourismus, ist aber wirtschaftlich und infrastrukturell ein äußerst große Herausforderung. Sachsen und Brandenburg zeigen allerdings, dass Siedlungsstruktur nur bedingt eine Erklärung für das freiwillige Engagement ist. Sachsen fällt in den neuen Ländern durch seine hohe Verdichtung völlig aus dem Rahmen, indem hier 80% der Bevölkerung in Kernen und Randzonen von größeren Ballungen leben. Brandenburg ist viel ländlicher, dennoch sind beide Länder im Osten die Spitzenreiter beim freiwilligen Engagement (Grafik 3). Sachsen-Anhalt wiederum ist weit weniger ländlich strukturiert als Brandenburg und dennoch Schlusslicht beim Engagement, weil hier gerade die Ballungsräume sehr engagementsschwach sind.

¹² Deswegen sind auch die Daten aus dem Freiwilligen survey statistisch nur bedingt belastbar und können nur grobe Tendenzen angeben. Umso mehr bedürfte es belastbarer Stadtstudien des Freiwilligen surveys nach dem Vorbild von Augsburg, vor allem für München und Nürnberg, wofür sich bisher jedoch keine Finanzierung fand.

¹³ Für die Naturschutzverbände stellt sich diese Branche natürlich als großer Vorteil dar. Sie können hier mit relativ wenig Geld große Flächen erwerben. Was wäre die Ökologie des geeinten Deutschlands ohne die Seeadler in Mecklenburg-Vorpommern, die Störche in Brandenburg, die Biber in Sachsen-Anhalt und die Wölfe im Übergangsbereich von Sachsen und Brandenburg, die fast schon Markenzeichen der neuen Länder geworden sind. Selbst Berlin mit seinen großen Brachflächen und verlassenen Gewerbegebäuden ist für viele Tierarten ein großer Schon- und Rückzugsraum. Nicht zu vergessen jene von endlosen Reihen alter Bäume gesäumten Überlandstraßen und Wege in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. In einer von Hektik, viel zu viel Verkehr und Flächenverbrauch gezeichneten Bundesrepublik könnten sich die besonderen Qualitäten des großen ländlichen Raums der neuen Länder noch einmal als großer Wert und Vorteil erweisen und sie tun es jetzt schon.

Literatur

Ammann, H. (2011, Hg.): Grenzenlos, Freiwilliges Engagement in der Schweiz, Österreich und Deutschland, Seismo Verlag Zürich

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2010), (Autorin: *Martina Wegener*) Freiwilligen survey Bayern 2009: Ergebnisse und Trends, München <http://www.verwaltung.bayern.de/egov-portal/xview/Anlage/4021511/FreiwilligenSurveyBayern2009-ErgebnisseundTrends.pdf>

Gensicke, T. (2011a), Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft, in: *Priller et al.* (2011)

Gensicke, T. (2011a): Konzept und Ergebnisse des deutschen Freiwilligen surveys (1999, 2004, 2009), in: *Ammann* 2011

Gensicke, T., Geiss, T. (2010): „Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009“, Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, auf der Homepage des BMFSFJ 2010 (mit *Sabine Geiss*) <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html>

Gensicke, T., Picot, S., Geiss, S. (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Geiss, S. (2010): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Augsburg 2009: Ergebnisse des Freiwilligen surveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Stadt Augsburg, TNS Infratest Sozialforschung, München
http://www.buendnis.augsburg.de/fileadmin/buendnis-aug/dat/11_materialien/pdf/freiwilligen-survey_augsburg_2009.pdf

Priller, Eckhard; Mareike Alscher, Dietmar Dathe und Rudolf Speth, R. (2011, Hrsg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. LIT Verlag; Berlin

Bürgerschaftliches Engagement – Die Keimzelle der Demokratie



Stuttgart 21, die Wutbürger, Verdrossenheit gegenüber Politikern – im Mainstream deutscher Edelkellern bekommt die politische Klasse seit Monaten ihr Fett weg. Wurde mit Stuttgart 21 tatsächlich eine neue Reife der Bürgerschaft erreicht oder war – wie das Ergebnis des Volksentscheids nahezu legen scheint – doch alles ganz anders als von der medial beeinflussten Öffentlichkeit geglaubt?

Demokratie lebt und verändert sich, sie bleibt schwierig, manchmal quälend langsam, stets kommunikativ kompliziert und im Ergebnis nicht immer fröhlich – aber ohne Alternative. Dort wo, wie es *Habermas* formuliert hat, das Publikum nur gelegentlich und dann nur zum Zwecke der Akklamation einbezogen wird, dort haben wir ein Problem. Und dort, wo man vereinfacht annimmt, dass der *volonté de tous* automatisch der *volonté général* wird (*Jean-Jacques Rousseau*), dass also die Summe von Einzelmeinungen alleine das allgemeine Wohl definieren kann, auch. Dem ist nämlich nicht so.

Ich wage im Folgenden eine kleine Analyse, diskutiere die Bedingungen für die Weiterentwicklung lokaler Demokratie und mache einige Vorschläge dazu, immer den „Tugenden des bayerischen Dorfbürgermeisters“ folgend.

Warum Dorfbürgermeister? In den Dörfern ist Demokratie entstanden. Im frühen Griechenland, auf Marktplätzen. Man traf sich dort auf der Agora; dem zentralen Platz; hat dort diskutiert, der „Stadt Bestes“ gesucht im Ringen mit Argumenten, wobei auch dort meist nur die Privilegierten und nicht die breite Öffentlichkeit diskutiert haben. Aber immerhin: man hat sich getroffen. Der Bürgermeister hatte dann die Aufgabe, als „*primus inter pares*“ die dort getroffenen Entscheidungen umzusetzen. Diese Form der Information und Diskussion ist es, die uns als Tugend auch in die heutige Zeit übertragen bei der Weiterentwicklung der Demokratie helfen kann.

Die lange Tradition der Direktwahl ist es, die diese Tugenden herausgebildet hat. Man muss kurz zusammengefasst das Ohr an den Menschen und das Ohr der Menschen haben.

I. Ein Blick auf den Status quo

1. Legitimationsbegrenzung repräsentativer Demokratie

Es gibt ohne jeden Zweifel das Phänomen einer Legitimationsbegrenzung repräsentativer Demokratie, das weit jenseits populistischer Politik(er)-Verdrossenheit seine Ursachen hat.

Am häufigsten schlägt es in Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsfragen zu. Prominentestes Opfer war *Christian Ude*, den die Münchner in schöner Regelmäßigkeit mit 2/3-Mehrheiten zu ihrem Oberbürgermeister gewählt haben, ihm also mithin einen großen Vertrauensvorschuss mit ins Rathaus gegeben haben. Zwischen zwei solchen „Kronungsmessen“ fand der Hochhaus-Bürgerentscheid statt, den *Christian Ude* krachend verloren hat. Früher galt in Bayern, das ja bundesweit sehr weitgehende Regeln direkter Demokratie aufweisen kann, dass ein verlorener Bürgerentscheid oft auch das Ende der Amtszeit des Bürgermeisters einläutet. Heute ist das nicht mehr so, heute lautet die Botschaft: Regiere (für) uns, das heißt aber nicht, dass Du alles darfst, jedenfalls nicht Häuser bauen, die höher sind als die Türme der Marienkirche.

Ähnliches liefert ein Schlaglicht aus einer Fernseh-Talkshow zur Hochzeit der Stuttgart 21-Proteste. Da wurde eine ältere, gut gekleidete Dame, nach eigenem Bekunden lebenslange CDU-Wählerin, gefragt, warum sie sich so sehr empöre. Ihre Antwort war: „Weil das mein Bahnhof ist!“

Diese Medaille hat zwei Seiten. Einerseits ist es eben gerade bei Eingriffen im öffentlichen Raum so, dass die Bürgerschaft gerne mal die „Planungszelle“ aus Politik und Fachleuten in ihren Kreisen stört, andererseits zeigt das – auch das Münchener Beispiel – die hohe Empathie der Menschen für ihre Heimatstadt. Und ohne die gibt es auch keine lokale Demokratie.

Das hat wohl auch damit zu tun, dass sich die Grenzen zwischen dem öffentlichen und dem privaten (Raum) mehr und mehr vermischen, ja teilweise sogar umkehren. Was einst klar galt, dass der private Raum der Raum des Rückzugs, der Intimität und Privatsphäre war, der für andere unzugänglich blieb, löst sich heute im Internet in millionenfacher Verbreitung privater Dinge geradezu auf.

Und der öffentliche Raum, die Agora, der Marktplatz in seinem soziologischen Sinn als Ort des Handels, der Kommunikation und des Diskurses über die aktuellen Fragen des Gemeinwesens? Der wird besetzt, temporär privatisiert und mit Events zugestellt, deren kulturelle Qualität in aller Regel hinter dem jeweiligen Werbezweck weit zurückbleibt.

Es gibt Städte, so hat der Architekturkritiker *Gerhard Matzig* einmal geschrieben, die sollten das rot-weiße Absperrband in ihr Wappen aufnehmen, weil es so stadtbildprägend ist. Diese zum Teil schamlose Aneignung des öffentlichen Raumes verdrießt die Menschen völlig zu Recht, schließlich ist es ja „ihre Stadt“.

Und offensichtlich ist mit der wiederkehrenden Zurverfügungstellung für banale Events der Straßen und Plätze (die eine falsch verstandene Mediterranisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland darstellt) durch uns – also die Verantwortlichen in den Rathäusern – das Vertrauen auf sorgsamem Umgang damit so erodiert, dass auch öffentlichen Planungen mit höchstem Misstrauen begegnet wird.

Die Menschen spüren, dass Shopping Malls und Urban-Entertainment-Center nur die Fiktion des öffentlichen Raumes darstellen. Überall dort – so eine einfache Faustregel – wo das Bürgerrecht durch das Hausrecht ersetzt worden ist, ist es vorbei mit dem öffentlichen Raum. Aber halt: Auch, wenn der Befund mit der Legitimationsbeschränkung repräsentativer Demokratie theoretisch stimmt – keiner weiß, wann und bei welchem Thema sie zuschlägt! Da ist die Tugend des bayerischen Dorfbürgermeisters gefragt, das Ohr am Publikum zu haben, um Stimmungen aufzuspüren und das Ohr

des Publikums zu haben, um für politisch Umstrittenes werben zu können. Die Kunst der Politik sei es – so soll *Franz-Josef Strauß* einmal gesagt haben – den richtigen Weg zu finden zwischen den Leuten aufs Maul zu schauen und ihnen nach dem Mund zu reden.

2. Partizipation im Baurecht

Die verrechtlichten Partizipationsmöglichkeiten im Bau- und Planungsrecht erfüllen kaum noch demokratische Teilhabequalitäten. Sie dienen vielmehr meist nur der Herstellung der Rechtssicherheit für die Pläne.

Wenn am Tag nach der großen Demo auf dem Stuttgarter Schlossplatz Bundespolitiker gefordert haben, nun müsse man aber schleunigst die Öffentlichkeitsbeteiligungsform im Baugesetzbuch verbessern, muss man konstatieren: falsche Diagnose, falsche Therapie. Die öffentliche Auslegung eines B-Plans ist heute in der Regel ein Fall für Spezialisten und Fachanwälte, die Nachbarn vertreten.

Zwei Grundregeln für „mehr Demokratie“ werden auch nicht ansatzweise erreicht: die niedrige Zugangsschwelle zum Gegenstand der Entscheidung und die wenigstens halbwegs gegebene Repräsentativität der geäußerten Meinung.

Um nicht missverstanden zu werden: Dies ist keinesfalls ein Plädoyer für die Abschaffung der Beteiligungsverfahren im BauGB. Im Gegenteil, bei einigen anderen öffentlichen Planungsverläufen, die derzeit komplett entdemokratisiert sind, wie z. B. eisenbahnrechtliche Planfeststellungsverfahren, ist es sogar dringend erforderlich, ein Mindestmaß an Beteiligung nach dem Vorbild des BauGB einzuführen.

Es ist nur die schlichte Erkenntnis, dass diese baurechtlichen Normen nicht in der Lage sind, objektive oder vermeintliche Demokratiedefizite auszugleichen.

3. Expertenchesisch

Eng damit verbunden ist das Problem des soziologischen Cliques-Sprachcodes von Planern und Architekten. Wer heute an einer Wettbewerbsjury teilnimmt, findet dort Gemeinderäte und Bürgerschaftsvertreter vor, die mehr oder weniger hilflos einer Phalanx von durchgehend schwarz gekleideten – das muss die Dienstuniform deutscher Architekturprofessoren sein – Fachleuten vor, die in einer unverständlichen Sprache reden, und nach

geheimnisvollen Ritualen Runde um Runde selektieren, um am Ende den Entwurf zu küren, von dem sie das von Anfang an schon gewusst haben – was ich nicht beweisen kann.

Danach gehen sie nach Hause und überlassen die Übersetzungs- und Vermittlungsarbeit uns Bürgermeistern. Diese Arbeitsteilung ist unerotisch, denn nicht immer ist das Expertenurteil fanclubfähig. Um nicht missverstanden zu werden: Ich rede hier nicht einer Baukultur nach Mehrheitsabstimmung das Wort, aber Kunst, bildende Kunst, Musik und auch Architektur bedürfen gelegentlich der Erklärung, manchmal gar der Überzeugungsarbeit und das ist Aufgabe aller Beteiligten.

4. Die Bürgerversammlung nach Bayerischer Gemeindeordnung

Nicht viel besser ist die Sache mit den nach bayerischer Gemeindeordnung vorgeschriebenen Bürgerversammlungen – wenigstens in einer Großstadt. Die Stadtspitze sitzt in Frontalunterrichtsanordnung 400 bis 500 Mitbürgern gegenüber, es werden Probleme artikuliert (am meisten Beifall bekommt in der Regel der, der die Rathausvertreter am phantasievollsten beschimpft), Antworten gegeben, ein echter Dialog kann nicht stattfinden.

5. Direkte Demokratie

Die Bayerische Gemeindeordnung lässt von jeher Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu. Trotzdem wage ich die These: So richtig warm geworden sind wir (Kommunalpolitiker) mit diesem Instrument bisher noch nicht. Das hat zwei Gründe:

1. Ein klassisches Bürgerbegehren setzt mindestens eine mengenmäßig relevante Empörung voraus, im erfolgssicheren Fall gar eine Polarisierung der Bevölkerung. Um das Quorum des Bürgerbegehrens zu schaffen, muss es eine Entscheidung geben oder gegeben haben, die bürgerschaftliche Mobilisierung hervorruft, die Menschen auf die Straße treibt, um Unterschriften zu sammeln, die Geld und Phantasie mobilisiert, um mit Aktionen auf das Thema hinzuweisen und die auch noch ein Netzwerk von Aktivisten mit einer eigenen Logistik zusammenhält. Das heißt aber mit anderen Worten: Das funktioniert erst so richtig gut, wenn politisch das Kind schon im Brunnen liegt. Ich kenne keinen Bürgermeisterkollegen, der nicht versucht, seine Stadtgesellschaft im Inneren zusammenzuhalten und also solche Polarisierungen vermeiden will. Kommt es zum Bürgerbegehren, hat das politische

Sensorium der Handelnden, das Frühwarnsystem von Parteien und Fraktionen versagt. Genau darum ist das Instrument nicht so arg beliebt.

2. Die zweite, derzeit eindeutig noch unterbewertete Variante ist das Ratsbegehren, also die vom Gemeinderat bewusst an die Stadtgesellschaft „zurückdelegierte“ Entscheidung. Spricht man heute in einer Ratsfraktion der Volksparteien über eine solche Option, kommen wie ein Pawlowscher Reflex zwei Reaktionen:

Erstens sei das doch ein Eingeständnis von Schwäche, wenn man im Rat nicht selber entscheiden könne und zweitens, wenn man's einmal macht, müsse man es ja wieder tun (und wo kämen wir denn da hin...).

Erfahrungen aus der Schweiz, die damit auf kommunaler Ebene sehr lange und gute Erfahrungen hat, zeigen, dass die Sorge jedenfalls dann abgeschwächt werden kann, wenn ein paar Rahmenbedingungen beachtet werden.

Zunächst muss es sich um Themen handeln, die sich in vernünftige Fragestellungen kleiden lassen. Das ist keine banale Frage, denn die Abstimmung über ein Projekt per Bürgerentscheid ist ja dem Grunde nach immer eine digitale, also eine Ja-Nein-Entscheidung. Gerade bei komplexen Projekten haben wir häufig aber komplexe Verflechtungen und Interdependenzen, die sich nicht ganz so einfach sprachlich auf einen Wahlzettel herunter-reduzieren lassen. Der Volksentscheid zu Stuttgart 21 war da in seiner Fragestellung, die rechtlich wohl nicht anders möglich war, schon grenzwertig.

Dann braucht es eine gewisse gesamtstädtische Betroffenheit. Konstellationen, in denen ein Ratsbegehren nur zwei Stadtquartiere gegeneinanderhetzt, während der Rest der Stadt, weil unbeteiligt, gelangweilt zusieht, haben weder demokratische Qualität noch Funktion in der Befriedung der Stadtgesellschaft in einer heiklen Frage.

Ein schönes Beispiel dazu bietet die Einwohnerbefragung zum Projekt „Godorfer Hafen“ in Köln. Die Fallkonstellation war vereinfacht dargestellt folgende: Entweder der Godorfer Hafen wird weiter ausgebaut oder halt nicht. Würde er ausgebaut werden, hätte der Stadtteil Godorf die allgemeinen Lasten zu tragen gehabt, würde er nicht ausgebaut werden, hätten die Menschen in Niehl, dem anderem Hafenstandort, mit höherer Belastung zu rechnen.

Das Ergebnis in dürren Worten: Das vorgegebene Quorum von 10 % Beteiligung der Wahlbevölke-

rung wurde nicht erreicht, mangels gesamtstädtischer Betroffenheit. Außer natürlich in Godorf (Wahlbeteiligung: 48,5 %, Nein-Stimmen 88,5 %) und rund um Niehl (Wahlbeteiligung 15 bis 20 %, Ja-Stimmen – also für den Ausbau in Godorf – zwischen 68 und 74 %).

Es gibt dazu eine hervorragende Analyse der Kollegen des statistischen Amtes in Köln. Mein Kollege *Jürgen Roters* schreibt dazu, dass „mit dieser Analyse naturgemäß kein Urteil über die Zukunft dieser Beteiligungsform verbunden“ ist. Recht hat er, denn die Beteiligungsform ist gut, die Fallkonstellation war schlecht. Brennend interessant ist darin auch die Milieu-Analyse des Abstimmungsverhältnisses. Es handelt sich um Hafenausbau, mithin um klassische Industriearbeitsplätze. Während in den traditionellen Arbeitermilieus bis hinein in die konservative Mittelschicht die Ja-Stimmen überwogen, waren im bürgerlich-liberalen Milieu die Nein-Stimmen prägend.

Das führt zum dritten Punkt, der meines Erachtens beachtet werden muss: Ein Ratsbegehren sollte möglichst nicht per Abstimmung eines artikulationsfähigen bürgerlichen Milieus über die traditionell eher zurückhaltend sich an Wahlen beteiligenden Schichten führen.

Die unterschiedliche Wahlbeteiligung verschiedener soziodemografischer Schichten gilt natürlich auch bei allgemeinen Wahlen. Aber es gibt einen Unterschied: Bei allgemeinen Wahlen wird ein nicht ins Detail spezifizierter, allgemeiner Gestaltungsauftrag gegeben, der auch „Stellvertreterpolitik“, d.h. das Einsetzen für nicht artikulationsfähige Schichten beinhaltet. Die direkte Demokratie formuliert eine Ja-Nein-Entscheidung im Einzelfall, wo Elemente einer Klassengesellschaft schon sichtbar werden können.

So war's – bei aller Vorsicht bei Ferndiagnosen – beim Schulvolksbegehren in Hamburg, wo sich eine Bildungsschicht mehrheitlich über ein Schulsystem, das womöglich für die, die sich nicht beteiligt haben, besser gewesen wäre, hinweggesetzt hat.

Das ist natürlich das Schicksal aller direkter Demokratie, dass Mehrheiten über Minderheiten entscheiden, und dass Wahl-Mehrheiten nicht Bevölkerungsmehrheiten darstellen und – da gilt die alte Grundregel der Demokratie, dass jeder Abstimmung auch das Risiko des Irrtums innewohnt – dass man über das Ergebnis erschrickt, so wie die Schweizer nach ihrer Moschee-Abstimmung.

Das alles spricht nicht gegen direkte Demokratie, sondern nur dafür, die richtigen Themen auszuwählen, sie richtig vorzubereiten und einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen. Es spricht aber sicher gegen einen inflationären Umgang mit dem Instrument.

6. Modethema Bürgerhaushalt

Warum das Thema Bürgerhaushalt hochgepoppt ist und seither die Räte beschäftigt, kann ich nicht genau sagen. Schon das Wort finde ich schwierig, weil es suggeriert, die Haushalte vorher seien gegen (?) oder ohne (?) Bürger zustande gekommen. Das halte ich für falsch, denn selten genießt Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit als bei Haushaltsberatungen. Kein Wunder, schließlich geht es ja um (zu verteilendes) Geld oder (zu verteidigende) Besitzstände. Dazu kommt, dass der Haushalt ohne Zweifel das schwierigste Feld kommunaler Politik ist, dazu noch eines, wo es kaum digitale Entscheidungen gibt. Es gibt in Deutschland zahlreiche Modelle zu Bürgerhaushalten, die aber eines gemeinsam haben: Sie haben keinerlei empirische Relevanz. Es werden trotz großer medialer Begleitmusik Partizipationsquoten von 2 bis 3 % erzielt, was den – zugegeben polemischen – Schluss nahelegt, es handele sich um ein Hobby für pensionierte Gymnasiallehrer. Andererseits sind solche in der Regel via Internet organisierten „Kommunikationen“ dann aber in der Welt, was die große Gefahr bringt, dass sie sich verselbständigen und irgendwann für allgemeinverbindlich erklärt werden.

7. Web 2.0 und „Partizipationsstaat“

Und genau Letzteres ist auch das Hauptproblem bei allen interaktiven Anwendungen im Netz. Dort hat sich eine Kommunikationskultur und -geschwindigkeit entwickelt, die herkömmliche Presseämter schwindelig macht und den guten alten Verlautbarungsstil der Politik auf eine harte Probe oder gleich ganz in Frage stellt.

Wir müssen diese neuen sozialen Netzwerke bedienen, das steht fest. Ebenso klar ist, dass sie einen Quantensprung in der politischen Kommunikation bedeuten können, weil wir da breite Bevölkerungsschichten jenseits der traditionellen Zeitungsleserschaft – den Rezipienten unserer Verlautbarungen – erreichen.

Ob wir das mehrheitlich heute schon inhaltlich-stilistisch und von den vorhandenen Ressourcen her können, bezweifle ich stark. Aber es ist eine der

Haupt Herausforderungen der politischen Kommunikation der Zukunft, die amtliche Mitteilung mit den Regeln des Netzes kompatibel zu kriegen. Wir hatten neulich in Nürnberg die Gelegenheit, dieses Thema in kleinem Kreis mit *Wolfgang Blau*, dem Chefredakteur von *Zeit-Online*, zu diskutieren. Am Ende standen keine Antworten, aber eine ungefähre Erkenntnis über das Ausmaß der Fragen – immerhin.

Das Netz ist ja auch ein öffentlicher Raum, ein entörtlichter gewissermaßen. Es hat Zutrittsbeschränkungen – nicht alle sind „schon drin“ – und beschränkte Interaktionsbeziehungen. Das ist meines Erachtens aber kein Problem, denn auch im historischen öffentlichen Raum, also dem Marktplatz, waren ja nie alle gleichzeitig und haben auch nie alle mit allen diskutiert. Die empirische Relevanz des öffentlichen Netzraums ist daher wohl nicht schlechter als die der klassischen Medien. Man wird der dort herrschenden *public opinion* immer dann gerecht, wenn man sie eben gerade nicht für allgemeinverbindlich erklärt.

Einen großen Unterschied gibt es allerdings: Der klassische öffentliche Raum (vom Marktplatz bis zu den Zeitungen und zum Fernsehen) unterliegt noch der Deutungshoheit der politischen Klasse, wenigstens bestimmt sie – freiwillig oder unfreiwillig – dort noch die Agenda.

Das Netz arbeitet und kommuniziert von uns ungestört und unerhört vor sich hin. Und wir wundern uns und stehen dann staunend und hilflos gegenüber. Das muss sich ändern.

Der Partizipationsstaat ist ohne Netz nicht denkbar. Und wir müssen wohl oder übel im Netz den doppelten Boden des klassischen Verlautbarungswesens mit Meinung und Gegenmeinung verlassen.

Ein Problem ist auch, dass wir soziale Netzwerke nicht ohne eine Nutzung von Privatdiensten wie Google oder Facebook bedienen können. Damit verleihen wir dieser mit Datenschutz oft großzügig operierenden Unternehmen auch noch die Aura des offiziellen, was auch nicht schön ist.

Im guten Fall entwickelt das Internet so etwas wie dezentrale Schwarmintelligenz und ist damit auch resistent gegen staatliche Manipulation (wie im arabischen Frühling). Im schlechten Fall wird ein Netz manipuliert und es manipuliert damit auch die User. Aber das gab es auch ohne Internet.

8. Der Instrumentenkasten der Beteiligung

Natürlich gibt es neben den bislang diskutierten Instrumenten eine ganze Reihe guter, in der Praxis auch schon erfolgreich erprobter Beteiligungsformen. Von Planungszellen über Projektbeiräten bis zur mit Lichttechnik simulierten Gebäudehülle ist alles ausprobiert, vieles davon für gut befunden worden.

Genau diesen Instrumentenkasten will ich hier aber nicht diskutieren, weil das an anderer Stelle ausführlich dokumentiert ist und die Verführung in sich birgt, das Grundproblem der Weiterentwicklung der lokalen Demokratie auf das des Instrumentenkastens zu reduzieren. Das wäre falsch.

Es gibt aber ein paar Kriterien, die zu beachten sind und anhand derer man auch den Einsatz der Instrumente prüfen sollte. Die will ich im zweiten Teil diskutieren.

II. Was zu beachten ist

1. Information

Der moderne demokratische Staat funktioniert nicht ohne breite Information über das, was ist, aber auch über das, was geplant ist und womöglich sogar über die Felder, bei denen man erst beginnt, sie als Problem wahrzunehmen.

Neben dem klassischen Instrumentarium bekommt dabei das Internet eine völlig neue Funktion als Informationsmedium.

Das kann aber nicht die direkte Face-to-Face-Kommunikation ersetzen, wie sie bei lokalen Projekten und Konflikten weiterhin menschlich bleibt (da ist sie wieder, die Tugend des bayerischen Bürgermeisters). Die Zeitdauer der Information und Kommunikation muss ausgeweitet werden. Nicht nur während der formalen Verfahren, sondern bis weit in die Realisierungsphase hinein ist es nötig, dranzubleiben. Die Informationspflicht endet nicht mit der Rechtskraft des Verfahrens, sondern reicht weit darüber hinaus, bis – um im Bild zu bleiben – die städtischen Mitarbeiter mit der Kettensäge kommen.

2. „Betroffene zu Beteiligten machen...“

Dieser alte Spruch der Sozialarbeit wirft eine Frage auf: Wer ist eigentlich von einem Projekt betroffen? Sind es bei einer neuen Straßenbahnlinie nur dieje-

nigen direkten Anwohner, die sich möglicherweise vom Lärm gestört fühlen oder müssten es nicht eigentlich alle jetzigen und potenziellen Kunden dieser Straßenbahnlinie sein?

Beachtet man das konsequent, dann bekommt man den beißenden Geruch des St. Floriansprinzips aus der Beteiligung raus, man verlangt aber dem Publikum dann auch Verzicht oder die Hinnahmen von Zumutung ab. Dann wird Partizipation politisch sehr real, denn letztlich müssen ja auch Stadträte oft genug Zumutungen für einzelne Teile der Bürgerschaft beschließen, weil es das Große und Ganze erfordert.

Beteiligung und Information gehören eng zusammen, denn erst das Wissen um die Umstände ermöglicht es der Bürgerschaft, sich über ein Thema zu erregen.

3. Echter Minderheitenschutz

Christian Ude hat bei der letzten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages dazu Folgendes ausgeführt: „Minderheiten sollen sich frei entfalten können und mit all ihren Rechten geschützt werden, aber sie haben noch lange kein Recht, anstelle der Mehrheit zu entscheiden.“ Eine Mehrheitsentscheidung ist weder zweifelhaft noch gar illegitim, nur weil es Proteste dagegen gibt. Demokratische Qualität äußert sich in zweierlei Dimension: Im Umgang mit Mehrheitsbeschlüssen und im Umgang mit denen, die trotzdem weiter dagegen sind. An dieser Schlüsselfrage sind wir gerade beim Stuttgarter Bahnhof angekommen. Ministerpräsident *Kretschmann* hat sie, wie ich finde, richtig beantwortet und zwar mit demokratischer Würde.

4. Verbindlichkeit

Die Möglichkeit zu verbindlichen Absprachen und Abmachungen ist sehr asymmetrisch verteilt. Die Stadt hat – wenn sie sich auf ein Verfahren oder ein Ergebnis eingelassen hat – die politische und moralische Verpflichtung, dazu zu stehen. Die andere Seite in Form von unorganisierter, spontan oder fest organisierter Öffentlichkeit muss das nicht, sie kann das oft auch nicht.

Bei den heute üblichen Verfahrensdauern und der Umschlaghäufigkeit in unseren Wohnquartieren bringt das erhebliche Problem mit sich. Wir haben in Nürnberg Stadtquartiere, wo sich die Bevölkerung zwischen zwei Wahltagen um 25 bis 30 % verändert. Da kann's dann schon mal vorkommen,

dass dem Politiker sein politischer Vertragspartner abhandenkommt und die neuen sich aber schon gar nicht als Gesamtrechtsnachfolger an den einst gefundenen Kompromiss gebunden fühlen.

Wir haben dazu in Nürnberg ein recht schönes Beispiel zu bieten. Für ein großes Verkehrsprojekt – den Frankenschnellweg –, das in der Stadt seit drei Jahrzehnten hoch umstritten war, hatten wir zum Eintritt in die Planung einen Projektbeirat gegründet, in dem alle üblichen Verdächtigen beteiligt waren und der professionell extern moderiert iterativ alle möglichen Planungsvarianten durchdiskutiert hat. Ein schönes Verfahren, das in seiner Komplexität fast die Grenze klassischer Bürgerbeteiligung erreicht hat und am Ende ein Ergebnis erbracht hat, das nicht alle, wohl aber eine große Mehrheit der Beteiligten und des Stadtrates getragen haben.

Nunmehr nach weiteren vier Jahren Planungs- und Planfeststellungszeit sind natürlich bei vielen der beteiligten Organisationen neue Leute an Bord, die nicht an die damaligen Voten gebunden sind und sich oft beklagen, man sei „gar nicht richtig informiert“ worden.

Mit dieser Unzugänglichkeit von offenen Partizipationsprozessen werden wir leben müssen.

5. Verständlichkeit

Hierzu ist vorne alles gesagt. Wer glaubt, im Fachchinesisch des jeweiligen Berufsclicquencodes die Menschen zu beeindrucken, entwickelt das Gegenteil, nämlich das Sich-verächtlich-machen über die „Fachleute“. Autorität besitzt nicht der, der mit den meisten Fachausdrücken oder Fremdwörtern um sich wirft, sondern der, der verständlich komplexe Sachverhalte, manchmal auch Sachzwänge vermittelt.

Insofern ist Politik in der Partizipationsgesellschaft auch eine Art Übersetzerarbeit, wenigstens eine Vermittlerarbeit zwischen Fachlichkeit und Verständlichkeit.

Ex cathedra geht da gar nichts mehr, weil weder formale noch fachliche Autorität heute noch den Politikbetrieb bestimmen, weil um die Gunst der Zustimmung in jedem Fall aufs Neue gerungen werden muss.

Die Menschen sind da durchaus widersprüchlich. Einerseits wird „denen da oben“ grundsätzlich misstraut und die durch Wahl verliehene Macht in ihrer Ausübung argwöhnisch begleitet. Anderer-

seits bricht dann doch gelegentlich die unstillbare Sehnsucht nach (personaler oder formaler) Autorität durch, wie der zu Guttenberg-Hype gezeigt hat. Und auch die, die heute vor *Helmut Schmidt* im Staub liegen in der Hoffnung, sie könnten ihm den Aschenbecher reichen, waren ihm zu seiner aktiven, unbestritten auch autoritären Zeit nicht immer treu ergeben.

Klartext nicht als politische Kunst- oder Agitationsform – „Man wird doch wohl noch sagen dürfen“ – ist gefragt, sondern als sachbezogene Politikvermittlung.

6. Regeln vereinbaren

Ein häufiger Grund für Frustrationen oder gar das Scheitern von basisdemokratischen Beteiligungsprozessen ist das Fehlen einer klaren Geschäftsgrundlage. Politikverdrossenheit entsteht dann, wenn Partizipation vorgegaukelt wird, obwohl längst alles entschieden ist oder der in Verwaltung und Politik leider allzu häufige Sachzwangstrichter alles in eine Richtung lenkt. Reichweite der (Mit-) Entscheidungsmöglichkeit, Verfahrensdauer, Verfahrensbeteiligte müssen vorher klar benannt werden. Die Menschen müssen wissen, ob sie mitentscheiden können oder nur angehört werden, um Entscheidungsgrundlagen zu verbessern. Rechtliche und fiskalische Zwänge sind klar zu benennen, denn in der Partizipationsdemokratie ist genau wie in der repräsentativen Demokratie das Leben halt nun mal kein Wunschkonzert.

Gute Politik betreibt hier also „Erwartungsmanagement“. Dass die Bürgerschaft dabei gelegentlich das uns in den Rathäusern sattsam bekannte „Leider geht’s nicht anders-Gefühl“ kennenlernt, muss kein Schaden sein, wenn der Prozess auf der Basis klarer Regeln abläuft.

7. Repräsentativität

Alle Beteiligungsformen, bei denen die Beteiligung zu politischen Beschlüssen führt – also alle – sind auf ihre empirische Relevanz hin zu überprüfen.

Die demokratische Qualität eines Stadtrats, der nach bayerischem Wahlrecht zusammen panschiert und kumuliert worden ist, ist sehr hoch. Meist ist sie höher als die in Beteiligungsprozessen erreichte. Am Ende erreichen wohl nur der Bürgerentscheid und die nach allen Regeln der Kunst durchgeführte Sozialforschung eine vergleichbare Repräsentativität.

Gewiss, auch unsere Parteiwahrnehmungen – „Unsere Leute wollen das so“ – sind gefiltert, verzerrt, manchmal zufällig. Online-Abfragen, Blogs und Leserbriefseiten in Lokalzeitungen aber natürlich genauso.

Das ist alles solange kein Problem, wie diese Wahrnehmungen nicht für allgemeingültig und verständlich erklärt werden, was aber regelmäßig geschieht.

Eine Online-Abfrage zu einem Thema, die eine Nürnberger Lokalzeitung regelmäßig veranstaltet, findet 300 bis 500 Mitmacher, was angesichts einer halben Million Einwohner wohl nur zufällig das richtige Ergebnis erbringen kann. Sie bekommt alleine dadurch politische Relevanz, dass sie zweimal, nämlich beim Aufruf und bei der Präsentation des Ergebnisses an prominenter Stelle im Blatt steht.

Dagegen muss man sich „wehren“, dergestalt, dass wir nicht verzagt über unsere durch Wahl verliehene Legitimation zur Ausübung von Macht auf Zeit flüstern, sondern uns fröhlich und selbstbewusst zur repräsentativen Demokratie und den damit verbundenen Gestaltungsauftrag bekennen. Wir sind – kraft Wahl – „empirisch relevant“, natürlich unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung.

III. Fazit

Gerade auf kommunaler Ebene haben wir das Zeug dazu, die Wahrnehmung unseres Staates auf deren Weg vom „Obrigkeitsstaat über den Wohlfahrtsstaat zum Partizipationsstaat“ (*Klaus J. Beckmann*, difu) deutlich zu verbessern, die demokratische Qualität zu verbessern und so einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit zu leisten.

Das Rückgrat dabei ist und bleibt die repräsentative Demokratie und die Struktur der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern. Die Unmittelbarkeit der Wahrnehmung der zu entscheidenden Fragen, der auch in größeren Städten gegebene direkte Zugang zu den Entscheidungsträgern und die geografisch wie im übertragenen Sinn gegebene Volksnähe von Bürgermeistern bieten die beste Voraussetzung dafür. Als Bürgermeister kann man sich nicht verstecken, weder hinter Gesetzen noch hinter Rathausmauern und im Zweifel muss man ja beim Gang oder Fahrt durch die Stadt die Ergebnisse eigener Fehlentscheidungen täglich selber betrachten.

Gerade von der Warte des fröhlich wahrgenommenen Gestaltungsauftrags her lassen sich die

Instrumente dann themen- oder projektbezogen einsetzen. Sie bilden den Dreiklang Information – Kommunikation – Partizipation, beginnend mit der ganz schlichten Information als politischer Bringschuld, reichend über niedrigschwellige informelle Ad-hoc-Kommunikation bis hin zu langfristigen, formalisierten und geregelten Themen- oder Projektbeiräten.

Und dann bleibt – bei allen genannten zu beachtenden Kriterien – das Ratsbegehren, das, richtig eingesetzt, eine ergänzende Stärkung der repräsentativen Demokratie sein kann. Man könnte vom „Notwehrcharakter“ des Bürgerbegehrens wegkommen.

Ich verhehle an dieser Stelle nicht, dass auch ich mich dem Thema hier demokratietheoretisch und abstrakt nähere, bin ich als „klassisch politisch sozialisierter“ Mensch doch auch nicht frei von den Zwangsreaktionen (Ist das nicht ein Zeichen von Schwäche? Müssen wir das dann nicht zukünftig immer machen?).

Aber: Demokratie und demokratische Kultur haben sich immer verändert. Formale Autorität, wie sie noch unsere Vorgänger vor zwei oder drei Jahrzehnten genossen haben, ist längst dem gesunden Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Regierenden gewichen. Auch das präpotente Gehabe von Alleswissern, von Politikern, die Antworten schon wissen, bevor überhaupt die Fragen gestellt worden sind, und ein Politikbetrieb, in dem vor lauter Vordenkerei das Nachdenken zu kurz kommt – all das kann doch keiner mehr sehen und hören.

Zum neuen Bild von Politikern und Politik, zu einer Stadtpolitik im Dialog passt es deshalb durchaus, wenn wir uns auch als Laboratorium zur Weiterentwicklung der Demokratie verstehen. Dabei ist ein mögliches Scheitern Teil der möglichen Ergebnisse. Oder – wie es *Max Weber* in seinem Werk „Politik als Beruf“ formuliert hat: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Das kennt jeder, die Fortsetzung des Zitats (leider) nicht:

„Es ist ja durchaus richtig und alte geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muss ein Führer und nicht nur das, sondern auch – in einem sehr schlichten Wortsinn – ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind (also wir, Anmerkung des Verfassers), müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist, jetzt schon, sonst

werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber dennoch zu sagen vermag, nur der hat den ‚Beruf‘ zur Politik“.

Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der zukünftigen Förderpolitik für ländliche Räume



1. Einleitung

Bürgerschaftliches Engagement und Förderverwaltung sind zwei Säulen zur Entwicklung ländlicher Räume. Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob bürgerschaftliches Engagement die klassische Verwaltung der Fördermittel dominieren und ob die Förderung der ländlichen Entwicklung ohne bürgerschaftliches Engagement auskommen wird. Auf einige Aspekte dieses Spannungsfeldes werde ich eingehen.

2. Ausgangssituation

Die Förderung der ländlichen Räume konzentriert sich in der gegenwärtigen Finanzierungsperiode auf die Verwirklichung der Ziele

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung,
- Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sowie den
- LEADER-Ansatz als Programmbestandteil.

Entsprechend regionaler Gegebenheiten werden in den Entwicklungsprogrammen der Bundesländer unterschiedliche Schwerpunkte in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-VO) gesetzt. Viele Agrarstruktur- und Infrastrukturmaßnahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ können mit ELER-Mitteln verstärkt werden. Dabei kommt die Umsetzung der Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung ohne das Engagement der

Menschen in den ländlichen Räumen nicht mehr aus. Beispiele für die Einbeziehung der Akteure sind

- die Erarbeitung Integrierter Ländlicher Entwicklungs-Konzepte (ILEK) zur Stärkung der regionalen Wirtschaft,
- das Regionalmanagement (RM) zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung von Entwicklungsprozessen,
- die Dorfentwicklungsplanung und die Erarbeitung kommunaler Entwicklungskonzepte,
- die Bodenordnungsverfahren und die Umsetzung des Schwerpunktes LEADER.

Außerhalb der Förderung ländlicher Entwicklung gibt es ebenso Beispiele, wie die Akteure in die Dorfentwicklung einbezogen werden und das bürgerschaftliche Engagement gewürdigt wird. Das zeigt sich in besonderem Maße beim Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“.

3. Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements in die Förderung nach 2013

Das bürgerschaftliche Engagement wird bei der Entwicklung ländlicher Räume auch in Zukunft eine wichtige Rolle einnehmen. Im Entwurf der ELER-Verordnung für den Zeitraum nach 2013 sind sechs EU-Prioritäten vorgesehen:

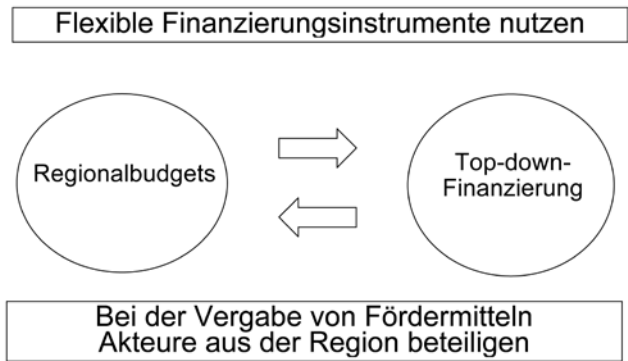
- Förderung von Wissenstransfer und Innovation,
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft,
- Förderung der Organisation der Lebensmittelketten und des Risikomanagements,
- Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der Ökosysteme,
- Förderung der Ressourceneffizienz,
- Förderung der Arbeit und wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten.

Der neue EU-Rechtsrahmen bietet alle Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger z. B. bei Maßnahmen der Dorfentwicklung und des Ausbaus der Infrastruktur in ländlichen Räumen angemessen zu beteiligen. Da kooperative und regionale Ansätze verstärkt werden sollen, erhalten regionale Entwicklungskonzepte, die ohne Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht möglich sind, einen höheren Stellenwert.

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen das „Bottom-up“-Prinzip ausgebaut und hohe finanzielle Anreize für LEADER-Prozesse gewährt werden (80 % in entwickelten Gebieten). Zudem ist vorgesehen, dass die Koordinierung des ELER-Fonds und der anderen EU-Fonds mit einem einheitlichen Ansatz bei den von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung verbessert werden soll (Multifondsansatz bei CLLD – community led local development). Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, einen Teil des Gesamtbetrages jedes Entwicklungsprogramms für die Finanzierung eines nationalen Netzwerkes für die ländlichen Räume vorzuhalten, insbesondere für Organisation und Verwaltung. Mit diesen nationalen Netzwerken soll die Beteiligung von Interessengruppen an der Umsetzung von Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gestärkt werden.

Kritisch ist festzustellen, dass die Verordnungsentwürfe wenig neue Perspektiven für regionale Maßnahmen enthalten, die die Herausforderungen des demographischen Wandels in besonderer Weise berücksichtigen. Auch sind kaum neue Elemente zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Entwicklungsprozesse des ländlichen Raums vorgesehen. Dessen ungeachtet sollten alle Freiräume genutzt werden, die Bürgerinnen und Bürger bei ländlichen Entwicklungsmaßnahmen dort zu beteiligen, wo es von der Sache angebracht ist. Dabei ist die effiziente Projektrealisierung ohne sachkundige Unterstützung der Aktionsgruppen und Vereine bei Antrags- und Abrechnungsverfahren nicht möglich. Zudem sollten die Finanzierungsinstrumente flexibler eingesetzt werden, um die regionale Entwicklung noch effizienter zu unterstützen. Wir meinen, dass Regionalfonds eine sinnvolle Ergänzung zur „Top-down“-Finanzierung ist.

Zur Weiterentwicklung der Förderung von Maßnahmen der ländlichen Entwicklung hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein Modellvorhaben gestartet, mit dem die Akteure in peripheren Regionen unterstützt werden sollen, die regionale Wertschöpfung zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern



und den demographischen Wandel zu bewältigen. Mit diesem Modellvorhaben „LandZukunft“ sollen unternehmerische Menschen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Verwaltung für die integrierte ländliche Entwicklung mobilisiert werden. Regionale Partnerschaften entscheiden auf der Grundlage eines Regionalbudgets, welche Projekte zur Realisierung vertraglich vereinbarter Ziele verwirklicht werden. Vorgesehen ist der Einsatz alternativer Finanzierungsinstrumente wie Mikrofinanzierungskredite.

Nach der im vergangenen Jahr begonnenen Start- und Qualifizierungsphase des Modellvorhabens in 17 Bewerberregionen werden die von der Jury ausgewählten Förderregionen Birkenfeld, Dithmarschen, Holzminden und Uckermark mit je 1,8 Mio. EURO im Zeitraum 2012 – 2014 unterstützt. Wir erwarten vom Modellvorhaben (www.land-zukunft.de) neue Erkenntnisse für die Regelförderung.



4. Schlussbemerkungen

Auch in Zukunft wird das bürgerschaftliche Engagement fester Bestandteil bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen der ländlichen Entwicklung sein. Regionale Entwicklungsprozesse sind für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu gestalten und Vorhaben z. B. in der Dorfentwicklung an die zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Im Rahmen von Maßnahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik muss dem demographischen Wandel angemessene Bedeutung zukommen und es sind Regularien zu vereinfachen.

Die nationalen Förderungsgrundsätze der integrierten ländlichen Entwicklung werden an den neuen EU-Rechtsrahmen angepasst. So sollte der Demographie-Check mit entsprechender Bürgerbeteiligung als Grundlage für Dorfentwicklungsmaßnahmen eine höhere Verbindlichkeit in der Förderung erhalten.

Wir sollten den Mut haben, neue Wege bei der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den Zukunftsentscheidungen der ländlichen Entwicklung zu gehen. Dazu ist das bürgerschaftliche Engagement systematisch in Planungs- und Entscheidungs-Prozesse einzubeziehen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld der Planungen beteiligt werden, um ihre Ideen aufzugreifen und entsprechende Entscheidungen abzustimmen, so ist eine bessere Identifikation mit der ländlichen Entwicklung gegeben. Häufig bedarf es eines „Kümmerers“, um die Prozesse anzustoßen und zu moderieren. Hierfür bietet das Regionalmanagement eine entsprechende Plattform. Alternative Finanzierungsinstrumente sollten mit Mut zum Risiko erprobt und Initiatoren innovativer Projekte professionell unterstützt werden.

Das Ehrenamt braucht Institutionen, die die Ideen der Bürgerinnen und Bürger bei der Planung und Umsetzung aufgreifen, so wie die Förderverwaltung ohne bürgerschaftliches Engagement nicht mehr auskommt.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vom 19. Oktober 2011 (Rats-Dokument 15425/1/11 REV 1; KOM(2011)627endgültig/2)

Modellvorhaben „LandZukunft“ – Denkanstöße für die Praxis (herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, August 2011)

Literatur

VO Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

**Bürgerschaftliches Engagement
auf kommunaler Ebene –
Auf dem Weg zu kommunaler Governance?**

Die neue Rolle des Bürgers in der Kommunalentwicklung – Was bedeutet dies für die Politik?



Einleitung

Wir beobachten in unseren Städten und Gemeinden wachsende Widerstände gegen Bauvorhaben und weitere Projekte. Standen viele Jahre insbesondere verkehrliche Großprojekte wie Flughäfen oder Autobahnen im Focus einer kritischen Bürgerschaft, so nehmen inzwischen Bürgerproteste gegen die Aufstellung von Mobilfunkmasten oder Windrädern deutlich zu. Selbst der Bau eines Skilifts in einer vom Wintersport lebenden kleinen Gemeinde ist heftig umstritten. Dabei ist der politische Streit vor Ort meist erst der Beginn einer sich über Jahre hinwegziehenden gerichtlichen Auseinandersetzung durch mehrere Instanzen. Wird Politik, wird auch gerade die Kommunalpolitik, zunehmend handlungsunfähig? Steigt die grundsätzliche Bereitschaft in der Bevölkerung, zunächst einmal gegenüber neuen Plänen zurückhaltend oder gar ablehnend zu reagieren? Und vor allen Dingen, was sind die Gründe für dieses Verhalten?

Lange Zeit lag die Vermutung nahe, dass es gerade die Nachbarn sind, die sich gegen Neubauvorhaben wehren, weil sie sich hierdurch negativ tangiert fühlen. Wenn man sich aber die Ereignisse in Stuttgart rund um den geplanten neuen Bahnhof oder bei einem umstrittenen Skilift näher anschaut, dann greifen die Proteste doch weit über die Nachbarschaft hinaus. Es sind auch nicht nur die ansonsten üblichen Protestler, die hier auf die Straße gehen, sondern die über alle Altersgrenzen hinaus sogenannten bürgerlichen Schichten; in Stuttgart sehr nett formuliert als Bürger aus der „Halbhöhenlage“.

Die Menschen fordern mehr Transparenz und mehr Partizipation. Sie fühlen sich vom bisherigen Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Mit diesem Thema beschäftigen sich Juristen und Politologen seit Jahrzehnten. Wir fangen ja hier nicht bei null an. Längst bestehen ausgefeilte planungsrecht-

liche Spielregeln. Und seit den Agenda-21-Prozessen werden die Bürger vielerorts zur Teilnahme an „runden Tischen“ und „Bürgerworkshops“ eingeladen.

Die formellen Beteiligungsmöglichkeiten werden doch im Regelfall vollkommen ausgeschöpft. Bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen fordert das Baugesetzbuch seit langem eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit. Auch bei Planfeststellungsverfahren ist eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Aus der Praxis wissen wir aber, dass nur wenige Bürger von diesen gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Wer wie ich in einer Stadtverwaltung beschäftigt war, der weiß, wie viele Pläne in einem Rathaus ausgehängt werden und wie wenige Bürger sich diese anschauen. Wir brauchen offensichtlich mehr als nur eine formelle Bürgerbeteiligung, um die Bürger mitzunehmen in den politischen Entscheidungsfindungsprozess. Und wenn wir von einer Modernisierung der Bürgerbeteiligung sprechen, dann meinen wir wohl weniger Änderungen der gesetzlichen Vorgaben als vielmehr eine Ausweitung und Verbesserung der informellen Bürgerbeteiligung. Das ist doch der Punkt. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der neuen Medien zu beleuchten. Internet und mobile Kommunikationstechnologien ermöglichen auf Knopfdruck sowohl einen Informationsaustausch in Sekundenschnelle als auch eine Absprache über künftige weitere Vorgehensweisen.

Kommunale Entscheidungsfindungsprozesse

Wenn man diese Bilder protestierender Bürger vor Augen hat, dann fällt es schwer, von Politikverdrossenheit zu sprechen. Wir erkennen nicht, dass sich der Bürger verdrossen aus dem politischen Leben zurückzieht, auch wenn manche Wahlbeteiligung

dies vermuten lässt. Ich sehe eher eine Tendenz dahingehend, dass der Bürger als „zoon politicon“ den öffentlichen Raum betritt und nach mehr Beteiligung ruft. Nach *Aristoteles* ist ja der Mensch ein soziales, auf Gemeinschaft angelegtes Lebewesen. Daher sollte uns als überzeugte Demokraten dieses Verhalten nicht überraschen. Es sind die klassischen Themenfelder wie Verkehr, Gewerbeansiedlung oder Infrastruktureinrichtungen, die die Gemüter oft erhitzen. Die rechtlichen Vorgaben sind wie bereits dargestellt im Bauleitverfahren oder im Planfeststellungsverfahren bei größeren Projekten klar geregelt. Auch die vorgegebenen Zeitfenster stellen an sich nicht das Problem dar. Die Verzögerungen treten dann ein, wenn die Gutachter und Gegengutachter auf das Podium steigen, wenn die letzte Stellungnahme zur Bedrohung des so unheimlich wichtigen Juchtenkäfers abgegeben wird, und wenn dann die Gerichte in mehreren Instanzen darüber befinden dürfen, was denn in diesem Wirrwarr von Argumenten und Gegenargumenten nun wirklich relevant ist. Beim *Osmoderma eremita* handelt es sich übrigens um einen Käfer aus der Unterfamilie der Rosenkäfer, dessen Brutbäume aufgrund einer FFH-Richtlinie zu schützen sind. Bundesweit erregen diese Käfer dann Aufsehen und beschäftigen den Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, wenn dessen Brutbäume sich zufälligerweise in unmittelbarer Nähe eines umzubauenden Bahnhofs befinden. Sind solche Gerichtsentscheidungen als ein Versagen der Politik zu verstehen? Oder doch eher ein Prozess, der ganz gezielt von den politischen Akteuren und den Bürgern vor Ort so gewollt ist?

Da muss man mit herber Kritik schon sehr vorsichtig sein und auch manchmal seine eigene Rolle in diesen Prozessen hinterfragen, ob als Kommunalpolitiker, als Investor oder auch als Bürger. Bei solchen Verfahren, beginnend mit der Problemerkennung, über den politischen Entscheidungsfindungsprozess unter Einbeziehung der Bürger, dann der Entscheidung im Kommunalparlament, darauf folgend die Gerichtsverfahren bis hin zur Umsetzung des Projekts, vergehen oft Jahre. Kosten steigen, Förderprogramme ändern sich, die Finanzierung gerät ins Wanken. Und damit die gesamte Entscheidungsgrundlage.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Neben den seit Jahrzehnten bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten im Baugesetzbuch wurde 1995 per Volksentscheid in Bayern das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene eingeführt; weitere Instrumente zu mehr

Bürgerbeteiligung in Bayern. Die in Art. 18a der Bayerischen Gemeindeordnung hierzu normierten Spielregeln setze ich in diesem Kreis als bekannt voraus. Daher will ich an dieser Stelle eine kurze Bilanz ziehen. Dabei beziehe ich mich auf Zahlen des Vereins „Mehr Demokratie e. V.“, die auf dessen Websites nachzulesen sind. So fanden bis Ende August 2010 1694 Bürgerbegehren in Bayern statt, davon mündeten 903 in einen Bürgerentscheid. Pro Jahr ergibt dies durchschnittlich 118 Bürgerbegehren in Bayern. Durchschnittlich nahmen 51,4 % der Stimmberechtigten an den Verfahren teil. Festzustellen ist dabei, dass die Abstimmungsbeteiligung deutlich zunimmt, je kleiner die Gemeinde ist. Knapp die Hälfte der Begehren wurde angenommen. Am häufigsten standen öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, Sozial- und Bildungseinrichtungen, Verkehrsprojekte und Mobilfunksendeanlagen zur Abstimmung an. Die Initiatoren wie auch Wissenschaftler kommen in ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass die örtliche Demokratie durch Einführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids lebendiger geworden ist und in vielen Fällen ein politischer Konsens erreicht werden konnte. Allerdings stelle ich mir die Frage, was in 1694 Fällen eines Bürgerbegehrens im Vorfeld dazu geführt hat, dass eben bis dahin kein Konsens gefunden werden konnte.

Auf der Suche nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung

Nach diesem kurzen Abriss über formelle Bürgerbeteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene können wir uns nicht zurücklehnen und feststellen, dass alles glänzend läuft. Trotz all der Bemühungen der politisch Verantwortlichen, die Bürger ernsthaft in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse mit einzubeziehen, bleiben Skepsis und Argwohn in Teilen der Bevölkerung bestehen. Die Auslegung von Plänen und eine kurze Info im Rahmen einer Bürgerversammlung, das war gestern. Das Verteilen von Infopost und die Einrichtung von Workshops, in denen Leitbilder, Rahmenpläne und Alternativkonzepte diskutiert werden, das ist heute.

Aber was ist morgen? Mehr Transparenz wird gefordert. Da entsteht wie aus dem Nichts eine neue Partei, die mehr Transparenz fordert und mit dieser Forderung mit fast 9 % gleich den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus schafft, obwohl sie so gut wie keine politischen Inhalte hat, aber mehr Transparenz fordert. So einfach geht das. Und wenn man sich auf den Internetseiten dieser neuen Partei umschaut, dann findet man dort an zahlreichen Stellen folgenden Grundtenor gegenüber staatlichen

und anderen öffentlichen Instanzen: Misstrauen, Geheimhaltung, Machtstrukturen. Der Bürger soll im Mittelpunkt staatlichen Handelns stehen in einer modernen Wissensgesellschaft. Gegen letzte Forderung wird niemand von uns Einspruch erheben. Die Piratenpartei würde zurzeit nach den aktuellen Wahlumfragen sogar den Sprung in den Deutschen Bundestag schaffen. Handelt es sich hier nur um einen gegenwärtig kurzfristigen Zeitgeist oder ist dies ein Beleg für die These des englischen Politologen *Colin Crouch*, der in der „Postdemokratie“ ein politisches System erkennen will, in dem es gar nicht mehr um die Beteiligung der einzelnen Bürger geht, sondern die politisch Verantwortlichen sich zurückziehen und auf Expertenrat und Kommissionsergebnisse reagieren? Dieser Einfluss privilegierter Eliten nehme zu und die Medien täten das Ihre, um zum Verfall der politischen Kommunikation beizutragen. Starker Tobak, den *Crouch* uns hier aufischt. Auch wenn *Crouch* mit vielen Stellen in seinem Buch heftigen Widerstand ausgelöst hat, so tragen seine Thesen doch dazu bei, sich darüber Gedanken zu machen, wie Bürger verstärkt in politische Beteiligungsprozesse der Zukunft mit einzubinden sind. Womit wir wieder beim Ausgangsthema sind.

Eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung erscheint nach dem jetzigen Erkenntnisstand, insbesondere bei den informellen Verfahren notwendig. Zum einen betrifft es die Suche nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung, zum anderen müssen wir uns wohl auch Gedanken über die richtige Zeitachse für die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindungsprozesse machen.

Ich möchte Sie auf dieser Suche nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung gerne mitnehmen, in dem ich Ihnen das Wort des Jahres 2010 und das Unwort des Jahres 2010 in Erinnerung rufe. „Wutbürger“ war das Wort und „alternativlos“ das Unwort. Das ist doch bemerkenswert und lässt die Frage zu, ob denn zwischen den beiden Wörtern möglicherweise ein kausaler Zusammenhang besteht.

Meine Tätigkeit beim Bayerischen Gemeindetag bringt es allzu häufig mit sich, dass ich mich mit Gesetzesentwürfen beschäftigen darf. Im Gesetzesvorblatt wird auf vielen Seiten zunächst einmal der dringende Handlungsbedarf dargestellt. Sollte es der Gesetzgeber im Ausnahmefall mit der Konnexität mal ernst nehmen, schließt sich dann eine Kostenfolgeabschätzung an. Das Gesetzesvorblatt endet dann üblicherweise mit dem Hinweis, Alternative: keine.

Ich gestehe, dass mich mit zunehmendem Alter spätestens an dieser Stelle immer häufiger Unwohlsein befällt. Zur Wut reicht es noch nicht ganz, da bin ich anscheinend noch zu jung. Aber natürlich gibt es sehr häufig eine Alternative, nämlich die, gar nichts zu verändern. Und bereits an diesem Beginn eines politischen Entscheidungsfindungsprozesses, völlig egal, ob auf der Bundes-, Landes- oder kommunalen Ebene, sei doch die Frage erlaubt: Besteht denn überhaupt ein Handlungsbedarf? Was ich damit zum Ausdruck bringen will: In dem Moment, in dem ich den Gemeindebürgern einen „alternativen Plan“ vorstelle, ist es mit der Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung möglicherweise schon vorbei. Daher erfahren wir aus der Praxis immer häufiger, dass sich in sogenannten Zukunftswerkstätten Politik, Verwaltung und Bürgerschaft treffen, um die weitere örtliche Entwicklung zu besprechen. Da kann es sowohl um eine Grundsatzentscheidung zur städtebaulichen Entwicklung, als auch um ein Einzelvorhaben gehen. Wichtig ist, dass bereits in diesem Stadium ein Konsens gefunden wird. Der Informations- und Wissensaustausch zwischen den Beteiligten braucht eine geeignete Plattform. Der Begriff Zukunftswerkstatt ist bereits gefallen. Planungswerkstatt, Workshops, Runde Tische sind weitere. All diese Plattformen gilt es gut vorzubereiten mit Informationen, mit Daten und mit Fakten. Das bedeutet für die Verwaltung ohne Zweifel einen Mehraufwand. Dieser ist insbesondere gerechtfertigt, wenn dieser Weg zum Konsens führt. Jahrelange Rechtstreitigkeiten beim Dissens beschäftigen und belasten Verwaltungen noch stärker. Der Unterschied liegt allerdings darin, dass bei dem einen Verfahren Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam an einem Strick ziehen, und dies sogar in die gleiche Richtung. Im anderen Fall wird in unterschiedliche Richtungen gezogen. Letzteres ist deutlich strapazierter und kostet viel Kraft.

Gemeinden werden Bürger künftig häufiger befragen, wie sie sich denn die Zukunft vor Ort vorstellen. Erste gute Erfahrungen liegen bereits bei sozialplanerischen Erhebungen vor. Da werden junge Familien nach Bildungs- und Betreuungsangeboten befragt. Immer mehr Kommunen nehmen diese Befragungen sehr ernst, da sie im interkommunalen Wettbewerb stehen und schließlich um jede junge Familie vor Ort auch kämpfen. Angesichts der demographischen Entwicklung gilt es heute schon, entsprechende Weichen für eine seniorenfreundliche Gemeinde zu stellen. Wer besser als die betroffenen älteren und alten Menschen vor Ort könnten Vorstellungen über diese gesellschaftspolitische Aufgabe äußern. So entstanden in vielen Kommunen in jüngster Zeit seniorenpolitische Gesamtkonzepte, eben unter Einbeziehung

der Betroffenen. So langsam sind die Instrumente für Bürgerbefragungen in den Gemeinden bekannt, anfängliche Hemmschwellen in Politik und Verwaltung gesunken.

Mit diesen Workshops oder Bürgerbefragungen wird nicht nur der Informationsfluss wesentlich größer, sondern es entsteht mit der Zeit ein neues Klima in der Gemeinde. Das miteinander Reden fördert die Kommunikation. Dies ist von besonderer Bedeutung. Denn alle uns vorliegenden wissenschaftlichen Analysen zu den großen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen vor Ort belegen, dass vor allem ein Kommunikationsdefizit seitens der Bürgerschaft beklagt worden ist. Ob dann allerdings ein Mediationsverfahren wie in Stuttgart der Weisheit letzter Schluss ist, da wäre ich persönlich skeptisch. Immerhin hat es der Schlichter *Geißler* geschafft, dass die Kontrahenten an einem Tisch saßen, Informationen detailliert ausgetauscht wurden, und eine breite Öffentlichkeit via Fernsehen und Internet live dabei waren. Immerhin meinten nach Beendigung des Schlichtungsverfahrens deutlich mehr Bürger als vorher, endlich informiert worden zu sein. Und so kommt der Hohenheimer Kommunikationswissenschaftler *Frank Brettschneider* in seiner Analyse über Stuttgart 21 zu der bemerkenswerten Erkenntnis, dass eine „Legitimation durch Verfahren“ für die Akzeptanz von Projekten längst nicht mehr ausreicht, sondern diese ergänzt werden müsse durch eine „Legitimation durch Kommunikation“.

Kommunikationswege zwischen Politik und Verwaltung einerseits und Bürgerschaft andererseits können sehr vielfältig sein. Das miteinander Reden, habe ich bereits erwähnt. Gerade in kleineren Gemeinden ist dies die einfachste Form des Informationsaustausches. Die gedruckten Informationen nehmen unterschiedliche Wege, je nach Größe der Gemeinde. Hier handelt es sich allerdings um eine einseitige Information aus dem Rathaus hin zum Bürger. Interaktiv wird dieser Informationsaustausch in der örtlichen Presse. Da diese ein großes Interesse an einer möglichst hohen Auflage hat, sehe ich in diesem Medium weniger den Mediator zur Konsensbildung. Jetzt kommt aber ein noch relativ neues Medium zum Einsatz, dessen Wirkungen und Auswirkungen auf politische Entscheidungsfindungsprozesse bzw. Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung noch nicht ausreichend erforscht worden ist. Ich meine das Internet und insbesondere die Nutzung des Web 2.0. Selbst kleinere Gemeinden haben zwischenzeitlich alle ihre eigene Homepage. Von professionell bis selbstgestrickt reicht die Qualitätspalette. Aber immerhin eröffnet das Internet völlig neue Möglichkeiten, die Bür-

gerschaft aktuell und oft auch sehr gut visuell zu informieren. Daten, Fakten, Termine, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Pläne, Fotomontagen: Die Flut an Informationen nimmt täglich zu. Doch wer nimmt diese Informationsflut überhaupt wahr? Und erreicht man tatsächlich die gesamte Bevölkerung oder werden bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen? Stichwort: digital divide.

Im Web 2.0 trifft sich nun insbesondere eine jüngere Bevölkerungsschicht, meist gut ausgebildet, engagiert, kommunikationsfreudig und gerne auch gegen das Establishment gebürstet. Facebook, Twitter und Youtube sind die bekanntesten Plattformen. Zahlreiche Bürgerbewegungen finden dort ihre Informationsbörse. In Sekundenschnelle werden Infos ausgetauscht, Meetings vereinbart und Aktionen geplant. Für die Kommunalpolitik und die Gemeindeverwaltungen stellen sich nunmehr folgende Fragen:

1. Was spielt sich da im Web 2.0 ab?
2. Verpasse ich möglicherweise einen für mich wichtigen Trend?
3. Soll ich das Medium selbst nutzen?

Ohne jetzt die Möglichkeiten des Web 2.0 zu überschätzen, es zu ignorieren, hielte ich für fatal; insbesondere für politisch Verantwortliche. Ich bin mir sicher, dass künftige Wahlkämpfe – auch auf kommunaler Ebene – über das Web 2.0 mitentschieden werden. Akteur im Web 2.0 zu sein, bedeutet aber, sein dort angelegtes Profil aktuell zu pflegen, die Diskussionen zu verfolgen, stets miteinander zu kommunizieren. Das setzt personelle und finanzielle Ressourcen voraus. Schafft das eine kleinere Gemeindeverwaltung überhaupt oder braucht man eine eigene Abteilung in einem städtischen Presseamt?

Wie künftig ein digitaler Dialog zwischen Politik und Bürgern aussehen könnte, hat uns schon Präsident *Obama* bei seinem Wahlkampf demonstriert. Jetzt hat die Bundeskanzlerin in ihrer Weihnachtsansprache angekündigt, sie wolle die Weiterentwicklung Deutschlands im engen Dialog mit ausgesuchten Experten vorantreiben, allerdings unter Beteiligung aller Bürger. Daher werde im Frühjahr eine entsprechende Plattform im Internet eingerichtet. Sieht möglicherweise künftig ein Dialog auf kommunaler Ebene ebenfalls so aus? Warum nicht? Gerade in Gemeinden, die aufgrund ihrer großen Einwohnerzahl einen persönlichen Kontakt mit dem einzelnen Bürger eher als unwahrscheinlich erscheinen lassen, könnte sich der Bürger online melden. Dann erwartet dieser aber auch

zeitnah eine Antwort und will sogar tatsächlich in einen Dialog eintreten. Und dies ist für einen Bürgermeister bzw. eine Verwaltung eine neue Herausforderung.

Ich habe mir im Internet einige Beispiele eines sogenannten Bürgerhaushalts angesehen. In diesen Kommunen wurden die Bürger aufgerufen, ihre Vorschläge für den kommenden Haushalt über das Internet abzugeben. Dabei wird sehr schnell deutlich, dass man bestimmte Informationen und Wissen als Bürger benötigt, um überhaupt in einen konstruktiven und vor allen Dingen auf rechtlich gesichertem Boden befindlichen Dialog eintreten zu können. Hinweise wie, die Beamten verdienen zu viel, da könne man doch sparen, korrespondieren nicht zwingend mit dem Besoldungsrecht der Beamten. Auch Vorschläge zur Streichung von kommunalen Pflichtaufgaben stoßen an gesetzliche Grenzen. Forderungen nach Senkung oder gar Streichung kommunaler Steuern, Gebühren und Abgaben überraschen an der Stelle nicht sonderlich. In den recherchierten Fällen waren die Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen aber aufgefordert, alle eingehenden Vorschläge aufzunehmen, zu überprüfen, zu bewerten und letztendlich nach politischer Entscheidung als Antwort wiederum auf der Homepage zu veröffentlichen. Man kann den immensen zeitlichen und personellen Aufwand nur vermuten. Das Ergebnis dagegen erscheint mir als sehr dünn, sodass Aufwand und Ertrag in einem kritischen Licht zu betrachten sind.

Fazit

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung sind aufgerufen, Formen und Zeitachsen der Bürgerbeteiligung weiter zu entwickeln. Einen Königsweg für alle Gemeinden gibt es wohl nicht. Abhängig von den jeweiligen Projekten, deren Bedeutung und Auswirkungen für die Gesamtbürgerschaft sowie der Größe einer Kommune sind individuelle Beteiligungsformen zu entwickeln. Als Grundlage gilt generell ein Höchstmaß von Transparenz bereits im Vorfeld einer Projektentwicklung, ein Miteinander auf gleicher Augenhöhe zwischen Politik und Bürger, sowie die Bereitschaft, den in einem umfassenden und offenen Beteiligungsprozess gefundenen Konsens zu akzeptieren.

Zu mehr Transparenz bedarf es neuer Kommunikationsformen und Informationswege. Der Einsatz digitaler Medien ist dabei unverzichtbar.

Die Nutzung des Internets muss in den kleinen Gemeinden noch stärker Einzug halten. Pläne, Animationen, Infos zeigen das geplante Gewerbegebiet, erläutern die geplante Umgehungsstraße und erklären den Neubau eines Kindergartens gerade an dieser Stelle. An der Baustelle selbst sollte ein Infokasten stehen, der für die interessierten Bürger Informationen bereithält.

Kommt es dennoch zum Dissens zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft, dann haben wir ja noch das Instrument des Bürgerentscheids. Dieses Instrument ist aber häufig die „ultima ratio“, denn es sollte nicht nur um ein Ja oder Nein gehen; vielmehr sind auch Alternativen denkbar. Bevor es zu Spaltungen in der Bürgerschaft wegen Schwarz oder Weiß kommt, sollte man sich vorher über die verschiedenen Grautöne unterhalten. Plebiszitäre Elemente in unserer Demokratie schaden nicht, sie verringern eher das Gefühl der Ohnmacht „der da unten“ gegen „die da oben“.

Eines macht mir allerdings in diesem Zusammenhang Sorgen. Wird das durch einen Bürger- oder Volksentscheid mehrheitlich gefundene Ergebnis dann auch tatsächlich von allen mitgetragen? Besteht dann wirklich Akzeptanz für oder gegen das Projekt. Stuttgart 21 lehrt uns etwas anderes. Auch nach dem Volksentscheid gab es weiterhin Demonstrationen, und die Parkwächter haben immer noch ihre Zelte vor dem Bahnhof aufgeschlagen. Und auch aus kleineren Gemeinden hören wir, dass nach einem Bürgerentscheid oftmals weiterhin ein Riss durch die Bürgerschaft geht. Auch das ist nachvollziehbar. Da streitet man jahrelang darum, ob die Umgehungsstraße links oder rechts um den Ortskern geführt werden soll. Die Bürgerschaft ist zu dieser Frage gespalten, und dann ergibt ein Bürgerentscheid ein Ergebnis mit 55 zu 45 %. Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren gilt insbesondere, wenn plebiszitäre Abstimmungsverfahren zur Anwendung gekommen sind. Getroffene Entscheidungen sollten dann aber auch zeitnah umgesetzt werden. Ansonsten läuft man Gefahr, dass der gesamte Entscheidungsfindungsprozess von vorne wiederholt werden muss, da im Laufe der verstrichenen Jahre das Pro und Contra aus den Augen verloren wurde, Kostenschätzung weiter davongelaufen sind und zwischenzeitlich neue Akteure das Parkett betreten haben.

Wie erfolgreich es um die künftige Bürgerbeteiligung steht, werden wir in nächster Zukunft im Rahmen des Energiewandels in unserem Land erleben. Raus aus der Kernkraft wollten viele. Windräder, Biogas- oder Photovoltaikanlagen in der eigenen Nachbarschaft wollen nur wenige.

Zur Verschlinkung der Genehmigungsverfahren kamen kürzlich aus dem Bayerischen Umweltministerium diskussionswürdige Vorschläge. Verkürzung der Genehmigungsdauer bei der geplanten Aufstellung von Windrädern von bisher 10 auf künftig 3 Monate. Erstellung von Lärmgutachten nur noch dann, wenn das Windrad näher als 1000 m vom nächsten Wohngebiet errichtet werden soll. Abspeckung der Artenschutzprüfung. Dies klingt alles vernünftig und würde dem Ausbau der regenerativen Energien einen bemerkenswerten Windstoß geben. Solche Vorschläge einer Verfahrensvereinfachung sollten aber nicht bei den Windrädern haltmachen.

Es kommt also Schwung in die Debatte. Kommunalpolitik steht dabei ganz vorne an der Front. Bürger mitnehmen, nicht ausbremsen. Bürgerkommune heißt das Schlagwort. Denn die Kommune, das sind wir alle in unserem jeweiligen Heimatort.

In Deutschland hat sich die repräsentative Demokratie bewährt. Grundsätzlich gilt: Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Bürgerentscheid. Die Formen der Bürgerbeteiligung dürfen die repräsentative Demokratie nicht in Frage stellen, sondern sollten diese ergänzen. Komplexe Entscheidungen zu Einzelvorhaben können nicht mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Auch die Verwaltung entscheidet nicht nach Mehrheit, sondern nach Recht und Gesetz. Es darf daher auch nicht um eine „Demokratisierung der Verwaltung“ gehen, sondern vielmehr um eine stärkere Beteiligung der Bürger am Verwaltungshandeln.

Protest gegen Infrastrukturprojekte: Konsequenzen für die Kommunikation von Vorhabenträgern



„Stuttgart 21“ ist zum Symbol für Proteste gegen Großprojekte in Deutschland geworden. Die Auseinandersetzung um den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof veranlasste den SPIEGEL im Sommer 2010 sogar zu einer Titel-Story über die „Dagegen-Republik“. Vor allem Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Verkehr und Energie stoßen immer wieder auf den Protest von Teilen der Bevölkerung: Flughafenerweiterungen, der Ausbau von Autobahnen, Eisenbahnstrecken, die Fehmarnbelt-Querung, Strom-Überlandleitungen, Kraftwerksneubauten, CO₂-Endlager, das Pumpspeicherkraftwerk im Schwarzwald. Die Liste ließe sich fortsetzen. Überall artikulieren lokale Bürgerinitiativen ihren Unmut. Umweltverbände springen ihnen bei. Und in der Regel werden die Konflikte auch von Parteien aufgegriffen, teilweise für bevorstehende Kommunal- oder Landtagswahlen instrumentalisiert. Nicht selten eskaliert die Auseinandersetzung, Fronten verhärten sich und ein sachlicher Austausch findet dann kaum noch statt.

In den öffentlichen Auseinandersetzungen werden nicht nur die Projekte selbst und die Expertise der Fachleute (u. a. der Ingenieure) in Frage gestellt. Die Kritik schließt auch die Vorhabenträger sowie die Entscheidungen der Parlamente und der Genehmigungsbehörden ein. Sich verschärfende Auseinandersetzungen über Infrastrukturprojekte können sich auf unterschiedlichen Ebenen negativ auswirken:

1. Gesellschaftliche Folgen. Notwendige Infrastruktur wird nicht oder nur mit großen zeitlichen Verzögerungen realisiert. Das hat negative Folgen für den Wirtschaftsstandort, der auf eine funktionsfähige Infrastruktur angewiesen ist, vor allem im Bereich der Energieversorgung und der Verkehrsinfrastruktur. Zudem bleiben Investitionen aus.

2. Folgen für die Vorhabenträger. Die Vorhabenträger können einen Reputationsschaden erleiden. Ein in Diskredit gebrachter Ruf kann die Realisierung weiterer Projekte gefährden.

3. Folgen für Projekte. Die Realisierung einzelner Infrastrukturprojekte verzögert sich. Die Kosten steigen.

Laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Herbst 2011 haben 76 % der Befragten generell Verständnis dafür, wenn Bürger gegen „große Bauprojekte“ protestieren. In der Studie heißt es: „Schon auf den bloßen Begriff ‚große Bauprojekte‘ reagiert die Mehrheit spontan negativ – trotz der Assoziationen mit Arbeitsplätzen, Fortschritt und Wachstum“. Für folgende Infrastrukturprojekte sieht jeweils eine Mehrheit nur geringen oder gar keinen Bedarf: Bau und Erneuerung von Energietrassen (45 % der Befragten sehen hier nur einen geringen Bedarf, 43 % einen großen Bedarf), Bau von Gaskraftwerken (54 % sehen einen geringen Bedarf), neue Anlagen zur Müllentsorgung (58 %), Bau von Kohlekraftwerken (74 %).

Für andere Infrastrukturprojekte erkennt hingegen jeweils eine Mehrheit der Befragten grundsätzlich einen großen Bedarf an: Bau von Energieversorgungsanlagen für erneuerbare Energien (85 % der Befragten sehen hier einen großen Bedarf), Bau und Modernisierung von Krankenhäusern (76 %), Erneuerung und Ausbau des Straßennetzes (55 %), Erneuerung und Ausbau des Schienennetzes (52 %). Jeweils eine Mehrheit würden den Bau oder Ausbau folgender Infrastruktur in ihrer Region ablehnen: Bau bzw. Erneuerung von Energietrassen (51 % würde den Bau oder Ausbau in ihrer Region ablehnen), Ausbau von Wasserstraßen (65 %), Flughafenbau bzw. -erweiterung (77 %) und Bau von Kohlekraftwerken (81 %).

Vielfältige Gründe für Protest

Das Phänomen der Ablehnung von Infrastrukturprojekten in der eigenen Region – selbst bei allgemeiner Anerkennung der Notwendigkeit eines Ausbaus – ist auch als NIMBY (Not-in-my-Backyard) oder als Sankt-Florian-Prinzip bekannt. Den Protest gegen Infrastrukturprojekte nur damit zu erklären, würde jedoch zu kurz greifen. Die Proteste gegen Infrastrukturprojekte haben zahlreiche Ursachen:

- 1. NIMBY-Effekt.** Hierbei handelt es sich um Proteste direkt Betroffener. Sie sehen durch das Projekt ihre Lebensqualität eingeschränkt: Fluglärm beeinträchtigt das Wohlbefinden oder ein Strommast verschandelt den Ausblick. Dieser Protest ist am stärksten motiviert. Daher bleiben Proteste oft auch nach Ausgleichsmaßnahmen (z. B. Schallschutz, finanzielle Kompensationen) bestehen.
- 2. Projektbezogene Gründe.** Menschen kritisieren einzelne Aspekte eines Projektes, beispielsweise die Auswirkungen auf Umwelt und Natur oder die Kosten. Oder sie bezweifeln seinen grundsätzlichen Sinn und stellen seinen Nutzen in Frage. Gelegentlich wird auch ein vermeintlich zu hohes Risiko kritisiert. Dabei verwenden Laien oft andere Maßstäbe zur Beurteilung dieser Einzelaspekte als Experten (Ingenieure, Geologen etc.).
- 3. Verborgene Gründe⁴.** Mitunter werden einzelne Aspekte eines Projektes kritisiert, obwohl die Wurzeln des Protestes ganz woanders liegen. So können sich Menschen in ländlichen Räumen kulturell von den Städtlern „bedroht“ fühlen, wenn ein städtisches Projekt auch sie betrifft. Infrastrukturprojekte können als Angriff auf die „kollektive Identität“ einer Region wahrgenommen werden. Selten werden diese Gründe explizit geäußert, obwohl sie ein wichtiges Motiv hinter dem Protest sind.
- 4. Vertrauensverlust.** Breitere Aufmerksamkeit erfährt der Protest vor allem dann, wenn er sich mit grundsätzlicher Skepsis gegenüber „der Politik“ oder „der Wirtschaft“ bzw. ihren Akteuren (Politiker, Parteien, Parlamente, Unternehmen, Genehmigungsbehörden) verbindet. Vor allem im Energiesektor überträgt sich das Misstrauen gegenüber den „Energie-Riesen“ auf die von ihnen betriebenen Projekte. Das mangelnde Vertrauen kann sich mit ideologischen Motiven verbinden. Beispielsweise protestiert eine kleine Minderheit gegen Projekte nicht wegen der Pro-

jekte selbst, sondern weil sie das Wirtschaftssystem insgesamt in Frage stellen.

- 5. Art der Kommunikation und Intransparenz formaler Verfahren.** Oft wird die Art des Umgangs von Verwaltung und/oder von Vorhabenträgern mit „der Bürgerschaft“ bemängelt. Diese würden „die Bürger“ von oben herab behandeln und ihre Einwände nicht ernst nehmen. Der damalige Vorsitzende der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg und jetzige Ministerpräsident, *Winfried Kretschmann*, warf der Landesregierung im Zusammenhang mit „Stuttgart 21“ vor: „Glauben Sie mir, die Hauptquelle des Protestes ist, dass Sie den Protest gar nicht ernst nehmen und dass Sie denken, die Gegner hätten noch nicht einmal gute Argumente“. Das Gefühl, nicht „auf Augenhöhe“ behandelt zu werden, hängt auch mit der Konstruktion formaler Verfahren zusammen, in denen rechtliche Fragen im Mittelpunkt stehen. Die dort übliche Fachsprache (juristisch, ingenieur-technisch) wird als unverständlich und als distanzierend wahrgenommen. Dies wird oft mit dem Vorwurf verbunden, Informationen seien unvollständig, sie seien zu spät oder gar nicht zur Verfügung gestellt worden. Gelegentlich wird den Beteiligten auch bewusste Falschinformation unterstellt. Bei „Stuttgart 21“ gipfelte dies in der Schmähung „Lügenpack“, die an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt ebenso gerichtet war, wie an die Landesregierung und den Bahnvorstand.

Aber nicht nur die Gründe für Protest sind vielfältig. Auch der gesellschaftliche Kontext, in dem die Diskussion über Infrastrukturprojekte stattfindet, wandelt sich. Zu diesen Kontextfaktoren zählen u. a. die wachsende Komplexität von Sachverhalten, die Arbeitsweise der klassischen Massenmedien und die zunehmende Dynamik durch Social Media und Social Networks im Web 2.0:

- 1. Komplexität.** Meist sind Infrastrukturprojekte komplex – in technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht. Oft überfordert diese Komplexität das Wissen und die Vorstellungskraft vieler Menschen. Das gilt erst recht, wenn das Verstehen zusätzlich durch die Verwendung von Experten-Sprache (Fachbegriffe, Fremdwörter) erschwert wird. Für Ingenieure ist beispielsweise „Überwurfungsbauwerk“ ein gängiger Begriff, für die Bevölkerung ist „Brücke“ die verständlichere Variante.
- 2. Arbeitsweise der klassischen Massenmedien.** Die klassischen Massenmedien müssen aufgrund ihrer Funktionsweise diese Komplexi-

tät in ihrer Berichterstattung verdichten. Zwar werden in der Hintergrundberichterstattung komplexe Zusammenhänge erläutert. Der Großteil der Berichterstattung ist jedoch ereignisorientiert und punktuell (zeitlich nicht auf eine dauerhafte Begleitung eines Projektes angelegt). Berichtet wird über Aktuelles, über Ereignisse, die sich knapp und mit Bildern darstellen lassen. Protestgruppen machen sich dies zunutze, in dem sie – zunehmend professionalisiert – medien-gerechte Anlässe inszenieren: Aktivisten ketten sich an Bagger, besetzen Bäume, platzieren Transparente an Kraftwerk-Schornsteinen oder seilen sich von Brücken ab. Das Ziel ist stets, ein medientaugliches Bild zu schaffen und so Eingang in die Berichterstattung zu finden.

3. Dynamik des Web 2.0. Protest gegen Infrastrukturprojekte lässt sich über Soziale Netzwerke (u. a. Facebook) schnell organisieren und verbreiten. Bürgerinitiativen nutzen diesen Weg daher für ihre Kommunikations-Kampagnen – neben den klassischen Flugblättern und Broschüren sowie Demonstrationen. Für Vorhabenträger und Verwaltungen ist es jedoch (strukturell) unmöglich, in der gleichen Geschwindigkeit zu antworten (beispielsweise müssen ihre Aussagen oft rechtssicher sein oder unter den Beteiligten abgestimmt werden). Daraus entsteht ein permanenter Rechtfertigungsdruck, unter dem Vorhabenträger und Verwaltung mehr reagieren statt selbst zu agieren.

Vorhabenträger und Verwaltung müssen sich auf diese veränderte Ausgangslage für Infrastrukturprojekte einstellen. Neben Formen der Bürgerbeteiligung kommt der Kommunikation zwischen Vorhabenträgern, Politik, Verwaltung und Bürgern dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Das Kommunikationsmanagement muss daher permanenter Bestandteil des Projektmanagements sein.

Kommunikations-Management für Infrastrukturprojekte

Proteste gegen Infrastrukturprojekte werden oft auch durch das Verhalten der Vorhabenträger begünstigt. Eine systematische interne und externe Kommunikation wird nicht von allen Vorhabenträgern als selbstverständliche Notwendigkeit erachtet, die auch entsprechend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden muss. Stattdessen wird nach „der Kommunikation“ gerufen, wenn sich Proteste bereits verstetigt haben. Aber Projektkommunikation muss mehr sein als

Krisenkommunikation. Im besten Fall verhindert sie, dass es überhaupt zu Krisensituationen kommt.

Kommunikations-Management besteht aus vier Phasen. In der **Analysephase** wird festgestellt, welche Anspruchsgruppen von einem Projekt tangiert sind und welche Positionen sie voraussichtlich vertreten werden: Anwohner, Initiativen, Mitarbeiter, Journalisten, Umweltverbände. Auch werden die verschiedenen Facetten des Projektes systematisch in einer „Themenlandkarte“ erfasst. In der **Planungsphase** werden die zentralen Kernbotschaften festgelegt. Auch werden verschiedene Kommunikationsinstrumente zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt. Der Vorhabenträger sollte nicht nur via Massenmedien kommunizieren, sondern auch das Web 2.0 nutzen. Vor allem aber gilt: Wichtiger als alles andere ist das direkte persönliche Gespräch mit den Anspruchsgruppen. In der **Umsetzungsphase**, in der Botschaften kommuniziert werden, erfordert die Vermittlung eines Infrastrukturprojektes eine verständliche Ausdrucksweise und die Fähigkeit, die eigenen Vorstellungen nachvollziehbar erklären zu können. Dabei hilft der Einsatz von Bildern, die Botschaften einprägsam transportieren. Zudem sind Botschaften permanent zu wiederholen, um die Wahrnehmungsschwelle zu überspringen. In der **Evaluationsphase** ist der Kommunikationserfolg fortwährend zu überprüfen. Gegebenenfalls sind Kommunikationsinstrumente und Inhalte aufgrund der Evaluation zu justieren.

Daneben gibt es einige Grundprinzipien für die Kommunikation von Infrastrukturprojekten, die beachtet werden sollten:

- Vorhabenträger und Verwaltung müssen frühzeitig und dauerhaft kommunizieren – nicht nur bis zur Planfeststellung, sondern bis zur Einweihungsfeier.
- Vorhabenträger und Verwaltung müssen proaktiv kommunizieren – so offen und transparent wie rechtlich möglich.
- Der Vorhabenträger sollte nicht nur in den formal vorgeschriebenen Verfahren kommunizieren, sondern alle Gelegenheiten für den informellen Austausch nutzen.
- Der Vorhabenträger sollte Dialogorientiert kommunizieren. Zum Gespräch gehört zunächst das Zuhören – und dann das Erklären. Einwänden, Vorschlägen und Sorgen von Bürgern ist mit Respekt und Wertschätzung zu begegnen.

- Vorhabenträger und Verwaltung müssen ihr Verhalten und ihre Entscheidungen immer wieder erklären. Dies gilt für jede Phase des Projektes. Dazu gehört auch die Diskussion von Alternativen und das Erläutern, warum welche Alternativen verworfen wurden.
- Vorhabenträger und Verwaltung müssen ihre Aussagen klar und verständlich formulieren. Dafür muss Fachsprache in eine für die Allgemeinheit verständliche Sprache übersetzt werden.
- Der Vorhabenträger muss ehrlich und wahrhaftig kommunizieren.

und dass man sich fair, sachgerecht und konstruktiv mit ihnen auseinandergesetzt hat – und dass man gegebenenfalls gute Gründe hatte, anders zu entscheiden.

Fazit

Auch wenn man die Grundregeln beachtet, werden Infrastrukturprojekte auch in Zukunft mit Protesten leben müssen, denn sie berühren vielfältige Interessen. Sehr wahrscheinlich stehen lokale Bürgerinitiativen auch künftig Großprojekten vor der eigenen Haustür skeptisch gegenüber. In der Frühphase eines Projektes sind sie aber selten unversöhnliche Gegner des Vorhabens. Oft suchen Bürgerinitiativen zunächst das Gespräch, um ihre Bedenken und Interessen geltend zu machen. Sie bringen Einwände vor, stellen Fragen und formulieren Bedenken. Das kann auch helfen, Projekte zu verbessern und sollte daher nicht von vornherein als „störend“ abgetan werden. Ein transparenter Fakten-Check zu Beginn eines Projektes kann die Basis für konstruktive Gespräche schaffen.

Ferner muss über die Ziele diskutiert werden, denen ein Infrastrukturprojekt dient. Wichtig ist dabei der Bezug der Ziele des Vorhabenträgers zum gesellschaftlichen Nutzen des Projektes (ökonomisch, ökologisch, soziokulturell). Nur so können den im Protest geltend gemachten Individualinteressen (NIMBY) Gemeinwohlinteressen gegenübergestellt werden. Im Fall der Energiewende ist dies beispielsweise die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energiemix oder eine Verringerung der Abhängigkeit von Importen. Im Fall der Verkehrsinfrastruktur ist dies beispielsweise die Erhöhung der Mobilität von Menschen und Gütern.

Nicht immer wird der Interessenausgleich in solchen Gesprächen gelingen. Aber von dem ernsthaften und ehrlichen Versuch wird es abhängen, ob das Ergebnis von möglichst vielen Menschen akzeptiert wird. Am Ende muss nicht eine allumfassende Einigkeit stehen, aber es muss glaubhaft erkennbar sein, dass alle Einwände gehört wurden

Bürgerschaftliches Engagement als Allheilmittel in Kommunen – Chancen und Grenzen



Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Daseinsvorsorge – Eine erste Erkundung

Wenn in kommunalpolitischen Runden derzeit über das „Bürgerschaftliche Engagement“ diskutiert wird, dann drehen sich die Gespräche vor allem um Menschen, die mitreden wollen. Mal sind das die Wut-, mal die Mut- oder „Gestaltungsbürger“ (so Bayerns Innenminister *Joachim Hermann*), die sich ja nicht nur in Stuttgart für oder gegen einen Bahnhofumbau, sondern auch bei Umgehungsstraßen, Windkraftträdern oder Biogasanlagen in kleineren Gemeinden zu Wort melden.¹

Es gibt aber noch einen anderen Diskurs, dessen Lautstärke in den letzten Jahren einen höheren Pegel erreicht hat. Seine Ausgangsfrage lautet: Brauchen wir in Zukunft mehr bürgerschaftliches Engagement, um unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität zu erhalten? Kommunen sollen sparen, der Sozialstaat ist, so sagt man, am Ende seiner Finanzkraft. Nun müssen wir uns auch noch auf einen demographischen Wandel gefasst machen, der die professionellen sozialen Dienste, die Infrastrukturen der Nahversorgung, die Bildungsinstitutionen oder Kultureinrichtungen zuweilen schon heute in Existenznöte bringt. Hinzu kommt die nun im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“. Brauchen wir also mehr bürgerschaftliches Engagement zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge, weil wir sie uns sonst nicht mehr leisten können?

Auffällig ist, dass sich die beiden Diskurse selten überschneiden. Man könnte annehmen, es gäbe zwei Gruppen von Menschen: Eine, die ihr Heil im Protest sucht, entweder staatsbürgerlich demokratisch oder nur die eigenen Interessen im Blick, während eine stille Mehrheit ihren unspektakulären Beitrag zum Gemeinwohl leistet. Und man hat den

Eindruck, dass gewählte Politiker von der einen Sorte gerne mehr, von der anderen gerne weniger hätten.

Die Perspektive, die ich einnehmen möchte, will beide Seiten zusammen sehen. Allerdings sind sie auf eine vielschichtige Art miteinander verbunden. Auf der einen Seite will sich nicht jeder Mensch, der einer Sportart oder der Taubenzucht in einem Verein nachgeht, politisch engagieren oder gar protestieren. Aber die Tendenz ist unabsehbar, dass Mitgestaltung und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit wichtige Motive sind, weswegen heute ein Ehrenamt angestrebt wird. Der Freiwilligensurvey 2009, die verlässlichste Datenquelle, die über das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland Auskunft gibt, stellt fest, dass die Erwartung, in unserer Gesellschaft wenigstens im Kleinen etwas zu bewegen, das stärkste Motiv für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit darstellt.²

Auf der anderen Seite ist nicht jede Intervention unzufriedener Bürger auch ein vernünftiger Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens. Zweifellos gibt es die sprichwörtlich gewordenen „Nimbys“ (Not in my Backyard), die sich zwar eine Umgehungsstraße wünschen, aber alles dafür tun, dass sie ihren Grundstücksgrenzen nicht zu nahe kommt. Dennoch: Auch diese Auseinandersetzungen gehören zum zuweilen zeitraubenden und nervtötenden Geschäft lokaler Demokratie. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass selbst dort, wo egoistische Interessen der Ausgangspunkt sind, die Vitalität demokratischer Beteiligung nicht Schaden nimmt, sondern eher wächst und nachhaltiger wird. Viel schlimmer wäre es, die Bürgerinnen und Bürger wendeten sich vom politischen Geschehen ab und artikulierten ihre Meinung nur noch hinter vorgehaltener Hand. Diese grummelnde Politikverdrossenheit ist der eigentliche Feind lokaler Demokratie.³

Deswegen würde man argumentativ zu kurz springen, wenn man das bürgerschaftliche Engagement als stillen Lückenbüßer für ausfallende staatliche Leistungen vereinnahmen wollte. Oder als schrilles Störgeräusch von Dilettanten und Unbefugten zurückweisen würde. Daseinsvorsorge und Demokratieentwicklung gehören zusammen.

Komplexer wird diese Beziehung freilich dadurch, dass es nicht nur um Mitsprache und Mitmachen, sondern auch um Mitverantwortung geht. Verantwortung hat wiederum zwei Aspekte: Eine subjektive Seite: Welches Maß an Verantwortung ist jemand bereit zu übernehmen? In einer modernen, mobilen Gesellschaft, die zudem so vielfältige Optionen bereithält, die Freizeit zu verbringen, ist die Übernahme von Ehrenämtern zweifellos schwieriger geworden. Viele Vereine oder Kirchengemeinden klagen beispielsweise darüber, dass die Suche nach geeigneten Vorständen oft immer aufwändiger und zeitraubender wird. Menschen überlegen sehr genau, ob sie dauerhafte Verpflichtungen eingehen sollen. Deswegen sind freiwillige Tätigkeiten, die zeitlich begrenzt und mit einer geringeren Verbindlichkeit verbunden sind, heute deutlich attraktiver.

Zur subjektiven Seite gehört auch die Art und Weise, wie man in einer Gesellschaft lernt, Verantwortung zu übernehmen. Gibt es entsprechende Gelegenheiten, an denen man sich erproben und Vorbilder, von denen man lernen kann? Wird freiwillige Verantwortungsübernahme gewürdigt und anerkannt, oder gehört es zu den Gepflogenheiten einer Gesellschaft, sich lieber wegzuducken, weil Verantwortung zu übernehmen höchstens etwas für nützliche Idioten ist?

Verantwortung hat auch eine objektive Seite: Welcher Grad an Verlässlichkeit und Qualität ist für bestimmte Aufgaben und Dienste im Sinne der Adressaten, also der Schüler, Senioren, Menschen mit Behinderung, Arbeitslosen etc., unbedingt zu gewährleisten? Nicht zuletzt beruht der moderne Sozialstaat auf Rechten, die historisch erkämpft wurden. Heute sind sie gesetzlich verankert. Wie weit könnten diese Ansprüche durch bürgerschaftliches Engagement in einer immer komplexer werdenden Welt überhaupt befriedigt werden?

Wo liegen die Chancen und Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements? Wie hoch lässt sich sein Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge und zu gesetzlichen Pflichtleistungen ansetzen? Wo verlaufen seine Grenzen? Wann würde man es überfordern?

Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements

Kommunale Daseinsvorsorge und bürgerschaftliches Engagement zu verknüpfen, ist nicht neu. Schon die Einführung der Freiwilligen Feuerwehr Ende des 19. Jahrhunderts übertrug eine unverzichtbare Aufgabe der Gefahrenabwehr auf ehrenamtliche Vereine. Damals bildeten sich auch die Umrisse der Leistungen und Einrichtungen heraus, die man später mit dem Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge umschrieb. Sie umfasste vor allem drei Aufgabenkomplexe: „Den polizeilichen Sicherheitszweck (z. B. Feuerschutz, Nachtwache); den sozialen Fürsorgezweck (z. B. Hospitäler, Armen- und Waisenhäuser) und den ökonomischen Förderzweck (z. B. Märkte, Lagerhäuser).“⁴

Obwohl der Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge bis heute juristisch und inhaltlich unbestimmt ist, lässt sich sein ungefährender Auftrag und Umfang am Artikel 83 der Bayerischen Verfassung ablesen. Dort heißt es: „In den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden (Art. 11 Abs. 2) fallen insbesondere die Verwaltung des Gemeindevermögens und der Gemeindebetriebe; der örtliche Verkehr nebst Straßen- und Wegebau und Wohnungsaufsicht; örtliche Polizei; Feuerschutz; örtliche Kulturpflege; Volks- und Berufsschulwesen und Erwachsenenbildung; Vormundschaftswesen und Wohlfahrtspflege; örtliches Gesundheitswesen; Ehe- und Mütterberatung sowie Säuglingspflege; Schulhygiene und körperliche Ertüchtigung der Jugend; öffentliche Bäder; Totenbestattung; Erhaltung ortsgeschichtlicher Denkmäler und Bauten.“

Welcher Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich dingfest machen? In manchen der genannten Aufgabenbereiche spielt es keine oder so gut wie keine Rolle. Straßen- und Wegebau, Berufsschulwesen, Schulhygiene, Totenbestattung haben mit dem Ehrenamt nichts oder kaum etwas zu schaffen. Bei den meisten der genannten Aufgaben hingegen kann man bürgerschaftliche Beiträge erkennen, ob es sich um ehrenamtlich geführte Volkshochschulen (Erwachsenenbildung) oder Mütterzentren (Mütterberatung), Kulturinitiativen (örtliche Kulturpflege), Gruppen der offenen Jugendarbeit, Freibäder in Vereinsbetrieb (körperliche Ertüchtigung der Jugend) oder ehrenamtliche Vormundschaften handelt. Freilich wird man die Leistungen im Einzelnen wohl nicht besonders hoch einschätzen dürfen. Oft sind sie marginal. Die meisten Dienste kommunaler Daseinsvorsorge werden hauptamtlich versehen, es sind fachliche Anforderungen festgeschrieben, die umfangreiche Ausbildungen voraussetzen. Viele notwendigen Arbeiten lassen sich ohne aufwändige Ressourcen

und Strukturen gar nicht realisieren, die ehrenamtliche Initiativen schlicht überfordern würden.

Man kann sagen: Dort, wo

- eine kontinuierliche Präsenz notwendig ist, um die Funktionsfähigkeit von Einrichtungen zu gewährleisten;
- Dienstleistungen verlässlich und kontinuierlich abrufbar sein müssen;
- eine besondere fachliche Qualifikation vorausgesetzt wird;
- komplizierte juristische Bestimmungen, vom Tarifrecht über den Datenschutz bis zu Förderbedingungen, einzuhalten sind;
- Umsätze und Finanzströme so groß werden, dass die damit verbundene Haftung und Verantwortung zeitintensive Steuerung und Kontrollen notwendig machen,

wird es für ehrenamtlich getragene Initiativen und Korporationen immer schwieriger oder gar unmöglich, einen erfolgreichen und nachhaltigen Beitrag für die kommunale Daseinsvorsorge zu leisten. Zwar gibt es Beispiele hoch engagierter Initiativen, die es beispielsweise schaffen, ein ehrenamtlich geführtes Museum die Woche über offen zu halten. Oft wird es aber nach einigen Jahren schwierig, diese Kontinuität weiter zu gewährleisten, wenn die Gründergruppe sich langsam verabschiedet.

In einer modernen, wandlungsfähigen Gesellschaft sind weder Art und Umfang dieser Leistungen der Daseinsvorsorge noch die Prozesse ihrer Bereitstellung und Realisierung ein für alle Mal festgeschrieben. Immer wieder tauchen neue Anforderungen auf. So gilt es heute für ausgemacht, dass eine Breitbandverkabelung ländlicher Regionen eine unverzichtbare Leistung der Daseinsvorsorge darstellt, die allen Menschen einen schnellen Zugang zum Internet verschafft. Vor dreißig Jahren konnte davon nicht einmal die Rede sein.

Aber nicht nur der technische Fortschritt stellt neue Herausforderungen, auch die Art der Leistungserbringung ändert sich. Heute besteht beispielsweise weitgehender Konsens über den flächendeckenden Ausbau von Kindergarten- und Krippenplätzen. Dadurch werden nicht nur Familien entlastet und vor allem Frauen die Chance eröffnet, eine Erwerbsarbeit anzustreben.

Meist gehen diese Veränderungen in unserer Gesellschaft gerade in eine Richtung, die bestehenden bürgerschaftlichen Initiativen die Existenzgrundlagen entzieht, weil sie einen erheblichen Mehraufwand an fachlicher Ausbildung, komple-

xen Rechtsvorschriften und Voraussetzungen für den Dauerbetrieb mit sich bringen. Damit wird, um beim Beispiel der Kinderbetreuung zu bleiben, ein erheblicher Veränderungsdruck auf ehrenamtliche Elterninitiativen oder Mütterzentren ausgeübt. Je mehr Frauen eine Erwerbsarbeit aufnehmen, desto weniger Zeit bleibt für das bürgerschaftliche Engagement übrig. Wenn zudem hauptamtlich erbrachte Dienstleistungen bereitstehen, dann erscheint das klassische Mütterzentrum vielen nur noch als schlechter Ersatz, der auch noch eigenes Engagement abverlangt.

Auch die Tatsache, dass die Fördergrundlagen für Kindertageseinrichtungen nun genauere Rechenschaftspflichten abverlangen, bürdet ehrenamtlichen Trägervereinen oder Elterninitiativen immer größere Dokumentationserfordernisse auf, die bei Nichteinhaltung zu gefährlichen Haftungsproblemen anwachsen können. Deshalb besteht nach Einführung des Bayerischen Kindergartenbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBig) eine unabweisbare Tendenz, dass ehrenamtlich geführte Trägervereine – beispielsweise bei katholischen Trägern – immer mehr verschwinden und hauptamtlich geführten Verwaltungszentren Platz machen.

Diese Entwicklungen sind zum Teil gewollt und können gute Gründe für sich beanspruchen. Letztlich folgen sie einer sich nun über zwei Jahrhunderte Geltung verschaffenden Logik des modernen Vorsorgestaates und einer Gesellschaft, die im Zuge der Entwicklung kapitalistischer Produktionsweise gleichsam natürlich dazu tendiert, soziale Hilfen und Dinge zu „kommodifizieren“,⁵ d. h. in Waren und Dienstleistungen zu verwandeln. Gerade dies sichert erst universelle Verfügbarkeit aller wichtigen und weniger wichtigen Dinge des täglichen Lebens zu Qualitätsstandards, die überall gleich sind. Und dies schafft damit die Grundlage für die zunehmende Flexibilisierung und Mobilisierung der Arbeitswelt. Überall erwarten uns dieselben Hotelzimmer, Fastfood-Ketten und Flugzeuge.

Der materielle Reichtum wird zweifellos vermehrt. Ob er freilich der wichtigste Maßstab unserer Lebensqualität sein sollte, wird von immer mehr kritischen Stimmen in Zweifel gezogen, die beispielsweise die Messung des Wohlstands einer Nation durch andere Indikatoren ergänzen wollen als jenen, die das herkömmliche Bruttosozialprodukt bereitstellt. So wird zum Beispiel in einer Enquetekommission des Bundestages zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität darüber debattiert, ob nicht der Grad des bürgerschaftlichen Engagements und die Größe des Sozialkapitals (*Robert Putnam*) einen wesentlichen Aspekt gesell-

schaftlichen Reichtums darstellen. Viel beachtet wurde der Versuch des Königreichs Bhutan, das Bruttoinlandsprodukt zu bilanzieren.⁶ Dies und die immer unüberschaubarer werdende Literatur, die ein neues Miteinander und eine Ökonomie des Schenkens und der Gabe auf dem Vormarsch sieht, werden sicher auch unsere Definition der kommunalen Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren verändern.⁷

Chancen und Mehrwert des Bürgerschaftlichen Engagements

Ich habe die Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements zu bestimmen versucht. Wo nun aber liegen seine Chancen und sein Mehrwert? Meines Erachtens lassen sich vier Aspekte ausmachen:

1. Zunächst ist die oben genannte „Schwäche“ bürgerschaftlicher Initiativen, immer wieder von komplexen, hauptamtlich organisierten Diensten überformt und verdrängt zu werden, auch als eine Stärke zu erkennen, wenn man die historische Perspektive ein wenig verschiebt. Das bürgerschaftliche Engagement hat sich über die gesamte Zeitspanne moderner Gesellschaft, also seit der „Sattelzeit“ (*Koselleck*) des endenden 18. Jahrhunderts als eine nie ermüdende Innovationsagentur erwiesen. Es hat gesellschaftliche Lücken aufgespürt, überkommene Strukturen und Ordnungen gelockert oder gar zum Einsturz gebracht. Das beginnt schon mit dem ersten kodifizierten Ehrenamt, als die preußische Städteordnung von 1808 vorsieht, ehrenamtliche Bürgermeister und Gemeinderäte einzuführen, um die feudal erstarrten Kommunen wieder zum Leben zu erwecken. Denn die neuen Werte der Französischen Revolution und *Napoleons* Siegeszug in Europa hatten erwiesen, dass ein Gemeinwesen ohne Beteiligung seiner Bürger nicht bestehen kann. Als Mitte des 19. Jahrhunderts das soziale Elend in den Städten ungeahnte Ausmaße annimmt, sind es ehrenamtliche Initiativen, die die Grundlagen des modernen Sozialstaates legen. Alle großen Wohlfahrtsverbände, aber auch die kommunale Sozialpolitik stammen aus ehrenamtlichen Wurzeln.⁸

Auch wenn im 20. Jahrhundert Berufspolitiker und hauptamtliche soziale Dienste diese Ursprünge in den Hintergrund drängen, so bleiben sie doch präsent. Auch heute noch werden die meisten kommunalpolitischen Mandate ehrenamtlich versehen. Viele große Verbände haben immer noch ehrenamtliche Vorstände.

Die Innovationskraft des bürgerschaftlichen Engagements ist bis heute ungebrochen. Ohne große Vorbereitung und mit wenigen Mitteln kann es sich der Themen annehmen, die gleichsam auf der Straße liegen. Das gilt bis zu aktuellen Tafelprojekten oder ehrenamtlichen Hospizvereinen.

2. Die durch das bürgerschaftliche Engagement aufgegriffenen Themen und Probleme werden häufig Gegenstand einer breiten sozialpolitischen Diskussion. Die Tafeln haben auf eine neue Armut aufmerksam gemacht, durch die Hospizvereine wurde das Sterben von einem Tabuthema in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Diese Diskurs- und Demokratiefunktion ist neben der Innovationsfunktion eine weitere wesentliche Stärke des bürgerschaftlichen Engagements. Es bringt vernachlässigte, manchmal auch kontroverse Themen in die öffentliche Diskussion und insistiert auf den grundsätzlichen Fragen, wie wir leben wollen, was wir für unverzichtbar oder entbehrlich halten; Fragen, die in den alltäglichen Routinen der Politik und des Sozialstaates oft nicht mehr gestellt werden. Ob im Naturschutz, bei der Energiewende, im Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die politischen Rechte von Migrant:innen: Überall waren und sind es ehrenamtliche Initiativen, die diese Themen auf die gesellschaftliche Agenda gesetzt haben. Demokratie darf nicht nur an der Wahlurne stattfinden. Sie lebt von diesem, durch vielfältige bürgerschaftliche Initiativen vital gehaltenen Raum der „deliberativen Öffentlichkeit“ (*Habermas*), auch wenn es manchen gewählten Politiker Nerven kostet und sich manch bürgerschaftlich verbrämter Egoismus artikuliert. „Governance“ als neuartiger Entscheidungs- und Beteiligungsstil zielt darauf ab, diesen Dialog zwischen gewählten politischen Vertretern, Verwaltung und Bürgerschaft in Arenen und Regeln so einzufassen, dass ein Miteinander im Ringen um die besten Lösungen entsteht. Weyarn, Barbing, Nordhalben, Rottendorf und andere Städte und Gemeinden, die dem Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune⁹ angehören, haben es verstanden, mit Bürgerbefragungen, Agenda-21-Arbeitskreisen und anderen Instrumenten einen konstruktiven Diskurs zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zu etablieren. Befragt man deren Bürgermeister, so ist die Bilanz eindeutig. Einbezug der Bürgerinnen und Bürger führt zu besseren Lösungen, neuen Verantwortungspartnerschaften und einem lebendigeren Gemeindeleben. Interessant ist dabei festzustellen, dass jene Kommunen, die den steten Austausch mit der Bürgerschaft pflegen, offenbar weniger mit Bür-

gerinitiativen zu kämpfen haben, die sich scheinbar aus dem Nichts bilden, um gefasste politische Beschlüsse wieder zu kippen.

Im Grunde wird mit der so neuartig klingenden Leitidee der „Governance“ eine traditionelle Auffassung von Kommune wieder gestärkt, die von dem zunehmend dominierenden Aspekt als Ausführungsorgan der zweiten staatlichen Ebene nur verdeckt wurde. Kommune meint im Kern Bürgerkommune und nicht staatliche Vollzugsebene, wie das Bundesverfassungsgericht schon 1950 in einem wegweisenden Urteil zur kommunalen Selbstverwaltung festgestellt hat: Kommunale Selbstverwaltung bedeutet „Aktivieren der Beteiligten für ihre eigenen Angelegenheiten, die die in der örtlichen Gemeinschaft lebendigen Kräfte zur eigenverantwortlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat zusammenschließt mit dem Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern und die geschichtliche und heimatliche Eigenart zu wahren“ (BVerfGE 11, 266/275 ff).

3. Wer die Stapel der Bestseller in Buchhandlungen betrachtet, dem wird auffallen, dass sich darunter zunehmend Ratgeber und populärwissenschaftliche Abhandlungen finden, die Glück und Zufriedenheit mit Werten des Schenkens und der Freundschaft in Beziehung setzen.¹⁰ Ein Ferrari, so Bruno S. Frey, macht nur für kurze Zeit glücklich. Haltbarer sei das relationale Beziehungsglück.¹¹ Seriöse Studien deuten darauf hin, dass Menschen, die sich bürgerschaftlich betätigen, länger und gesünder leben. Ebenso scheinen Demenzerkrankungen im Alter bei einem rege geführten gesellschaftlichen Leben weniger häufig aufzutreten.¹²

Das Image des bürgerschaftlichen Engagements hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich verändert. Auch wenn man heute noch Werbungen wie die der Postbank¹³ findet, für die unter dem Strich nur das Ich zählt, so scheinen wir uns von den neoliberalen Wertewelten der 1980er und 1990er Jahre immer weiter zu entfernen. Engagement ist selbst in Lebensstil prägenden Milieus mittlerweile „angesagt“.¹⁴ Alois Glück, der prominente bayerische Vordenker einer solidarischen Leistungsgesellschaft, hat unermüdlich darauf verwiesen, dass eine moderne Gesellschaft beides sein muss: wettbewerbsfähig und solidarisch.¹⁵ Man kann sich fragen, ob unsere derzeitige Arbeitswelt dies auch wirklich zulässt, aber es ist unübersehbar, dass immer mehr Menschen ihren Lebenssinn nicht nur in materiellen Werten und höherem Einkommen, sondern in einer neuen Lebenskunst

suchen, die vielfältige Formen gesellschaftlicher Tätigkeit umfasst. Um diese Sehnsucht nach einer „vita activa“ (Hannah Arendt) nicht zu enttäuschen, benötigen wir attraktive und vielgestaltige Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements, die den Bedürfnissen und Zeitvorstellungen der Engagierten entgegenkommt. Sätze wie „Es hat sich eben kein anderer gefunden, der den Posten übernehmen wollte. Da musste ich das eben machen“ sollten der Vergangenheit angehören. Dazu bedarf es einer wertschätzenden Kultur, die noch nicht überall vorhanden ist. Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements wird davon abhängen, ob es allgemein als Freude gilt, anderen etwas Zeit, Wissen oder Geld zu spenden.

4. Verantwortung zu übernehmen, muss gelernt werden. Deswegen ist die vierte wichtige Funktion des bürgerschaftlichen Engagements die Erziehung zum Bürger. John Dewey, der große amerikanische Philosoph und Pädagoge, hat Erziehung als einen Prozess der Vertiefung von Erfahrungen und der praktischen Lösung von Problemen beschrieben, die in einer Gesellschaft von Gleichen stattfindet, die sich im besten Fall kooperativ verhalten. Demokratie als Lebensform ist nicht selbstverständlich. Vom Kindergarten¹⁶ über die Schule bis in die Elternhäuser müssen ihre Vorzüge sichtbar, ihre Mühen und Erfolge spürbar und reflektierbar gemacht werden. Dafür ist bürgerschaftliches Engagement ein vorzügliches Lernfeld. Durch informelles Lernen in Vereinen, kirchlichen Jugendgruppen oder politischen Initiativen werden täglich und konkret soziale und demokratische Tugenden eingeübt. Freiwillige Übernahme von Verantwortung, Freude am Geben und Stolz auf Selbstwirksamkeit des eigenen Tuns werden praktisch und konkret nachvollziehbar.

Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, hat aus dem zitierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur kommunalen Selbstverwaltung den Schluss gezogen, dass eine Kommune nicht nur von der Tätigkeit und Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, sondern auch eine kommunale Verpflichtung zur Engagementförderung besteht.¹⁷ In der Tat: Die vier herausgearbeiteten Chancen des bürgerschaftlichen Engagements: Innovationsagentur für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu sein; im demokratischen Diskurs grundsätzliche Fragen nach gesellschaftlichen Werten anzumahnen; individuelle Sinnressource und unverzichtbares Übungsfeld der Bildung zu sein, könnten auf der gesellschaftlichen Agenda eine höhere Wertschätzung erfahren. Die

systematische Entwicklung von politischen Beteiligungsstrukturen, die Öffnung der Schule zu Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements, die Entwicklung von vielfältigen Einsatzfeldern, die in unserer zunehmend individualisierten Gesellschaft für jeden etwas zu bieten haben, sind – gelinde gesagt – noch ausbaufähig.

Literatur

¹ Siehe dazu *Roland Roth*: Bürger-Macht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg 2011

² *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, bearbeitet von *Thomas Gensicke, Sabine Geiss* (TNS Infratest), www.bmfsfj.de, S. 118

³ *Brigitte Geißel*: Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie, Frankfurt am Main; New York 2011, S. 162 ff.

⁴ *Hans-Ulrich Wehler*: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3 1849–1914, München 2008, S. 33

⁵ Ich beziehe mich hier auf *Karl Polanyi*: The Great Transformation (ursprünglich 1942), Frankfurt am Main 1972

⁶ *Amrei Coen*: 40,9 % sind schon glücklich. Die ZEIT vom 1.12.2011. Enquetekommission des Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. www.bundestag.de

⁷ An anderer Stelle habe ich diese Erweiterung des Begriffs der Daseinsvorsorge im Rückgriff auf die Philosophie *Martha Nussbaums* ausführlich dargestellt: *Thomas Rübke*: Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, 2012

⁸ *Wolf Reiner Wendt*: Geschichte der Sozialen Arbeit 1. Die Gesellschaft vor der sozialen Frage, Stuttgart 2008, S. 330

⁹ Näheres unter www.nachhaltige-buergerkommune.de

¹⁰ Derzeit prominentestes Beispiel ist *Richard David Prechts* Buch „Die Kunst, kein Egoist zu sein“, München 2010

¹¹ „Ein Ferrari macht nicht lange glücklich“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.2008

¹² Regelmäßig sichtet der österreichische Freiwilligenmanager und Psychologe *Martin Oberbauer* hierzu die einschlägige Fachliteratur und verfasst verdienstvolle Abstracts, die man auf den Internetseiten der IG Freiwilligenzentren Österreich findet unter: www.freiwilligenzentrum.at

¹³ *Serge Embacher*: Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land, Hamburg 2012, S. 11 ff.

¹⁴ *Alexander Dill*: Gemeinsam sind wir reich. Wie Gemeinschaften ohne Geld Werte schaffen, München 2012

¹⁵ *Alois Glück*: Verantwortung übernehmen. Mit der Aktiven Bürgergesellschaft wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher, München 2000

¹⁶ *Raingard Knauer*: Kindertagesstätten als Kinderstuben der Demokratie. Vortrag auf dem Fachtag „Bürgerschaftliches Engagement in Kindertagesstätten“ am 19. April 2012 in Mainz, BBE-Newsletter 09/2012, Download unter www.b-b-e.de

¹⁷ *Hans-Josef Vogel*: Engagementförderung – eine kommunale Pflichtaufgabe? 4. Fachtagung des Bundesmodellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“, Würzburg, 06. Juni 2005

**Engagement vor Ort –
Prozesse, Chancen und Grenzen**

Renaissance der Genossenschaften im ländlichen Raum



Das Thema „Renaissance der Genossenschaften im ländlichen Raum“ ist hochaktuell. Wir erleben derzeit ein großes gesellschaftliches Interesse an der genossenschaftlichen Organisationsform. Nachdem die vielfältigen unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Genossenschaft in den letzten Jahren bekannter geworden sind, nehmen seit 2008 die Genossenschaftsgründungen stetig zu. Traditionell sind Genossenschaften im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Handel und in der Kreditwirtschaft stark vertreten. In jüngster Zeit verzeichnen wir zahlreiche Gründungen in Zukunftsbranchen, vor allem im Energiebereich, aber auch im Gesundheitssektor.

Gleichwohl ist das Potenzial der Genossenschaften noch lange nicht ausgeschöpft. Wir stehen erst am Anfang. Die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte sind gewaltig. Neben der Energiewende und dem demographischen Wandel müssen wir auch auf die Strukturveränderungen im ländlichen Raum reagieren oder besser noch frühzeitig agieren. Die Genossenschaft kann als Organisations- und Unternehmensform gerade in diesen Bereichen viele grundlegende Aufgaben erfüllen und Leistungen erbringen.

Neues Bewusstsein der Menschen für genossenschaftliche Werte

Die genossenschaftliche Idee ist zeitlos gültig. Sie war vor 150 Jahren genauso aktuell wie heute. Damals wie jetzt suchen die Menschen tragfähige Lösungen für die Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Oftmals ist Kooperation hierfür der beste Weg. Mitgliederbeteiligung, Dezentralität, Nachhaltigkeit – diese Merkmale kennzeichnen die Genossenschaft seit jeher.

Mit Renaissance der Genossenschaften sind der Bewusstseinswandel und die Rückbesinnung der Menschen auf das Bewährte gemeint. Der Beständigkeitsfaktor ist in den letzten Jahren, die häufig von kurzfristigem ökonomischen Wachstumsdenken geprägt waren, weitgehend aus dem Blick geraten. Angesichts wirtschaftlich unsicherer Zeiten und globaler Wirtschaftskrisen beginnen mehr und mehr Menschen umzudenken: Nachhaltiger Erfolg – „Immer Besser“ statt „Immer Mehr“ – wird zur neuen Größe.

Hinzu kommt, dass nach vielen Jahren der Globalisierung und des Strukturwandels die Regionalität wieder an Bedeutung gewinnt. Die Menschen legen Wert auf Ursprünglichkeit und Vertrauenswürdigkeit. Die Unternehmen nutzen gewachsene soziale und wirtschaftliche Strukturen vor Ort zunehmend als Instrument im Wettbewerb.

Dazu passt, dass sich viele Menschen stärker in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse, die sie direkt betreffen, einbringen wollen. Bürgerschaftliches Engagement wird gerade im ländlichen Raum zum zentralen Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft. Zum einen wollen Menschen die Entwicklung ihrer Gemeinden und Städte aktiv mitgestalten, zum Beispiel durch die Beteiligung an einer Energiegenossenschaft. Zum anderen gibt es immer mehr Bereiche, aus denen sich die Öffentliche Hand als Dienstleister zurückzieht, z. B. kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder, Beratungszentren und Betreuungsstellen. Diese Problematik stellt sich im ländlichen Raum noch stärker als in der Stadt.

Internationales Jahr der Genossenschaften 2012

Genossenschaften sind ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsstruktur und des gesellschaft-

lichen Zusammenlebens. Das lässt sich klar mit Zahlen belegen: Jeder vierte erwachsene Einwohner in Bayern, das entspricht etwa 2,7 Millionen Menschen, ist Mitglied in einem der 1194 genossenschaftlichen Unternehmen. Über 53 000 Erwerbstätige haben ihren Arbeitsplatz in einem genossenschaftlichen Unternehmen. In Deutschland sind mehr als 17,9 Millionen Menschen Mitglied einer eG.

Auch in zahlreichen anderen Ländern haben Genossenschaften große wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Das würdigen die Vereinten Nationen mit dem Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012. Das unternehmerische Selbsthilfeprojekt, das *Friedrich Wilhelm Raiffeisen* und *Hermann Schulze-Delitzsch* vor mehr als 150 Jahren in Deutschland entwickelt und etabliert haben, ist längst zu einer globalen Bewegung geworden. So sind 800 Millionen Menschen in über 100 Ländern, also jeder neunte Erdenbürger, Mitglied einer Genossenschaft. In Europa zählt die Genossenschafts-Organisation insgesamt 117 Millionen Anhänger.

Überall auf der Welt machen die Genossenschaften in diesem Jahr auf sich aufmerksam. In Deutschland haben sich die Genossenschaften den Leitspruch „Ein Gewinn für alle“ gegeben. Damit zeigen wir, dass Genossenschaften nicht nur wirtschaftlich großen Nutzen bringen – sie bereichern auch die Gesellschaft. Nachhaltig fördern die Genossenschaften die vielfältigen Interessen ihrer Mitglieder. Damit übernehmen sie Verantwortung für die Menschen in der Region und die Gesellschaft insgesamt.

Gründungsmotive gestern und heute

Genau dieser soziale Nutzen war der Antrieb *Friedrich Wilhelm Raiffeisens*, als er Mitte des 19. Jahrhunderts die erste Genossenschaft in Deutschland gründete. Auslöser war die Not vieler Teile der Bevölkerung nach der katastrophalen Missernte im Jahr 1846. Der „Weyerbuscher Brodverein“ versorgte die Armen mit finanzieller Unterstützung Dritter. Was damals als Lebensmittel-Nothilfe begann, wurde bald zur genossenschaftlichen Selbsthilfe-Organisation weiterentwickelt.

Die fortschreitende Industrialisierung und der damit verbundene fundamentale Strukturwandel in Deutschland führten im 19. Jahrhundert zu einer großen Finanznot bei Bauern und Handwerkern. Bestehende Großbanken konzentrierten sich aber nur auf die Finanzierung von Industrieunternehmen. Landwirte und Gewerbetreibende liefen des-

halb Gefahr, ihre Existenzgrundlagen zu verlieren. Es fehlte schlicht das Geld zur Anschaffung von Betriebsmitteln und Maschinen. Mit den Spar- und Kreditvereinen entstanden in den 1850er Jahren die ersten Volksbanken und wenig später mit den Darlehenskassen die ersten Raiffeisenbanken. Die Gründung dieser Kreditgenossenschaften war also eine Innovation, die aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen resultierte. Sie diente nicht nur der vorübergehenden, sondern der dauerhaften Existenzsicherung der Menschen.

Das genossenschaftliche Modell hat sich seitdem bewährt. Es ist belastbar, verlässlich und nachhaltig – auch und insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Basis dieser Leistungsfähigkeit sind die Genossenschaftsprinzipien, die seit den Gründungsjahren unverändert sind: Selbsthilfe sichert durch das Engagement vieler die wirtschaftliche Existenz und den Wohlstand des Einzelnen. Selbstverwaltung heißt, dass es die Mitglieder einer Genossenschaft sind, die die grundlegenden Entscheidungen treffen und ihr Unternehmen zugleich kontrollieren. Selbstverantwortung erfordert, dass die Mitglieder mit ihrem Kapital einstehen und sich persönlich in Gremien für die Entwicklung der Genossenschaft einsetzen. Das ist bis heute so.

Potenziale von Genossenschaften im ländlichen Raum

Genossenschaften sind die passende Organisationsform für unterschiedlichste wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen. Das gilt insbesondere im ländlichen Raum. Drei wesentliche Herausforderungen – die Energiewende, den demographischen Wandel und die strukturellen Veränderungen in der Fläche – gilt es zu meistern.

Die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende führt dazu, dass die Energieerzeugung und -infrastruktur grundlegend erneuert werden müssen. Eine flächendeckende Nutzung regenerativer Energiequellen ist nur über eine dezentrale Energieerzeugung und -versorgung möglich, also über die Abkehr von großen zentralen Anlagen und den flächendeckenden Aufbau von kleineren dezentralen Erzeugungseinheiten. Energie muss künftig möglichst da erzeugt werden, wo sie verbraucht wird.

Daraus ergeben sich für die bayerischen Landwirte Chancen und Herausforderungen zugleich. Zum einen eröffnen die Energieziele die Möglichkeit zusätzlicher Einkommensquellen. Immer mehr Landwirte werden zu Energiewirten.

Zum anderen muss sichergestellt werden, dass die Nahrungsmittelproduktion zu jeder Zeit Priorität in landwirtschaftlichen Produktionsprozessen hat. Die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe darf nicht in Nutzungskonkurrenz zu Lebensmitteln stehen oder zu Nachteilen bei der Bodennutzung (hohe Flächenanteile einzelner Kulturen) führen. Vor allem die Produktion von Biokraftstoffen und Biogas hängt stark von der gesellschaftlichen Akzeptanz und Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung ab.

Die Genossenschaft ist die ideale Unternehmensform zur Organisation dezentraler Energieversorgung in den Regionen. Sie bietet Landwirten, Bürgern und Kommunen eine bewährte, unkomplizierte und demokratische Rechtsform. Sie schafft stabile Rahmenbedingungen für eigenverantwortliche und aktive Beiträge zur Energiesicherung der Bürgerinnen und Bürger. Nur die Genossenschaft gewährleistet eine echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Energieversorgung, denn sie sind gleichzeitig Eigentümer und Nutzer der Leistungen.

Hier kann sich Geschichte im positiven Sinne wiederholen. Denn Genossenschaften haben schon einmal maßgeblich zum Aufbau der Energieversorgung beigetragen. Bereits in den 1920er Jahren waren Genossenschaften ein zentraler Bestandteil der Elektrifizierung und wichtige Träger der Entwicklung des ländlichen Raums. Vorwiegend an den Wasserläufen wurde eine Vielzahl von Elektrizitätsgenossenschaften gegründet.

Damals wie heute sehen die kommunalen Vertreter die Notwendigkeit, die Wertschöpfung in der Region zu halten oder neu zu schaffen. Das Modell der Energiegenossenschaft bietet sich in besonderer Weise an. Dabei kann die Zusammenarbeit der Kommune mit der Genossenschaftsbank vor Ort wichtige Impulse und Unterstützung bieten.

Allein in Bayern gibt es mittlerweile rund 130 Energiegenossenschaften in den Bereichen Fotovoltaik, Wärmeversorgung und Biogas. Auch im Bereich Windenergie arbeiten vielversprechende Projekte. Die vorhandenen Potenziale sind aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb arbeiten wir in der genossenschaftlichen Organisation intensiv mit Kommunen, Landkreisen, Stadtwerken, Landwirten sowie Bürgerinnen und Bürgern an regionalen Energieprojekten und begleiten deren Umsetzung.

Große Potenziale gibt es aber nicht nur im Energiebereich. Der demographische Wandel, die fortschreitende Urbanisierung und die erhebliche

Veränderung der gesellschaftlichen Altersstruktur machen ein grundsätzliches Umdenken bei der Gesundheits- und Altersversorgung notwendig.

Es gibt bereits zahlreiche Beispiele dafür, dass sich Ärzte in einer Gesundheitsgenossenschaft zusammenschließen, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen und zu verbessern. Eine Ärztegenossenschaft steigert die Versorgungsqualität für Patienten in der Region und hebt zugleich Kostenvorteile für die angeschlossenen Praxen. Denn die Genossenschaft verhandelt mit Dienstleistern und erreicht bessere Preise für den Praxisbetrieb und -bedarf. Das Ärztenetzwerk dient zudem als Plattform zum Informationsaustausch und zur Organisation von Weiterbildungen.

Auch im sozialen Bereich, etwa dem altersgerechten Wohnen, wird zunehmend die Genossenschaft als geeignete Organisationsform gewählt. Im ländlichen Raum fehlen häufig Plätze in Altersheimen oder es gibt schlichtweg keine ortsnahen Einrichtungen. Die Problemlösung kann genossenschaftlich organisiertes Wohnen im Alter sein. Hierbei leben pflegebedürftige Ruheständler in einer Wohngemeinschaft zusammen. Eine ambulante Einrichtung übernimmt die nötigen Pflegedienstleistungen. Entscheidungen werden nicht von einer Heimleitung, sondern von den Bewohnern getroffen. Das genossenschaftlich organisierte Wohnen in den eigenen vier Wänden ist eine echte Alternative zum Seniorenheim und bietet darüber hinaus viel Gestaltungsspielraum. Dieses Modell wird sich in den Regionen durchsetzen.

Auch zum Weiterbau der ländlichen Infrastruktur können Genossenschaften einen wichtigen Beitrag leisten. Ein Beispiel ist die Breitbandinternetanbindung von Gemeinden. In Mittelfranken gibt es mittlerweile eine erste genossenschaftliche Breitbandinitiative, die Glasfaserleitungen verlegt und betreibt. Die Bürger erhalten schnelle, günstige Internetanschlüsse. So werden „weiße Flecken“ bei der Breitbandversorgung im ländlichen Raum beseitigt.

Diese Beispiele veranschaulichen, wie Genossenschaften Menschen dienen können, die sich mit viel persönlichem Engagement für soziale Belange in ihrer Region einsetzen. Dieses Engagement ist der Schlüssel für zahlreiche der aktuellen Herausforderungen. Genossenschaften helfen, lokale und regionale Einrichtungen zur Erfüllung sozialer Funktionen zu erhalten bzw. zu schaffen, die kommunalen Haushalte zu entlasten und das Dienstleistungsangebot für die Bürger zu verbessern.

Genossenschaften können noch stärker, als das bereits heute der Fall ist, ein Instrument sein, um grundlegende Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Zahlreiche Menschen haben das erkannt und engagieren sich in einer Genossenschaft.

Das zeigt die rasante Zunahme der Gründungen im Freistaat eindrucksvoll. Nach elf neuen Genossenschaften im Jahr 2007 sprang die Gründungszahl 2008 auf 27. Im Jahr 2010 hat sich ihre Zahl mit 54 im Vergleich zu 2008 sogar verdoppelt. 2011 kamen nochmals 51 neue Genossenschaften dazu. In der Summe sind das 180 Genossenschaften in den letzten vier Jahren. Das ist ein großer Erfolg für die Genossenschaftsbewegung.

Zusammenfassung und Ausblick

Bisher sind Genossenschaften mit kommunalen und sozialen Aufgaben in Deutschland noch zu wenig verbreitet. Ganz anders ist das beispielsweise in Italien, wo Genossenschaften als Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Integration seit Jahrzehnten gefördert werden. Ich begrüße es deshalb sehr, dass die Förderung sozialen Unternehmertums auf europäischer Ebene zunehmend als zentrales Handlungsfeld erkannt wird. So gibt es seit 2011 eine EU-Initiative für soziales Unternehmertum. Damit soll in Zeiten knapper Haushaltskassen der Privatsektor stärker in gesellschaftliche und ökologische Belange eingebunden werden. Das ist ein wichtiges Signal an die Menschen. Auch die Politik hat die Bedeutung sozialer Unternehmen wie Genossenschaften für das Gemeinwohl erkannt und will ein günstiges Umfeld für deren Gründung schaffen. Die Genossenschaftsverbände in Deutschland setzen sich ihrerseits dafür ein, dass Genossenschaften noch stärker als bereits heute zur Lösung der steigenden Herausforderungen der Menschen vor Ort beitragen können.

Inwertsetzung von Regionen durch bürgerschaftliches Engagement – Der Weg des Steirischen Vulkanlandes



Ich darf Sie recht herzlich begrüßen. Es freut mich, heute bei diesem Symposium einen kleinen Beitrag leisten zu können. Wie schon erwähnt, komme ich aus der Steiermark – genauer gesagt aus dem südöstlichsten Teil der Steiermark, welcher an der Grenze zu Slowenien und dem Burgenland liegt – ein typischer Grenzraum, dessen Entwicklung durch die harte Grenze nach Slowenien und Ungarn nicht so dynamisch verlief, wie in anderen Räumen.

Ich möchte Ihnen heute den Prozess der Inwertsetzung dieser Region näher bringen.

Einige von Ihnen konnten sich sicher schon selber davon überzeugen, dass es sich um eine sehr schöne Region handelt. Bei dem EU-Beitritt 1985 wurde ihr jedoch noch durch verschiedene Studien bescheinigt keine Zukunftschance zu haben. Selbst ohne PISA waren wir damals im Hinblick auf die durchschnittliche Bildung dümmel als der Rest von Österreich.

Die Tatsache, dass unser bestehendes Wirtschaftssystem weltweit betrachtet mehr Probleme als Lösungen schafft, ist ein Problem, das heute scheinbar noch nicht richtig zur Kenntnis genommen wird. Unser Planet wird ausgebeutet und unter den Problemen leiden vor allem die peripheren Regionen und der Mittelstand.

Lange Zeit galt im Umgang mit aufkommenden Problemen das Motto: „There is no alternative.“ Neue Wege wurden nicht zugelassen, da sie keine sinnvolle Alternative zu den bestehenden sein konnten. Die Welt ist jedoch im Umbruch und auf dem Weltgipfel Rio +20 wurde von den 172 Staaten und ihren Experten festgestellt, dass die Probleme nur dort gelöst werden können, wo sie entstehen, in den kleinsten Lebenswelten: der Familie, Gemeinschaft, Gemeinde und Region. Darum glaube ich,

dass diese Einheiten eine ganz große Zukunft, aber auch eine große Aufgabe vor sich haben.

Um etwas zu verstehen, habe ich mir angewöhnt, ein wenig zurückzuschauen. So auch bei der Frage: Warum ticken wir heute so, wie wir ticken?

Nach dem Krieg hat es in Europa eine große gemeinsame Vision gegeben. Unseren Kindern sollte es einmal besser gehen als uns selbst. Das war eine enorme Drehfeder, ein Gummiband, das die Menschen förmlich in die Zukunft zog. Man brauchte keine Motivationstrainer oder Animatoren, um Kinder zu beizubringen, damit sie doch in die Schule gehen und lernen. Der Hausverstand war extrem ausgeprägt – heute wird er oft mit dem Schulverstand verwechselt. Hausverstand lernt man in der Familie und kauft ihn nicht – wie mittlerweile üblich in Österreich – bei BILLA. Dies war die enorme Triebfeder, die Sehnsucht nach Wohlstand, nach Frieden, nach Wohnqualität. Geprägt war diese Zeit von enormen Glauben auch in die Zukunft und einer tiefen Dankbarkeit für das Wenige, was man hatte und für das, was man immer wieder erreichte. Diese Stufen waren wichtig für ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Ein enormer materieller Wohlstand, den die Welt noch nie gesehen hat.

Jetzt würde man glauben – Politiker, Unternehmer, Ältere haben es geglaubt – je mehr wir für die Menschen tun, desto zufriedener werden sie sein. Die Realität, die wir heute erleben ist jedoch: Je mehr wir tun, desto unzufriedener sind die Menschen. Das war selbst in meiner Region, der einkommensschwächsten Region Österreichs, der Fall. Ich bin in viele andere, wohlhabendere Regionen gekommen, in denen die Unzufriedenheit größer war als bei uns.

Mir kam daher der Gedanke, dass es kein politisches Ziel sein kann, die Menschen wohlhabender

zu machen und gleichzeitig unzufriedener. Es musste eine andere Lösung geben. Die Frage war jedoch: Warum sind wir in Zeiten höchsten materiellen Wohlstandes so unzufrieden?

Mein erster Punkt war:

Wenn sich eine Vision erfüllt hat, dann ist dieses Gummiband schlaff und es ist erledigt. Mehr vom Gleichen, reißt niemanden mehr sozusagen vom Hocker.

Mein zweiter Gedanke:

Wir sind heute geprägt von einem enormen Mangeldenken. Schlagen sie die Zeitungen auf und sie lesen auf jeder Seite, dass wir von allem zu wenig haben, obwohl wir so viel haben wie noch nie. Selbst die größten Experten suchen in der Fülle noch irgendwo einen Mangel, um sich in dem Mangel zu baden. Wir haben Zukunftsangst und wir haben verlernt, das Erreichte wertzuschätzen – das Wort hören Sie heute noch öfters. Die vernachlässigte Wertschätzung entwertet alles und ohne die langfristige Wertschöpfung gibt es keine langfristige Wertschöpfung. Auch Ökonomen sind mittlerweile darauf gestoßen, dass es hier vielleicht doch einen Zusammenhang geben könnte.

Nach dem Krieg haben wir sehr erfolgreich das Bruttoinlandsprodukt gemessen. Mittlerweile, seit Mitte der 90er Jahre ist es jedoch ein Auslaufmodell. Wir haben ein steigende BIP und trotzdem sinkende Lebensqualität. Fukushima wird ein sehr hohes BIP haben. Ich wage jedoch zu bezweifeln, ob das noch mit der Lebensqualität zusammenhängt. Aber wir messen immer noch.

Die nachhaltigen ländlichen Regionen werden mittlerweile statistisch zu Loser-Regionen erklärt, da sie zwar nachhaltig sind, aber an BIP verlieren. Ich bin also eine Verliererregion, während andere, die auf Material und Energieverbrauch setzen, die Gewinnerregionen sind. Wir haben längst die ökologische Tragfähigkeit überschritten, wir leben auf Zuvielisations-Kurs und auch gleichzeitig auf Öko-Crash-Kurs, wir haben die gesamte Aufmerksamkeit dem materiellen Wohlstand gewidmet. Was wir sträflichst vernachlässigt haben sind die immateriellen Werte. Da sind wir so arm wie schon lange keine Generation mehr vor uns. Wir müssen das Wachstum im Wandel schaffen, wir müssen vom materiellen Bereich zurück in den immateriellen Bereich.

Heute beklagen wir unseren Zustand und jammern auf höchstem, noch nie dagewesenem Niveau. Für mich ist es fast eine Art Gotteslästerung, was wir da tun. Ich nenne das eine neue Verarmung im Wohlstand. Eine innere, seelische Leere lässt sich

durch eine noch so große äußere materielle Fülle nicht ersetzen. Wir ziehen unsere Bedeutung mittlerweile aus dem Konsum: Vielleicht wird es irgendwann eine Generation geben, die uns bewundern wird dafür, dass wir 80 % der Dinge, die wir kaufen innerhalb von sechs Monaten wegwerfen und unsere Leistungsgesellschaft, die wir waren im Durchsatz von Materialien bei sinkender Lebensqualität sind.

Ein weiterer Punkt der Verarmung im Wohlstand ist, dass wir eine Multi-Tasking-Gesellschaft geworden sind. Wir tun alles zugleich, aber nur mehr oberflächlich. Wir beschäftigen uns mit vielen Dingen gleichzeitig. Ich mach immer Protokolle, die schicke ich dann an alle, und ich schreibe mittlerweile Dinge hinein, die es nicht gegeben hat. Die Menschen haben sich angewöhnt, dass es ein anderer anschauen wird. Mittlerweile schaut das dann gar keiner an und man bekommt Dinge genehmigt, die es gar nie gegeben hat – probieren Sie das einmal aus, es funktioniert. Menschen sind bei Sitzungen körperlich anwesend, geistig sind sie jedoch bei der nächsten Sitzung.

Manche müssen schon um fünf Uhr in der Frühe das Radio einschalten, um sich die großen Informationen dieser Welt hereinzuziehen, die Katastrophen. *Gerald Hüter* spricht hier vom Katastrophenmodus. Wir sind permanent auf 100, alle halbe Stunde werden wir mit Katastrophen sozusagen angespickt. Dazu kommen dann noch Fernseher und Zeitung. Manchen Männern könnte man zum Frühstück auch FROLIC in die Schüssel geben – das ist bei uns so ein knackiges Hundefutter –, sie würden es gar nicht bemerken. Sie lachen, haben es vielleicht schon mal ausprobiert, o.k., aber die Frage ist: Woher kommt das?

Früher hat es für den ländlichen Raum wenig Optionen gegeben, aber wahnsinnig viel Orientierung. Heute gibt es tausende Optionen und ganz wenig Orientierung. *Gerhard Bachert*, der österreichische Generaldirektor, hat vor Jahrzehnten einen Vortrag gehalten und meinte die Medien werden in Europa auf 1000 anwachsen. Ein älterer Mann stand auf und sagt: „Das gehört verboten, das halten die Menschen nicht aus.“ *Gerhard Bachert* war ein sehr Deftiger und sagte: „Setzen Sie sich in ein gutes Restaurant, Sie kriegen eine Speisekarte; es sind tausend Speisen drauf. Sie essen sich auch nicht durch diese Speisekarte, sondern Sie werden eine aussuchen und Sie werden sie genießen. Das werden wir lernen müssen.“

Das ist auch hier so bei den Optionen und Möglichkeiten. Der Mensch muss gewählt aussuchen,

ansonsten wären wir bei höchster Mobilität und höchster Kommunikationsvielfalt nur mehr Menschen, die zu schnell unterwegs sind. Wir haben mittlerweile Tempo vor Richtung gewählt. Wenn nichts mehr geht, machen wir so zumindest Tempo, dass wir das Gefühl haben, diese enorme Dynamik trägt uns in die richtige Richtung. Eine Sitzung jagt die andere. Ja, Sie kennen das alle.

Durch die Globalisierung wurde für uns und ein neuer Rahmen geöffnet, an den wir uns erst noch gewöhnen müssen. Das ist vor allem, wenn auch nicht ausschließlich für die ländlichen ein Problem. Im Zuge dieser Globalisierung sind wir dem Verlust der Wahrnehmungsfähigkeit für das Unmittelbare ausgeliefert. Nur das Große, das Ferne, das Moderne, das Aufgeschaukelte ist gut, das was es in den Orten der Regionen gibt, das ist nichts.

Das gleiche Phänomen haben wir mittlerweile auch ins Beziehungsleben perfekt integriert. Sobald das Jüngere und Dynamischere interessant wird, setzt ein ganz natürliches Trennungsverhalten, Fremdgehen, etc. ein. Man zieht weg. Männer sind auf zwei Mal begrenzt, dann sind sie finanziell unvermittelbar und haben damit so zu sagen eine hohe Wahrnehmungsfähigkeit für das Unmittelbare, weil sie bleiben. Das klingt jetzt ein bisschen makaber, hat aber einen irren Zusammenhang zum ländlichen Raum. Wenn die Menschen dort nur das suchen, was es nicht gibt, dann sind sie weg. Wenn sie aber beginnen hinzuschauen, was es gibt, dann entsteht eine neue Beziehung – Vitalität.

Dieses bestehende System drängt auch immer mehr Menschen hinaus und wir haben als Staaten, also Regionen, ein irrsinniges Instrumentarium entwickelt um all die Probleme, die wir haben zu lösen. Ich zeige Ihnen ein Beispiel:

Es steht jemand am Fluss und es schwimmen halbtote Menschen herunter und der Mann oder die Frau schreit: „Ich brauche noch mehr Helfer, dass wir die alle herausholen“ und immer mehr Menschen helfen, ziehen Menschen hier heraus, reparieren sie und schicken sie ins System zurück. Kein Mensch hat Zeit, nach oben zu gehen um zu schauen, warum die Menschen alle hineinfallen. Damit haben wir eine geniale Reparaturwirtschaft, die mittlerweile BIP-fördernd eingerichtet ist. Das Geld fehlt uns nur in anderen Bereichen, in Sozial- und Bildungsbereichen. Schauen Sie in Ihrer Region, lassen Sie sich einmal die aktuellen Zahlen geben, wie viele Einrichtungen Problemen nachgehen – gigantisch, das sind keine Heere so zu sagen! Ich habe mir den Spaß erlaubt und habe 35 Institutionen gebeten, sie mögen mir schreiben als Politi-

ker, was wir tun sollten, damit weniger Probleme entstehen. Ich habe eine Antwort, eine halbe Seite bekommen. Ich bin darauf gekommen, dass die gar nicht so interessiert sind daran, dass wir politische Aktionen umsetzen, damit der Nachschub kleiner wird. Ich weiß nicht, wo dieses Denken herkommt.

Wir haben als Region versucht, das zu analysieren: Was steht dahinter? In den letzten Jahrzehnten hatten wir eine enorme, explosionsartige materielle Entwicklung. Wir leben mittlerweile in einer Zuvielisation. Vielleicht sind Sie auch ein Zuviel-isierer? – schauen Sie einmal zu Hause nach. Und gleichzeitig ist das Seelisch-Spirituelle, die Beziehung, die Nähe, die Verbundenheit zu all dem, was wir umsetzen auf einen Tiefpunkt abgesackt. Genau das ist heute, so glaube ich, die Unzufriedenheit, die uns auf allen Ebenen begegnet. Nachdem wir von dem Seelischen-Spirituellen nichts mehr wissen und die Trennung von Leib und Seele perfekt herbeigeführt wurde, glauben wir jedoch, es ist ein Zuwenig an Materiellem, an Action so zu sagen, das uns so unzufrieden macht. Es hat noch nie auf diesem Planeten eine Generation gegeben die so viel Zuviel für ein oft zutiefst unerfülltes Leben gebraucht hat. Wir sind da meilenweit Weltmeister. Das hat damit zu tun, dass uns unsere Energie geraubt wird, sobald wenn wir diese Nähe, die Beziehung, die Verbundenheit verlieren, die wir als Mensch dringend brauchen. Die Trennung von Leib und Seele führte so zum Verlust der Ganzheitlichkeit und wir sehen mittlerweile die Auswirkungen dieses Verlusts.

Wir haben darauf eine Antwort gegebene, eine neue Politik der Inwertsetzung. Was will ich damit sagen? Das Ziel der Inwertsetzung ist es diese Nähe und Verbundenheit, die Ganzheitlichkeit zu fördern, damit wir in Zukunft der Zuviel-isation entkommen.

Dazu brauchen wir auch eine neue Rückverortung. Die Sehnsucht, nach einem langen Urlaub wieder nach Hause zu kommen, ist für viele Menschen ganz stark vorhanden. Irgendwo zu Hause zu sein, wirklich anzukommen ist ein dringendes Bedürfnis. Auf diesem Bedürfnis baut das Rezept dieser Politik der Inwertsetzung auf. Nachdem die meisten Menschen in einer Region leben, diese Region überhaupt nicht kennen und nicht wissen, was die Region und der Lebensraum zu bieten hat, möchte ich ihnen Würdigung des Bestehenden mitgeben. Wert und Bedeutung entstehen nur durch Würdigung und Wertschätzung. Das ist für uns in meiner Region, die eine geringe Ausstattung hat, etwas ganz Entscheidendes.

Wir haben uns eine neue Marke zugelegt – und das würde ich allen Regionen empfehlen. Mit der Marke „Steirisches Grenzland“ wären wir nicht gut gefahren. Beim genaueren Hinschauen haben wir so entdeckt, dass wir Vulkanismus haben, zwar schon begrünt, 2 Mio. Jahre ist der letzte Ausbruch her, aber eine sehr sanfte, eine sehr weibliche, inspirierende Landschaft.

Wir haben versucht, eine neue Marke aufzusetzen und auch hierbei gibt es ein Erfolgsrezept. Wenn man unbekannt bleiben will, sollte man alle zwei Jahre seine Marke wechseln – das ist ganz etwas Wichtiges. Und wenn sie ein Projekt für die Regionentwicklung machen und sie starten jede Initiative mit einer neuen Marke, einem neuen Logo und Outfit, können sie sicher sein, dass ihnen die Bürger nicht in die Quere kommen. Sie werden gar nicht merken, dass sie etwas tun. Es muss jeder sein eigenes Projekt machen, damit auch im stillen Kämmerlein bleibt. Wir haben versucht, alles, was es in der Region gibt an naturrangigen Schönheiten, an menschlichen Potentialen, an Talenten mit unserer Marke in Verbindung zu bringen und haben damit ein tolles Inwertsetzungs-Marketing erreicht. Wir haben die Region nicht nach außen, sondern nach innen verkauft, und damit ist eine neue Identifikation, eine neue Identität entstanden. Das Wichtigste für ländliche Räume ist jedoch, dass ein neues Selbstbewusstsein im Wachsen ist und das tut uns sehr, sehr gut. Natürlich wirkt sich das auch enorm auf den Wert aus, Aktie Region.

Oft wird in der Regionalentwicklung nur auf die ländlichen Entwicklungsprogramme geschaut. Eine Hardware muss gebaut werden; wir müssen zählen oder wiegen können was wir tun. Die Software, ist immer schwieriger. Mir war es jedoch wichtig, dass in unserer Region, die reichlich möbliert ist mit allen möglichen privaten, öffentlichen und gewerblichen Anlagen, der Regionswert steigt. In vielen Regionen ist der Regionswertverlust so groß, dass die Region gar nicht produzieren und erwirtschaften kann, was sie gleichzeitig an Erosion erfährt. Bei uns war das auch der Fall. Wir haben es jedoch durch den Prozess geschafft die Abwanderung zu stoppen und den Regionswert wieder zu steigern. Wir haben buchstäblich bei 104.000 Einwohnern keine leerstehenden Objekte im tiefsten ländlichen Raum. Bei uns sind die Menschen selbst darauf gekommen, dass es etwas wert ist, wenn die Objekte selbst genutzt werden oder die Kinder darauf zurückgreifen. Wir haben auch Zuzügler oder Rückzügler, die in den 70er Jahren weggezogen sind und die sich jetzt wieder etwas anschaffen. Es ist etwas enorm Wichtiges, den Menschen zu erklären, dass ihr Verhalten, ihr Engagement vor

Ort nicht nur eine liebe Geschichte ist, sondern in Wahrheit den Regionswert stärkt, im positiven Sinne sogar steigert. Das heißt, die Menschen haben wieder einen Gewinn an Regionalem, an Beziehungen, an Sicherheit, an Ritualen, an Bräuchen, an Nähe, an Eigenem und das gibt ihnen auch wiederum Kraft. Und, das Wichtigste: Wir haben diesen Menschen in diesem Raum wieder Würde und Wert gegeben, und das nur durch einen Wandel im Denken und einen Wandel der Werte. Wir haben diesen staubigen Mantel der Grenzregion abgelegt und einen lebenswerten neuen Raum geschaffen ohne großartige materielle Investitionen, sondern nur durch Software. Es ist die Region immer noch gleich, nur die Menschen sehen diesen Raum heute enorm attraktiv, während sie früher meinten, sie leben am Ende der Welt, weil sie nur das Negative gesehen haben. Persönlicher und regionaler Wert entsteht nur durch eigene Wertschätzung. Ich komme in viele Regionen, in denen ich mich mit den Menschen unterhalte und überhaupt nichts Gutes höre. Wenn Menschen in ihrem Lebensraum negativ denken und reden, dann entwerten sie ihre eigene Leistung. Das Produkt einer Region ist die Leistung aller Bürgerinnen und Bürger, und wenn diese nichts davon halten, was werden dann die anderen Bürger tun? Diese Sprachdisziplin, eine neue Sprache, ein neuer wertvoll schätzender Umgang ist ein wichtiger Baustein.

Nun komme ich zu meiner Aufgabenstellung, dem bürgerschaftlichen Engagement. Aus dem Prozess des bürgerschaftlichen Engagements resultieren eine neue Verantwortungsbereitschaft und eine neue Handlungsbereitschaft. Sie können von Regionen, die große Schwierigkeiten haben, nicht verlangen, dass die Menschen innovativ werden. Zuerst muss der Wert wieder hergestellt werden und dann ist eine neue Handlungsbereitschaft und auch Innovationsbereitschaft vorhanden. Die Frage der Zukunft ist: Wie viel braucht der Mensch für ein erfülltes Leben? Derzeitige Konzentration auf Materielles können wir nicht mehr überbieten. Sie macht aber, wie wir gesehen haben auch nicht zufrieden – wir haben einen immateriellen Notstand. Die Frage ist, wie gehen wir mit dem Lebensraum, der Lebenskultur und der Regionalwirtschaft um. Diese Dinge hängen zusammen. Es gibt etwas, was jeder von uns tun kann „Wertschätzung im Alltag leben, alles würdigen und segnen, mit allem an Hoargl, an Halhoam ...“ Vielleicht kennen Sie das: Früher sind die Menschen mit Dingen so gut umgegangen, sie haben dem so viel Bedeutung gegeben, dass alle geglaubt haben, es muss ganz etwas Besonderes sein. Vielleicht kennen Sie das noch von Ihren Großeltern. Da traute man sich fast nicht hinzugreifen, so bedeutend und wichtig war

es. Wir nennen es auch „heilig machen“, das ist die besondere Fähigkeit des Menschen. Er geht mit den Dingen, die er besitzt, so gut um, dass er in Zukunft weniger braucht. Er verfeinert sein Leben durch die Kultivierung von dem, was er hat und der besonderen Bedeutung, die er den Dingen verleiht, die er hat. Genau das wollen wir auch.

In der Steiermark haben wir einen sehr guten Wein. In den 80er Jahren versuchte man ohne Trauben auf der Kellerstiege den Wein zu machen. Es ist einige Jahre ganz gut gegangen. Inzwischen sind sie aber darauf gekommen, den Weinbau ganz zu re-verorten. Es wird sogar ein kleiner Ried bezeichnet und der Weinbauer hat eine enorme Gabe entwickelt; ihnen mit Wertphilosophie, Sprache und Design das Gefühl zu vermitteln, dass sie, wenn sie so einen Wein präsentiert bekommen, ein Stück der Seele des Weinbauern vor sich haben. Das meine ich mit Verfeinerung. Und er ist sprachlich so gut, dass er ihnen das so näher bringt, dass sie das Gefühl haben, der ist grasig, der schmeckt nach Melone, und sie bräuchten eigentlich einen Hals wie eine Giraffe, damit sie alle diese Nuancen durchkosten können, bis er ganz unten ist. Das ist Kultivierung von Produkten, dass wir mit neuen Werten, einer neuen Philosophie, auch einer neuen Sprache, dem, das wir haben, eine neue Bedeutung geben und auch ein neues Design. Das ist ganz wichtig.

Eine Frage, die wir uns zunehmend stellen müssen und die durch die Genossenschaftslösung in Zukunft vielleicht noch bedeutender wird, ist: Was wäre wenn?

Es geht um den Aufbau von neuen Grundsicherheiten vor allem im ländlichen Raum. Ich habe im Report gesehen, der in Griechenland aufgezeichnet wurde. In Athen verhungern in diesem Report die Menschen und können sich nicht helfen; auf einer Insel, wo der Staat sich nie hat blicken lassen, fragen die Menschen: „Was meinen sie für eine Krise? Bei uns war der Staat nie und er geht uns auch nicht ab. Wir haben keine Krise.“ Ich übertreibe jetzt ein wenig, wir überlasten jedoch heute die Systeme und sind in einer modernen Gesellschaft aufgefordert, dass wir wieder mit Eigenverantwortung, eigene Antworten verorten. Auch Eigenbestimmung schafft Lebensqualität. Wir sind mittlerweile so locker, dass wir die Systeme bis aufs Letzte ausreizen und keinen Plan B in der Tasche haben. Vor allem ländliche Regionen, aber auch städtische Räume sollten über einen Plan B nachdenken. Diese Schwankungen und Krisen hat es immer gegeben und wird es auch immer geben. Wir haben darum versucht, nach dieser Inwertsetzung die Bürger zu inspirieren mit einer neuen Vision wie wir in

Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften möchten, damit wir das Ziel „menschliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit bis 2025“ erreichen. Kurzfristig geht das nicht. An der Kurzfristigkeit zerbrechen die meisten Ziele; langfristig, sage ich Ihnen, geht alles, wenn sie am Ball bleiben. Wir müssen es schaffen, dieses schlaife Gummiband durch ein neues Gummiband zu ersetzen und hier eine neue Sehnsucht zu entwickeln; die Zukunftsfähigkeit dieser toll gebauten Hardware, die wir in allen Räumen haben mit einer zukunftsorientierten Software voranzutreiben. Es ist kein Hardware-Problem was wir haben. Die Frage ist: Mit welcher Software betreiben wir in Zukunft unsere Räume?

Wir haben zehn Themen, die wir selbst umsetzen können. Dazu haben wir fünfhundert Bürger eingeschult, mit denen wir ohne großen finanziellen Aufwand die neue Lebenskultur, den neuen Lebensraum und auch die Regionalwirtschaft angehen. Wir haben auch ein Buch über Zukunft Regionalwirtschaft geschrieben, das auch ein wichtiger Zukunftsanker ist.

Ich komme zum Schluss. Es geht um eine Analysephase im ländlichen Raum oder in Räumen, es geht um eine Inwertsetzungsphase und parallel dazu eine Visionsfindungsphase, eine Transformationsphase – und das muss man dann in die Kulturphase bringen. Das Ganze dauert ungefähr 15 Jahre, was natürlich nichts für Kurzstreckenläufer ist, aber für Langstreckenläufer. Und ich sage Ihnen: Auf der langen Strecke kann man fast alles ändern.

Jetzt gebe ich Ihnen noch eine Metapher mit: Momentan plündern wir diesen Planeten und wenn es zu viele Raupen gibt, die könnten diesen Planeten auch kahl fressen. Eine Raupe scheint aber doch intelligenter zu sein, als ein Mensch oder als die Menschen. Wie schaffen jetzt Menschen und Regionen den Wandel zu dieser neuen Zukunftsfähigkeit? Raupen spinnen sich in einen Kokon ein und geben einen neuen Geist hinein und eine neue Identität. Der Geist der Veränderung, die Wandlung – es entsteht daraus eine neue Zukunftsfähigkeit durch Transformation: Die Raupe löst sich zur Gänze auf und mit den Bestandteilen, die sie hat, baut sie etwas Neues. Es werden tolle Räume, wenn wir verwenden, was wir haben, um daraus eine Zukunftsfähigkeit zu entwickeln – und siehe da: Es schlüpft nach einer bestimmten Zeit ein Schmetterling! Ein neuer Geist, eine neue Bestimmung. Der Wandel ist vollzogen! Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen das auch persönlich gelingt. Was wir dazu brauchen, ist Begeisterung! Und ein deutscher Autor, *Gerald Hüther*, hat mich fasziniert. Er hat geschrieben, warum Begeisterung so wichtig ist.

Im Zuge von Begeisterung schüttet unser Gehirn Botenstoffe aus und daraus sind neue neuronale Vernetzungen möglich. Beobachten sie einmal Kinder. Warum können sich Kinder in wenigen Jahren so enorm entwickeln? Kinder haben täglich 50 bis 100 Begeisterungsschübe. Und was tun wir? Wenn Sie ein Kind, ein Enkel oder ein eigenes Kind oder eine Nichte, einem Neffen sehen, das den ersten Schritt versucht oder versucht aufzustehen. Was sagen Sie dem Kind? Sagen Sie dem Kind, das geht nicht, das funktioniert nicht? Nein! Sie knien sich hin, strecken dem Kind beide Arme entgegen, begeistern das Kind. Und das Kind, enorm begeistert, macht den ersten, den zweiten Schritt. Ihnen kullern die Tränen herunter. Das Kind ist begeistert. Und in dem Zuge kann das Kind diese Entwicklung machen. Was tun Sie, wenn Sie dann älteren Menschen begegnen, erwachsene Jugendliche? Sind Sie dann auch begeistert und begeistern Sie sie oder jammern Sie ihnen täglich vor, dass das Leben schwierig ist? Man sagt sogar, ein 85-Jähriger könnte noch Chinesisch lernen, das Gehirn gibt das her, er müsste nur begeistert sein. Voraussetzung: Er verliebt sich in eine 60-jährige Chinesin und die sagt, komm mit nach China. Und er kann in sechs Monaten Chinesisch. So viel steckt in uns, wenn wir begeistert sind!

Abschließende Bemerkung: Die ländlichen Räume brauchen Bürger, brauchen engagierte Bürger. Wenn sie diese Inwertsetzung durchlaufen, haben sie engagierte Bürger! Ich habe immer und mache immer in der Region Workshops; mittlerweile werden die ausgeschlossen, die gute Ideen haben, was andere tun sollen, das ist nämlich für nichts. Wir wollen Menschen haben, die sagen, was sie tun wollen. Und kein Besserer als *Mahatma Gandhi* sagt: „Sei du die Veränderung, die du dir von der Welt wünschst!“ Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen persönlich für sich und Ihren Ort, Ihre Region das gelingt. Herzliches „Glück auf“, alles Gute!

Regionalentwicklung durch Mobilisierung der unternehmerischen Menschen



Wer sind die „unternehmerischen Menschen“ in den Dörfern?

Hinter jeder spürbaren Entwicklung, hinter jeder mitreißenden Initiative in den Regionen steht immer ein unternehmerischer Mensch. Er treibt „seine Sache“ voran, tut sich mit anderen zusammen und wird in seinem Umfeld wirksam.

Es geht also um Menschen, die lieben, was sie tun; um die Begeisterten, die mit speziellem Können, die Mutigen und gerade auch die Freaks; von der Kindergärtnerin oder dem Schreiner über den Kleinkunstfreak oder dem Bauern bis zum Software-Designer.

Förderprogramme und unternehmerische Menschen

„Förderung“ hat sich in den letzten Jahren immer mehr in die Richtung einer „eigenen Welt“ entwickelt. Die oben aufgezeigten Pfiffigen wurden davon immer mehr abgeschreckt statt zusätzlich angespornt. Wirkungsvolle Initiativen orientieren sich nicht an Förderprogrammen. Sie nutzen diese dann, wenn es sich gerade anbietet, lassen sich davon aber nicht lenken.

Prozesskompetenz auf lokaler Ebene: Wie werden die engagierten Leute in ihrem Umfeld noch wirksamer?

Wirkungsvoller Anschlag von Eigeninitiative setzt voraus, dass eine regionale „Antreiber-Mannschaft“ die unternehmerischen Menschen findet, sie zusammenbringt und eine wertschätzende Stimmung verbreitet: „Wir schätzen dich mit deinem Vorhaben und leisten gerne einen Beitrag, wenn gewünscht.“

Bürgermeister können dabei wichtige Impulsgeber sein und für effektive Kommunikation sorgen.

Auf lokaler Ebene wird man sich einig „... was uns wirklich weiterbringt“, konzentriert sich konsequent darauf, zusammen mit anderen relevanten Menschen.

Die „Antreiber-Mannschaft“ organisiert nach dem Finden der relevanten Menschen und Projekte einen individuellen Support in Form von Komponenten:

- Projektentwicklung/Business-Model: Zusammenbringen mit speziellen „Sparringspartnern“
- Kommunikation: Bekanntwerden positiver Beispiele – Regionalstolz heben
- Finanzierung: Finden individueller, schneller Lösungen.

... und wenn die engagierten Menschen diese Angebote bekommen, entsteht rasch Aufbruchstimmung.

Effektive Kommunikation sorgt in der Region für Freude am „Selber was machen“.

Dann wirkt „Land“ anziehend!

Nordhalben Aktiv – Möglichkeiten des Engagements in einer schrumpfenden Kommune



1. Vorwort

Wenn Bevölkerungszahlen zurückgehen, wenn Gewerbebetriebe wegbrechen, wenn sich Mutlosigkeit breit macht und eine Gemeinde ihre ureigensten Aufgaben kaum noch wahrnehmen kann, ist es an der Zeit, sich Gedanken über seine Heimat zu machen.

Wäre Aufgeben und Wegziehen eine Lösung oder sollten die verbleibenden Kräfte gebündelt werden und alternative, vielleicht unkonventionelle Lösungsansätze durchdacht und angegangen werden?

Muss nicht auch das Denken in Partei- und Fraktionsgrenzen aufgebrochen werden und der Blick auf das Ganze gerichtet werden? Brauchen wir neue Führungsstrukturen zum „Überleben“ und können wir von der Politik eine Lösung erwarten?

Fest steht für mich, dass die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers gestärkt werden muss, sodass er ernst genommen wird und sich und seine Ideen einbringen und verwirklichen kann. Dies ist der Ansatz, den die Bürgerinitiative „Nordhalben Aktiv“ (NohA) hat, um Nordhalben vorwärts zu bringen.

Wie lässt es sich nun verwirklichen, dass möglichst viele aktiv werden? Ein Blick auf die Organisationsstruktur der Bürgerinitiative „Nordhalben Aktiv“ könnte ein erster Ansatz sein.

An ausgewählten Beispielen von Tourismus über Ortsgestaltung bis Öffentlichkeitsarbeit werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Heimat mitwirken können. Manchmal sind es nur kleine Schritte, die Großes in Gang bringen können. Manchmal muss auch die Richtung geändert werden, wenn Hindernisse

den Weg versperren. Und manchmal muss eine Pause gemacht werden bis der Weg wieder frei ist. Es geht darum, die Möglichkeiten und die Grenzen des eigenen Handelns zu erkennen und mit seinen Kräften hauszuhalten, denn es gibt noch viel zu tun!

2. Nordhalben – Die Herausforderung

Die Gemeinde Nordhalben liegt im Norden Bayerns am Schnittpunkt der Bundesländer Bayern und Thüringen und dreier Landkreise, eingebettet in die traumhafte Natur des Frankenwaldes.

Doch Naturschönheit ist nur die eine Seite der Medaille. Die Bevölkerungszahlen gehen kontinuierlich zurück. Von ehemals mehr als 3000 Einwohnern schrumpfte die Bevölkerung auf 1820 Einwohner im Jahre 2012. Ein Großteil ist sicherlich auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. Allerdings zieht es zunehmend auch jüngere, z. T. gut ausgebildete Menschen weg von ihrer Heimat, hin zu ihrer Arbeitsstelle.

Auf der anderen Seite der Bilanz steht das gewachsene Ehrenamt, das sich in mehr als 50 Vereinen und Organisationen widerspiegelt. Auch der Zusammenhalt in der Bevölkerung, wenn es darauf ankommt, ist sehr ausgeprägt. Darauf dürfen wir unsere Hoffnung bauen, dass wir miteinander weiterkommen.

3. NohA – Die Antwort

„Durch Jammern lässt sich nichts verändern!“

Der Beginn der Bürgerinitiative NohA liegt im Jahre 2006. Mit ausgewählten Personen wurden Gesprächsabende geführt mit den Zielen, Gleichge-

sinnte zu finden, die Bevölkerung mit einzubinden und die Ideen Einzelner aufzugreifen.

Am 26. Oktober 2006 fand eine öffentliche Informationsveranstaltung statt, bei der die bisher gesammelten Ideen der Bevölkerung vorgestellt wurden. In angeregten Diskussionen wurde ein Leitbild entworfen, das sich wie folgt darstellt:

Leitbild von NohA

- Das Ortsbild von Nordhalben verschönern, gestalten und mit Leben füllen.
- Den Tourismus in Nordhalben aktiv voranbringen.
- Den Gemeinschaftssinn der Bürgerinnen und Bürger fördern.
- Das Bewusstsein wecken für Chancen und Vorteile einer dörflichen Gemeinschaft.

Aufbau und Struktur von NohA

- Ein Kernteam von etwa sieben Personen koordiniert die Arbeiten.
- Entscheidungen werden durch einfache Mehrheit getroffen.
- Es gibt keinen Vorsitzenden, sondern ein Team.
- Wer die nötigen Kompetenzen hat, leitet die jeweilige Aufgabe, häufig auch als Team.
- Der Bürgermeister ist von Anfang an mit dabei.
- Der Gemeinderat wurde und wird bei Bedarf informiert.
- Die eigentliche Arbeit findet in Arbeits-/Projektgruppen statt. Dies dient der Gewinnung neuer Mitarbeiter und hilft dabei, die Ideen weiterzutragen und die Bevölkerung mit einzubinden.

Arbeitsgruppen bei Gründung

- Ortsgestaltung
- Tourismus
- Recht und Öffentlichkeit

Bei Bedarf werden weitere Arbeits-/Projektgruppen gebildet.

NohA ist kein Verein, sondern ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die gewissermaßen als Förderkreis für die Gemeinde Nordhalben tätig wird.

4. Ausgewählte Projekte

Ortsgestaltung – Bestandsaufnahme

Für das Team Ortsgestaltung stellte sich zunächst die Frage: „Wie fangen wir an?“

Um einen besseren Überblick über die Bausubstanz unseres Ortes zu erlangen, wurden drei Teams mit je drei Personen losgeschickt, den Ort zu erkunden. Ausgestattet mit einem Lageplan und verschiedenfarbigen Stiften bestand ihre Aufgabe darin, die Gebäude mit der Brille eines Touristen anzuschauen. („Möchte ich in diesem Haus Urlaub machen?“) Anschließend wurde das Gebäude im Lageplan mit einem Farbcode gekennzeichnet, der folgende Bedeutung hat:

Grün	=	Gebäude ist in Ordnung
Gelb	=	Leichte Schönheitsreparaturen
Braun	=	Reparaturen dringend nötig
Rot	=	Baumaßnahmen erforderlich
Grau	=	Abbruch

Diese Bestandsaufnahme war und ist die Grundlage für weitere Planungen.

Ortsgestaltung Schlossbergstraße

Da wir nicht den ganzen Ort auf einmal angehen konnten, suchten wir uns eine einzelne Straße aus. Die Wahl fiel auf die Schlossbergstraße, die älteste Straße von Nordhalben, die von der katholischen Pfarrkirche bis zur Marienkapelle und weiter als Fußweg bis zum Naherholungsgebiet Schlossberg reicht. Die Kapelle und die Pfarrkirche waren bereits renoviert, nur die Straße und einzelne Fassaden waren/sind marode.

In mehreren Treffen mit den Anwohnern wurden Wünsche und Möglichkeiten der Fassaden- und Straßengestaltung diskutiert. Ein Thema kam immer wieder zum Vorschein: Der Baumbestand. Einige klagten über zu viel Laub im Garten und in den Dachrinnen, andere über zu wenig Licht. Als Lösung einigten wir uns auf einen Baumbeschnitt.

Dieser Baumbeschnitt war die erste öffentliche Aktion von NohA im März 2007. Ein befreundeter Landschaftsgärtner übernahm diesen kostenlos. Wir von NohA organisierten Helfer, um die Äste wegzuräumen.

Die Bürger fühlten sich ernst genommen und sahen einen ersten Erfolg. Dies war gewissermaßen die Initialzündung für weiteres Engagement.

Mit Hilfe unseres eigenen ehrenamtlichen Architektenteams wurde eine Planung für die Schlossbergstraße erstellt.

Parallel dazu wurden Gespräche mit der Regierung von Oberfranken geführt mit dem Ziel, den

Zuschuss für die Städtebauförderung (Stadtumbau West) zu erhöhen und Eigenleistung mit einzurechnen.

Ein Haus, welches sich in Gemeindebesitz befindet, wurde komplett geplant.

In einem Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten *Dr. Günter Beckstein* stellten wir klar, dass 60 % Zuschuss auch 40 % Eigenanteil für die Gemeinde bedeutet. Dieser Anteil ist aufgrund der Gemeindefinanzen nicht zu stemmen. *Herr Dr. Beckstein* meinte am Ende des Gespräches: „Es werden wohl 90 % nicht reichen!“

Von der Regierung von Oberfranken wurden uns 80 % in Aussicht gestellt, allerdings nur für dieses eine Haus, nicht jedoch für die Straßensanierung. Dies führte bei den Anwohnern zu Enttäuschung.

Außerdem stellte die Regierung noch eine Forderung auf: Bevor Geld fließt, muss erst noch ein Konzept erstellt werden, am besten interkommunal. Daraus ist ISEK entstanden, auf das später noch eingegangen wird.

Für das Team Ortsgestaltung hieß es zunächst Pause machen bis das geforderte Konzept erstellt ist. Einzelne Hausbesitzer allerdings haben die Botschaft von NohA verstanden und ihre Anwesen und Fassaden in Ordnung gebracht. Die gelungenen Fassaden wurden von NohA fotografiert und in Ortskanal und Internet als Inspiration und zur Nachahmung gezeigt.

NohA-Tourismus

Eine Grundvoraussetzung für den Tourismus ist ein liebevoll gestalteter Ort, der attraktive Angebote bietet.

Das NohA-Tourismus-Team besteht aktuell aus ca. 20 Personen. Begonnen wurde mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Ort. Hierfür erhielten wir im Herbst 2007 den Umweltpreis der Kulmbacher Brauerei, der mit 1000 Euro dotiert und die Grundlage für weitere Aktivitäten war.

Das Tourismuskonzept enthält folgende Ziele:

- Urlaubern Naturerlebnisse vermitteln, z. B. durch sachkundige Wanderführungen oder Themenwanderwege.
- Urlaubsgebiete in ihrer ursprünglichen Form erhalten helfen.
- Urlaubern die jeweilige landesspezifische Kultur nahe bringen.

- Ausflüge und Reisen organisieren, die den Grundsätzen des sanften Tourismus entsprechen.
- Freizeit- und Sportaktivitäten anbieten, welche ein Nebeneinander von Mensch und Natur ermöglichen.

Das Tourismus-Team erstellte eine Bestandsaufnahme, was es an Freizeitaktivitäten in und um Nordhalben gibt und was noch ergänzt werden muss.

Wanderwege wurden neu erstellt und bestehende an das Konzept angepasst. Gemeinsam mit dem Frankenwaldverein wurden diese Wege ausgeschildert. Für alle Wanderwege wurden Faltblätter mit Karte, Wegbeschreibung, GPS-Daten und Höhenprofil angelegt. Unter www.nordhalben.de besteht die Möglichkeit des Downloads, sodass bereits vor Reisebeginn ein Überblick verschafft werden kann. Eine Auflistung von Einkehrmöglichkeiten mit Kontaktadressen rundet das Angebot ab.

Alle Übernachtungsangebote in und um Nordhalben wurden zusammengetragen. Mit den Vermietern wurden Mindeststandards und Pauschalangebote ausgehandelt. Entsprechende Faltblätter wurden erstellt, gedruckt und an die umliegenden Gaststätten und Hotels verteilt.

Es wurde der Begriff geboren „Nordhalben – Spitzenort am Grünen Band“, wobei mit dem Grünen Band die ehemalige Grenze zur DDR gemeint ist, die nur einen Steinwurf von Nordhalben entfernt ist. Spitzenort bezieht sich auf die Klöppelspitze, welche in der gemeindlichen Klöppelschule hergestellt wird.

„Raus in die Natur!“ Das ist das Motto von Bayern-TourNatur.

NohA-Tourismus erstellt jedes Jahr eine Themenwanderung im Rahmen von BayernTourNatur. Das Thema 2011 war die „Dreiherrn-Tour mit Grenzgeschichten aus 9 Jahrhunderten“ mit selbst hergestelltem Bärwurz-Schnaps. Eine gemütliche Einkehr gehört im Frankenwald natürlich dazu.

Springen wir wieder zurück ins Jahr 2007. Wie ging es mit der Ortsgestaltung weiter? Nachdem die Regierung von Oberfranken ein Konzept wünschte, stellte sich für uns die Frage: „Was können wir in der Zwischenzeit tun?“ Schnell wurden wir fündig.

Ortsgestaltung Schlossberg

Das Wahrzeichen unseres Naherholungsgebietes am Schlossberg, ein großer Holzpilz, war in die

Jahre gekommen. Die Motorradfreunde konnten für die Renovierung gewonnen werden und sie übernahmen auch die Kosten für das Material.

Parallel dazu wurde begonnen, den seit 50 Jahren wild zuwachsenden Schlossberg abzuholzen und zu entbuschen, sodass der Blick auf den Schlossberg und in vier Frankenwaldtäler wieder möglich wurde. Ob vom Gipfel aus oder angeseilt in der Steilwand machten sich die ehrenamtlichen Helfer ans Werk und fällten Bäume und Büsche.

Anfallende Äste und Reisig wurden zu Haufen geschichtet und verbrannt. Hierbei hatten vor allem die Jüngeren viel Spaß und waren mit Eifer dabei. Insgesamt wurden ca. 3000 Stunden ehrenamtliche Schwerstarbeit geleistet.

Bei dieser Gelegenheit wurde eine geologisch einmalige Spitzfalte regelrecht „freigebrannt“. Vertreter des Landesamtes für Umwelt nahmen unseren Schlossberg in die Liste der schönsten Geotope auf.

Auch das in die Jahre gekommene Gipfelkreuz wurde dank der Unterstützung durch den Verein Gesellschaft Harmonie saniert und wieder mit einer Beleuchtung versehen. Die Kosten wurden aus der Vereinskasse übernommen.

Andere Vereine spendeten die Erlöse aus Festen und Veranstaltung für die Umgestaltung des Schlossberges.

Für den Bau von Ruhebänken und einem neuen Zaun auf dem Plateau unseres Hausberges konnten freiwillige Helfer gefunden werden, die diese Arbeiten in Eigenregie ausführten. Das benötigte Lärchenholz wurde uns dankenswerterweise von den Bayerischen Staatsforsten zur Verfügung gestellt.

ISEK Oberes Rodachtal (Interkommunales Städtebauliches Entwicklungskonzept)

Parallel zur Abholzung des Schlossberges wurde am ISEK gearbeitet.

Für die drei Rodachtalgemeinden Nordhalben, Steinwiesen und Wallenfels wurde ein ISEK erstellt. Erste Überlegungen und die Ausschreibung erfolgten durch NohA und die Gemeinde Nordhalben, da von hier die Initiative ausging.

Im Juli 2008 waren die Vorbereitungen abgeschlossen und das Planungsbüro UmbauStadt-Weimar

wurde mit den weiteren Planungen beauftragt. Es fanden erste Vorbesprechungen in Nordhalben statt.

Im September 2008 wurde die Bevölkerung der drei Gemeinden im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in Nordhalben informiert und um Mitarbeit gebeten. In einzelnen Workshops, die von NohA begleitet wurden, konnten die Meinungen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden.

Koordiniert wurde und wird das ISEK von einer Lenkungsgruppe, bei der auch NohA mit vertreten ist. Aktuelles Thema ist eine gemeinsame Beschilderung der drei Orte.

ISEK Konzept für Nordhalben

Von vielen Themenfeldern kristallisierten sich die folgenden fünf als die wichtigsten heraus.

- Aufwertung der Ortskerne
- Umgang mit Leerständen
- Stärkung von Freizeit und Tourismus
- Energieregion
- Generationengerechte Region

Diese wurden auf ganz konkrete Objekte im Ort übertragen und in einem Lageplan eingezeichnet. NohA bearbeitet aktuell das Thema „Umgang mit Leerständen“.

Ein Projekt aus diesem Konzept möchte ich näher vorstellen, das Projekt „Neue Mitte“.

Für ein Wohnhaus, das schon längere Zeit leer stand, wollte die Besitzerin die Kosten nicht mehr übernehmen und übergab dieses kostenlos an NohA. Von den Planern wurde an Stelle dieses Hauses das neu zu errichtende Hackschnitzel-Heizhaus zur Versorgung mit Nahwärme vorgesehen.

Die technische Realisierung und den Betrieb übernahm die neu gegründete Genossenschaft „Bioenergie Nordhalben“ unter Mitwirkung von NohA. Vor allem zwei Personen aus unserem Kreis brachten sich mit je 1300 ehrenamtlich geleisteten Stunden in die Verwirklichung ein.

Das Heizhaus ging im Februar 2012 in Betrieb und wird im Endausbau im April 42 Haushalte in der Ortsmitte mit Nahwärme versorgen.

Das Konzept legte fest, dass wir in einer Energieregion (Holzwirtschaft, Biogas, Wind, ...) die Erzeugung von Energie nicht verstecken müssen. Das

Gebäude wurde daher als „gläsernes Heizhaus“ konzipiert, sodass durch die große Glasfront ein Einblick in die Technik gewährleistet ist. Aktuell gibt es Überlegungen, am Ortsrand ein weiteres Nahwärmenetz aufzubauen.

Nordwaldmarkt

Ganz zufällig kam NohA dazu, sich um eine Einkaufsmöglichkeit zu kümmern.

Ende April 2010 schloss der letzte Lebensmittelmarkt des Ortes. Da die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sehr wichtig für die Zukunft eines Dorfes ist, ließen wir fast alles stehen und liegen und suchten nach Lösungsansätzen.

Zunächst versuchten wir einen Nachfolger zu finden, der den Markt in Eigenregie übernehmen könnte. Hier fand sich jedoch keine zufriedenstellende Lösung.

Weitere Überlegungen gingen in Richtung Dorfladen. Unser Bürgermeister favorisierte einen Neubau mit Hilfe eines Investors. Kontroverse Diskussionen wurden geführt, welcher Weg der bessere sei. Im Kernteam fiel die Entscheidung, zweigleisig zu fahren, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Ganz konkret hieß das: Wir von NohA kümmern uns um einen Dorfladen, der Bürgermeister sucht weiter nach einem Investor, der dann einen Neubau finanziert. Am Ende möge das bessere/schnellere Konzept gewinnen.

NohA nahm Kontakt mit dem Eigentümer der bestehenden Immobilie und einem Beratungsbüro (*Prof. Hahn, Sesslach*) auf. Die Idee eines Dorfladens in Bürgerhand wurde weiter konkretisiert und mündete in einer Konzeptvorlage.

Der Gedanke dabei war: Der Eigentümer kauft im eigenen Laden ein, das Geld bleibt im Ort, Arbeitsplätze entstehen wieder. Die Umsatzzahlen von EDEKA dienten als Grundlage für die Formel: 400 Bürger/Haushalte zu je 300 Euro ergeben das Stammkapital.

Dieser Betrag von 300 Euro bedeutet auch ein geringes Risiko für jeden Einzelnen.

Eine erste Infoveranstaltung wurde vorbereitet und durchgeführt. Hierbei zeigten 450 Bürgerinnen und Bürger, dass das Thema Nahversorgung enorm wichtig für sie ist.

Das NohA-Konzept wurde begeistert aufgenommen und lebhaft diskutiert.

Wir machten an dieser Stelle nochmals deutlich, dass wir, wenn der Bürgermeister ein besseres Konzept habe, zurückstecken werden und ihm ggf. auch die bereits gekaufte Immobilie überlassen würden. Aber die Nordhalbener waren infiziert und der Bürgermeister konnte zu diesem Zeitpunkt keine bessere Lösung anbieten.

Jetzt ging es ans „Klinken putzen“. Nahezu jeder Haushalt wurde aufgesucht und informiert. Anstehende Fragen wurden entweder sofort beantwortet oder zurückgestellt bis zur nächsten Infoveranstaltung.

Am Ende hatten wir 460 Zusagen und das bedeutete: „Wir bauen einen Markt!“

Nach Beratungen mit einem Notar wurde die Gesellschaftsform gewählt und die Nordwaldmarkt UG & CO KG gegründet.

Alleine am Einschreibungstag, den der Notar mit seinem Team abhielt, wurden mehr als 300 Anteile gezeichnet. Da der Notar unseres Vertrauens aufgrund des Gebietsschutzes nicht im Ort tätig werden durfte, mieteten wir uns im Nachbarort Räumlichkeiten für die Unterzeichnung an. Unsere Freiwillige Feuerwehr regelte dazu den Verkehr und wies die knappen Parkplätze zu.

Nachdem die Rahmenbedingungen geschaffen waren, ging es mit Eifer an den Umbau des Ladens. Etwa 50 Helferinnen und Helfer leisteten mehr als 2500 Stunden ehrenamtliche Arbeit. Die Bevölkerung wurde durch Bilder und Infotexte im Ortskanal und im Internet über den Fortschritt der Umbauarbeiten informiert. Parallel zum Umbau wurden in Umfragen und Bürgerworkshops die Bedürfnisse der Bevölkerung abgefragt. Jede und jeder konnte sich mit dem einbringen, was ihm wichtig war. Lieferanten wurden angefragt und bewertet, Lieferverträge abgeschlossen und Personal eingestellt (aktuell 11 Arbeitsplätze).

Und das bietet unser Nordwaldmarkt:

- EDEKA-Sortiment
- Backwaren
- Metzgereiprodukte
- Regionale Produkte
- Sitzgelegenheit mit Kaffeeautomat
- Spielecke für Kinder
- Kostenloser Bücherverleih
- Lieferservice (wird noch nicht angenommen)
- Kundentoilette

Nur sieben Monate nach der Schließung wurde der Markt am 1. Dezember 2010 bei heftigstem Schneesturm neu eingeweiht.

5. Grenzen

Unser Handlungsspielraum ist begrenzt durch

- **Eigene Geldmittel:** Wir bringen unsere Zeit mit und z.T. unser eigenes Werkzeug. Was Material betrifft, sind wir auf Spenden angewiesen.
- **Gemeindefinanzen:** 6 Millionen Schulden lassen keine großen Sprünge zu.
- **„Politischer Trotz“:** Wenn Politiker etwas nicht umsetzen, nur weil es nicht die eigene Idee war/ist. Wenn der politische Wille für Veränderungen nicht vorhanden ist, bzw. wenn aus parteistrategischen Gründen etwas nicht umgesetzt werden darf. Zu nennen ist hier der kommunale Finanzausgleich oder das strikte Festhalten an den Förderregularien.
- **Zeitfaktor:** Auch die eigene Freizeit ist begrenzt. Bei ehrenamtlichem Engagement müssen häufig die Familie und Hobbys zurückstecken. Hier gilt es, Kompromisse zu finden, damit auch Auszeiten vom Ehrenamt möglich sind.

6. Fazit und Ausblick

Wir müssen uns fragen: Wollen wir unsere Heimat nur verwalten lassen, wollen wir ohnmächtig daneben stehen, zuschauen und auf Lösungen durch die Politik warten oder selbst Hand anlegen und aktiv mitgestalten? Wir haben uns für das Handeln entschieden.

Wichtig ist, dass Politiker als Verantwortliche und als Entscheidungsträger von Anfang an mit ins Boot geholt werden.

Wir müssen es schaffen, dass aus einem Wutbürger wieder ein Mutbürger wird. Man könnte auch sagen, dass aus einem mutlosen wieder ein mutiger Bürger wird, der sich und seine Ideen einbringen kann.

Kleine Beträge, die unbürokratisch gegeben werden, ermöglichen ein Vielfaches an ehrenamtlicher Leistung. Mit 5000 Euro kann eine Bürgerinitiative sehr viel erreichen, da meist nur die Materialkosten ins Gewicht fallen und die Arbeitsleistung ehrenamtlich erfolgt. Ein Nachweis über

die Verwendung der Gelder ist selbstverständlich. Aufgrund der knappen Finanzmittel suchen wir nach bezahlbaren Lösungen und streben keine Utopien an.

Die gemeinsame Arbeit an Projekten stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und macht stolz auf das Geleistete und stolz auf die eigene Heimat.

Ich wollte aufzeigen, wie kleine Aktionen, z. B. der Baumbeschnitt, eine Lawine an ehrenamtlichem Engagement auslösen können. Diese Begeisterung gilt es aufrecht zu erhalten, dann hat das Leben in einer dörflichen Gemeinschaft durchaus eine Zukunft.

All denjenigen, die selbst etwas bewegen wollen, gebe ich ein großes A mit auf den Weg.

Es steht für:

Aktiv – Werden Sie selbst aktiv.

Ansprechen – Suchen Sie sich Gleichgesinnte und sprechen Sie sie an.

Anfangen – Fangen Sie etwas gemeinsam an.

Und wenn Sie schon aktive Mitbürger haben, sagen Sie ihnen immer wieder einmal ein Danke, denn das ist oftmals der einzige Lohn, den sie für ihr ehrenamtliches Engagement bekommen.

Neue Beteiligungsprozesse in der ländlichen Entwicklung – Ergebnisse des Forschungsvorhabens der TUM



1. Projektanlass und Zielsetzung

Das Forschungsvorhaben „Nachhaltige und effiziente Beteiligungs- und Prozessstrukturen in der Ländlichen Entwicklung“ wird seit Herbst 2010 im Auftrag der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung durch den Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München bearbeitet. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsvorhaben „Dorferneuerung 2020 – Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern“ haben die Notwendigkeit für weitergehende Forschungen in diesem Bereich aufgezeigt. Einerseits bedarf es zukünftig einer thematischen Weiterentwicklung und räumlichen Erweiterung der Dorferneuerung, andererseits bedeutet dies auch eine strategische und methodische Neuausrichtung der Verfahren der Ländlichen Entwick-

lung, um einen zielorientierten Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen der ländlichen Räume gewährleisten zu können.

Aus den „Bausteinen der Zukunftskonzeption der Dorferneuerung 2020“ (vgl. Abb. 1) sollen deshalb folgende Schwerpunkte

- Neue Themen,
- Verschiedene räumliche Ebenen,
- Verantwortungsgemeinschaft und
- Langfristige Entwicklung

besonders hervorgehoben werden. Sie verdeutlichen, dass auch aufgrund dieser Neuausrichtung der Dorferneuerung Beteiligungs- und Prozessstrukturen in der Ländlichen Entwicklung neu überdacht werden müssen, wenn sie nachhaltig und effizient sein sollen.

NEUE THEMEN Dorferneuerung braucht ein erweitertes Themenspektrum
INTEGRIERTE BETRACHTUNG Dorferneuerung muss alle Handlungsfelder im Blick haben, auch bei der Umsetzung
VERSCHIEDENE RÄUMLICHE EBENEN Dorferneuerung muss in verschiedenen Räumen denken
VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT Dorferneuerung muss das Thema Verantwortungsgemeinschaft fest verankern
INNOVATION Dorferneuerung muss innovative Entwicklungen fördern
PROZESSMANAGEMENT Dorferneuerung braucht ein dauerhaftes Prozessmanagement
CAPACITY BUILDING Dorferneuerung braucht nachhaltiges Capacity Building
BODENORDNUNG Dorferneuerung kann auf Bodenordnung nicht verzichten
LANGFRISTIGE ENTWICKLUNG Dorferneuerung muss langfristige Prozesse anstoßen

Abbildung 1: Bausteine der Zukunftskonzeption der Dorferneuerung 2020

Zu dem Baustein „**Neue Themen**“ zählen beispielsweise soziale Netzwerke, Mobilität, neue Wohnformen, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen und Energie. Insbesondere beim Themenbereich Energie und der nun verordneten Energiewende steigt der Bedarf an notwendigen Anlagen wie zum Beispiel Windkraftträder, die ohne Einbindung aller Interessengruppen in die Planungsprozesse kaum realisiert werden können. Hier sind neue Formen der Beteiligung unverzichtbar, um Blockadehaltungen zu vermeiden und die Energiewende nicht mittel- und langfristig zu gefährden. Nicht umsonst wird die diesjährige Fachtagung unserer Verwaltung unter dem Themenschwerpunkt „Energie und Ländliche Entwicklung“ stehen.

Auch der demographische Wandel als ein Bereich des erweiterten Themenspektrums und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen, die sich vor allem in den kleineren ländlichen Gemeinden aktuell sichtbar auswirken, zeigen immer deutlicher, dass neue soziale Netzwerke und neue Beteiligungsprozesse erforderlich sind, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Der Themenschwerpunkt „**Verschiedene räumliche Ebenen**“ beinhaltet, dass die Ländliche Entwicklung, die bisher vornehmlich auf der Ortsebene der Dorferneuerung oder der ILE-Ebene stattfand, in Zukunft ihren Fokus auf die Gemeindeebene richten muss. Auch das oben erwähnte erweiterte Themenspektrum erfordert dies. Räumliche, funktionale und fachliche Vernetzungen über Ressortgrenzen hinweg sind dabei unverzichtbar, wenn beispielsweise kommunale und interkommunale Verkehrsprojekte, Bauvorhaben oder öffentliche Infrastruktureinrichtungen zur Abstimmung stehen. Auch in diesem Zusammenhang gewinnen neue Beteiligungs- und Prozessstrukturen immer mehr an Bedeutung.

Der Baustein „**Verantwortungsgemeinschaft**“ besagt, dass Dorferneuerung diese fest verankern muss. Dadurch kann sie dann die Keimzelle für ein neues Verhältnis von Bürgern und Staat sein. Dazu braucht es ein Höchstmaß an Transparenz sowie ein Miteinander auf gleicher Augenhöhe zwischen Politik und Bürgern.

„**Langfristige Entwicklungen**“ heißt, dass Dorferneuerung auch in Zukunft **langfristige Prozesse** anstoßen muss. Mittels der Projekte der Ländlichen Entwicklung auf Gemeindeebene und in gemeindlichen Zusammenschlüssen müssen Beteiligungs- und Prozessstrukturen etabliert werden, die nach

Abschluss der behördlich geleiteten Verfahren tragfähig bleiben.

Unser Auftrag an den Lehrstuhl lautete deshalb verkürzt formuliert:

Wie müssen die Strukturen und Prozessabläufe sowohl intern (also in unserer Verwaltung) als auch extern (Kommunen / kommunale Zusammenschlüsse) künftig gestaltet und verankert werden, damit sie unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen und auch nach Abschluss eines Vorhabens der Ländlichen Entwicklung effektiv und nachhaltig funktionieren?

2. Das Forschungsvorhaben – eine Kurzcharakteristik

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Nachhaltige und effiziente Beteiligungs- und Prozessstrukturen in der Ländlichen Entwicklung“ wurden zwölf Untersuchungsgemeinden und -projekte empirisch analysiert, um deren unterschiedliche partizipative Ansätze und Vorgehensweisen der Bürgerbeteiligung sowie deren gemeinsame Erfolgsfaktoren der Prozessgestaltung zu erfassen.

Die geeigneten Untersuchungsbeispiele wurden hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien ausgewählt. Es wurden sowohl von der Verwaltung für Ländliche Entwicklung betreute und begleitete Gemeinden und interkommunale Zusammenschlüsse untersucht als auch „best practice“-Beispiele auf nationaler und internationaler Ebene.

Die modellhaften Beispiele der Verwaltung für Ländlichen Entwicklung, Gemeinde Feldkirchen-Westerham, Gemeinde Perasdorf, Gemeinde Weyarn, integrierte ländliche Entwicklung Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein und die Gemeinden aus dem bereits oben erwähnten Forschungsvorhaben „Dorferneuerung 2020“ wurden hinsichtlich ihrer Beteiligungsprozesse untersucht, um forschungsrelevante Schlussfolgerungen aus diesen ziehen zu können (vgl. Abb. 2; grau markierte Gemeinden).

Zudem wurden Beispiele ausgewählt, die unabhängig von einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung entstanden sind, welche sich hinsichtlich ihrer Beteiligungsansätze deutlich voneinander unterscheiden und es ermöglichen, verwaltungsexterne Erkenntnisse zu gewinnen. Die verwaltungsexternen Untersuchungsgemeinden und -projekte befinden sich sowohl in Bayern als auch in Baden-Württemberg, in Österreich und Luxemburg. Fol-

gende Untersuchungsbeispiele wurden analysiert: Gemeinde Bernried am Starnberger See, Gemeinde Roßtal, Soziale Genossenschaft RegioStar eG, Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG in Baden-Württemberg, Gemeinde Langenegg in Vorarlberg in Österreich, Gemeinde Beckerich in Luxemburg (vgl. Abb. 2; schwarz markierte Gemeinden).



Abbildung 2: Räumliche Verteilung der Untersuchungsgemeinden und -projekte

In einem weiteren Schritt wurden alle Erkenntnisse aus den Untersuchungsbeispielen basierend auf fünf Auswertungskategorien, die sich aus einer umfassenden Theorieanalyse und der Praxis ableiten, untersucht und bewertet. Dadurch konnten die Beteiligungsstrukturen der einzelnen Beispiele nachgezeichnet werden und die Elemente, die für den Beteiligungsprozess und seine Verstetigung unabdingbar sind, abgeleitet werden.

Die fünf Kategorien umfassen die folgenden Handlungsfelder:

- **Akteure**
Welche Akteure sind beteiligt und tragen den Prozess?
- **Einbindung der Akteure**
Welche Beteiligungsmethoden und welcher Methoden-Mix wurde in den einzelnen Beispielen angewendet?
- **Befähigung der Akteure (Capacity Building)**
Wie werden die Akteure befähigt, an dem Prozess aktiv mitzuwirken und welche Qualifizierungsmaßnahmen werden angeboten?
- **Gestaltung und Verankerung des Beteiligungsprozesses**
Welche Organisationsstruktur liegt dem

Beteiligungsprozess zugrunde, welche Gremien sind eingebunden, wie sind die Aufgaben und Kompetenzen verteilt, wie sind die Gremien miteinander verknüpft und wie wird der Prozess beobachtet und bewertet?

- **Rahmenbedingungen der Prozessgestaltung**
Welche Rahmenbedingungen hemmen oder fördern den Prozess (z. B. Finanzierung, neue Themenstellungen, räumlicher Bezugsrahmen, Einbindung in Netzwerke)?

3. Was lehrt uns die Praxis? – Illustration ausgewählter Beteiligungsprozesse

Im folgenden Abschnitt werden die Beteiligungsprozesse und ihre Besonderheiten von zwei Untersuchungsgemeinden genauer dargestellt. Als erstes Beispiel wird die Gemeinde Feldkirchen-Westerham vorgestellt, welche im bayerischen Landkreis Rosenheim gelegen ist und von der Verwaltung für Ländliche Entwicklung betreut wird. Das zweite Beispiel ist die Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG aus der Region Freiburg in Baden-Württemberg, welche ein verwaltungsexternes Untersuchungsprojekt ist.

Gemeinde Feldkirchen-Westerham

In der Gemeinde Feldkirchen-Westerham wird seit 2007 das Pilotprojekt „Soziale Gemeinde Feldkirchen-Westerham“ seitens der Verwaltung für Ländliche Entwicklung nicht nur personell begleitet, sondern auch finanziell unterstützt.

Die Zielsetzung des Pilotprojektes, welches das gesamte Gemeindegebiet einbezieht, ist es gemeinsam mit relevanten Akteuren vor Ort konkrete Ideen, Maßnahmen und Strategien im Umgang mit dem demographischen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen zu entwickeln. Als erster Schritt wurde zielorientiert eine genaue Bestands- und Bedarfsanalyse durchgeführt, um Problemfelder wie das Fehlen alltagsnaher Dienstleistungen für Senioren vor Ort erarbeiten zu können. Diese wurde unter Federführung einer Sozialexpertin durchgeführt, die zudem den gesamten Prozess koordiniert und unterstützt.

Insgesamt zeigte sich, dass im sozialen Bereich einerseits ein Überangebot an sozialen Dienstleistungen für einzelne Altersgruppen besteht, andererseits Versorgungslücken drohen bzw. vorherrschen.

Um diese bestehenden Mängel beheben zu können, wurden Akteure, die für den Entwicklungs- und Veränderungsprozess wichtig sind, gezielt angesprochen und in den Prozess aktiv einbezogen. Von Anfang an wurde der Beteiligungsprozess vom Bürgermeister und dem Gemeinderat mitgetragen. Dabei wurde darauf geachtet, eine Vernetzung und Kooperation der einzelnen beteiligten Akteursgruppen zu schaffen und zu etablieren. Dazu tragen gemeinsame Zielsetzungen, eine Vertrauensbasis, Offenheit gegenüber unterschiedlichen Denkweisen und Vorstellungen und ein gegenseitiges Akzeptieren und Respektieren entscheidend bei. Dadurch konnte auch ein bestehendes Konkurrenzdenken abgebaut werden.

Eine Besonderheit ist hierbei, dass professionelle Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige, die beispielsweise in bürgeroffenen Arbeitskreisen tätig sind, zusammenarbeiten, um das Dienstleistungsangebot für alle Altersgruppen in der Gemeinde zu optimieren und politische Entscheidungsprozesse und Weiterentwicklungen der Gemeinde mitzugestalten (vgl. Abb.3).



Abbildung 3: Akteurskreis der Gemeinde Feldkirchen-Westerham

Um eine Verstärkung des Prozesses zu erreichen, wurde im Projektverlauf der Verein „Soziales Netzwerk Feldkirchen-Westerham e.V.“ gegründet. Die Mitglieder des Vereins sind die Träger sozialer Dienstleistungen in der Gemeinde, wie die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Nachbarschaftshilfe, die Pfarrgemeinden und auch die Gemeinde selbst. Hier wurde darauf geachtet, dass alle Akteure sich in den Zielformulierungen und Aufgabenbereichen des Vereins wiederfinden. Die Satzung stellt sicher, dass die Rechte und Pflichten klar verteilt sind und die Langfristigkeit gewährleistet wird.

Mit der Vereinsgründung wurde zudem eine Koordinierungsstelle geschaffen. Sie soll u. a. die interne Kommunikation sicherstellen, das Angebot transparent gestalten und Ansprechpartner für Bürger sowohl im Angebot als auch in der Nachfrage sein.

Besondere Merkmale des Beteiligungsprozesses

- Die frühzeitige und gezielte Einbindung vieler Akteure vor Ort und insbesondere die Verknüpfung der politischen und bürgerschaftlichen Ebene.
- Der Aufbau auf bereits vorhandenem Angebot und die systematische Bündelung des Angebots an sozialen Dienstleistungen.
- Die Gründung eines Vereins als eine Art Netzwerk, der durch eine Satzung festgeschrieben ist und eine Kooperationskultur vor Ort fördert und etabliert.
- Die Schaffung einer Koordinierungsstelle, die als Dreh- und Angelpunkt fungiert.
- Die professionelle Unterstützung durch eine Sozialexpertin als Prozessbegleitung, -koordinierung und -steuerung.

Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG

Die Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG ist ein Instrument zur Bürgerbeteiligung, in der sich Bürger als Aktionäre in den regionalen Entwicklungsprozess einbringen können. Durch ihr finanzielles Engagement tragen sie zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung der Region bei. Dies geschieht durch den Erwerb von Aktien. So können Bürger gezielt regionale Unternehmen unterstützen, beispielsweise die ökologische Produktion ihres Nachbarlandwirts.

In der Hauptversammlung entscheiden Aktionäre über den Einsatz ihres Kapitals und über die strategische Weiterentwicklung der AG mit und letztendlich über die Entwicklung ihres eigenen Lebens- und Wohnumfeldes. So übernehmen die Bürger Verantwortung für die Region.

Ein wichtiger Finanzierungsfaktor der Regionalwert AG ist die Kapitalakquise. Da die Bürgeraktiengesellschaft durch den Verkauf von Aktien finanziert ist, ist die Steigerung der Zahl der Aktionäre ein wichtiger Finanzierungsschritt. Viele der 500 Aktionäre sind Kleinaktionäre aus der Region, nach dem Konzept „Kapital aus der Region für die Region“. Besonderheiten der Regionalwert AG sind die Eva-

luierung des Prozesses und das Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen für die Beteiligten.

Die Arbeit der Regionalwert AG wird in regelmäßigen Abständen begutachtet. Als Evaluierungsrahmen dienen Nachhaltigkeitsindikatoren, welche sich auf die drei Bereiche der Nachhaltigkeit, Soziales, Ökologie und Ökonomie beziehen. Der Bereich Soziales bezieht sich auf die Mitarbeiter, deren Beschäftigungsstruktur, Entlohnung und Qualität der Arbeitsplätze, im Bereich Ökologie werden Faktoren wie Biodiversität und Ressourcenverbrauch und im Bereich Ökonomie Indikatoren wie Wertschöpfungsverteilung, Wertschöpfung in der Region, Engagement in der Region und Dialog in der Wertschöpfungskette berücksichtigt. Mittels dieser Indikatorenvielfalt, die in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und der Praxis erarbeitet wurden, werden neben den materiellen auch die immateriellen Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaft ermittelt.

Die auf den Indikatoren basierenden Evaluierungen werden in einem zweiten Schritt diskutiert und je nach Bedarf weiterentwickelt. Nur so können sie ihren Zweck erfüllen und helfen die Zielerreichungen zu verbessern.

Zum anderen sind die Qualifizierungsstrategien ein wichtiger Bestandteil der Bürgeraktiengesellschaft. Sie richten sich an die Unternehmen und Betriebe, die durch die AG unterstützt werden. Dazu zählen insbesondere betriebswirtschaftliche und juristische Beratungen sowie Coachings und Mitarbeiterschulungen. Diese Beratung ist spezifisch auf die Probleme und Herausforderungen kleiner Betriebe ausgerichtet und umfasst alle Aufgabenbereiche, die wichtig sind, um ein Unternehmen führen zu können. Um diese Beratung weiter professionalisieren zu können wurde eine eigene Regionalwert Dienstleistungs-GmbH gegründet.

Besondere Merkmale des Beteiligungsprozesses

- Der konzeptionelle Ansatz der Aktiengesellschaft ermöglicht eine breite Basis für ein gemeinsames wirtschaftliches Handeln, um die Region weiterzuentwickeln.
- Durch diese Unternehmensform wird beispielsweise mittels Evaluierungen eine Professionalität in der Vorgehensweise sichergestellt.
- Die Bürgeraktiengesellschaft wird zudem den unterschiedlichen Akteursbedürfnissen und -präferenzen gerecht, da sie Mitgestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen thematischen

Bereichen, wie im Ökologischen und Sozialen bietet.

- Aktionär der Bürgeraktiengesellschaft zu sein bedeutet also, einen finanziellen Beitrag für die Regionalentwicklung zu leisten und auch im Entscheidungsprozess aktiv beteiligt zu sein.

4. Strategien für die Ländliche Entwicklung

Aus allen Untersuchungsgemeinden und -projekten wurden zusammenfassend und schlussfolgernd Strategien und ein umfassendes Maßnahmenbündel für die Beteiligungsprozesse der Ländlichen Entwicklung abgeleitet. Beispielhaft werden im Folgenden fünf Maßnahmen vorgestellt:

– Die Akteursgewinnung und -bindung vor Ort systematisch beginnen

Dies bedeutet alle relevanten Akteure und Gruppen zu berücksichtigen und diese gezielt einzubinden.

Bereits vor Beginn eines Verfahrens der Ländlichen Entwicklung muss dies beachtet werden. Um durch die Unterstützung der Ländlichen Entwicklung eine lokale Verantwortungsgemeinschaft zu fördern, müssen die gewählten politischen Entscheidungsträger bereit sein, Bürgerbeteiligung zuzulassen. Daher sollte zunächst seitens der Ämter für Ländliche Entwicklung ein „Erkennungsgespräch“ mit den politischen Entscheidungsträgern geführt werden, um deren Haltung gegenüber Bürgerbeteiligung und deren Bereitschaft und Offenheit für Neues zu erfahren und gegenseitig zu bestärken.

In einem weiteren Schritt sollte ein Qualifizierungsseminar für die Kommunalpolitik an den Schulen der Dorf- und Landentwicklung stattfinden, um die Meinungsbilder auf politischer Ebene abzufragen und den Gemeinderat zu sensibilisieren.

Zudem sollte eine umfassende Akteursanalyse vor Ort durchgeführt werden, um die relevanten Personen oder Personengruppen gezielt anzusprechen zu können, wie z. B. Unternehmer und Träger sozialer Dienstleistungen. Es muss darauf geachtet werden, alle Akteure, die für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement eine Rolle spielen, frühzeitig einzubinden. Dadurch kann zudem vermieden werden, dass bereits bestehende Strukturen missachtet werden. Vielmehr sollten diese eingebunden und für den Prozess genutzt werden.

– **Qualifizierungsmaßnahmen an alle Akteure konsequent anbieten**

Eine kontinuierliche Qualifizierung soll zukünftig zu einem festen Bestandteil des Beteiligungsprozesses werden.

Zur Professionalisierung und Qualitätssteigerung des Entwicklungsprozesses müssen Qualifizierungsmaßnahmen für die Beteiligten verstärkt bedarfsgerecht angeboten und genutzt werden. Die Schwerpunkte müssen sowohl auf der Vermittlung von Fachwissen zu bestimmten Themenbereichen als auch von methodischen Kompetenzen liegen.

Dies betrifft alle: die Bürger, den Gemeinderat, die Gemeindeverwaltung, die Mitarbeiter der Ämter für Ländliche Entwicklung und die Planer.

Dazu bietet es sich an, je nach Akteursgruppe und ihrem Zuständigkeits- und Aufgabenbereich Qualifizierungspakete in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern zu entwickeln. Mögliche Partner der Verwaltung für Ländliche Entwicklung sind beispielsweise die Schulen für Dorf- und Landentwicklung, die Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FÜAK), die Bayerische Akademie Ländlicher Raum, die Architektenkammer, die Sparkassenakademie und die Hochschulen.

– **„Lernende Organisationsstrukturen“ ermöglichen**

Der Begriff „lernende Organisationsstrukturen“ bedeutet, dass ein Beteiligungsprozess nicht in ein starres System eingebettet sein sollte, wenn er langfristig wirksam und dauerhaft ausgerichtet sein soll.

Vielmehr müssen die Organisationsstrukturen in den einzelnen Phasen Entwicklung, Umsetzung und Weiterführung stets flexibel gestaltet sein. Es ist wichtig, bereits zu Beginn darauf zu achten, Strukturen so aufzubauen, dass sie auch nach Ende des formellen Verfahrens bestehen können. Die „lernenden Organisationsstrukturen“ müssen je nach ihrer Phase von unterschiedlichen Fachexperten begleitet werden.

Die Organisationsstruktur muss so aufgebaut sein, dass die Akteure aus der Kommunalpolitik und -verwaltung sowie aus der Bürgerschaft integriert sind, d. h. auch wenn neue Themen

bearbeitet werden sollen, müssen die Akteure entsprechend eingebunden werden können. Dies kann beispielsweise dadurch gelingen, dass Arbeitskreise sowohl mit Bürgern als auch mit Vertretern der Gemeindepolitik und -verwaltung besetzt sind oder dass in einem Steuerungsgremium Sprecher der Bürgerarbeitsgruppen und kommunalpolitische Entscheidungsträger sowie Mitarbeiter der Kommunalverwaltung vertreten sind.

– **Koordinierung und Kooperation zum festen Bestandteil der Strukturen machen**

Koordinierung und Kooperation werden zu Schlüsselbegriffen des Prozesses. Nur so kann die notwendige Vernetzung zwischen den Akteuren ermöglicht werden.

Dazu bedarf es entweder einer Koordinierungsstelle in der Gemeinde oder eines Steuerungsgremiums, das mit je einem politischen Vertreter der Fraktionen, Gemeindeverwaltung und Bürgern besetzt ist.

Eine weitere ergänzende Variante ist es, einen externen, neutralen Prozessmanager als Koordinator einzustellen. Dies könnte sowohl ein Mitarbeiter der Ländlichen Entwicklung sein, in jedem Fall sollte das Amt für Ländliche Entwicklung eine Anschubfinanzierung leisten.

Diese Koordinierungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass eine permanente Rückkopplung der einzelnen Gremien und Funktionen durch stetiges Informieren und Kommunizieren sichergestellt ist. Dies sollte zudem durch regelmäßige Abstimmungstreffen der einzelnen Gremien wie Gemeinderat, Arbeitskreise, Projektgruppen, Teilnehmergemeinschaft (TG) und Planer unterstützt werden.

– **Evaluierung und Monitoring sollten feste Bestandteile der Strukturen werden**

Um die Verfahren für Ländliche Entwicklung langfristig bedarfsgerecht gestalten zu können, müssen in regelmäßigen Abständen, Erfolgs- und Qualitätskontrollen durchgeführt werden. Ein Monitoring sollte Inhalt, Vorgehensweise, Zielsetzungen und die Rolle der Akteure überprüfen. Die Ergebnisse des Monitorings müssen in einem weiteren Schritt ausgewertet werden, um den Prozess weiterentwickeln und auch die Transparenz und Nachvollziehbarkeit verbessern

zu können. Dies sollte von der Verwaltung für Ländliche Entwicklung unterstützt und eingefordert werden.

Monitoring und Evaluierung können entweder schriftlich durch eine Befragung oder im Rahmen eines moderierten Treffens mit allen Akteuren durchgeführt werden.

Es ist jedoch empfehlenswert eine externe, neutrale Person zu beauftragen.

Zusätzlich muss ein Evaluierungsnetzwerk etabliert werden, in dem sich die Mitgliedsgemeinden gegenseitig überprüfen, aber auch voneinander lernen können.

Voraussetzung für ein Monitoring oder eine Evaluierung ist es, einen von allen anerkannten Indikatorenkatalog zu entwickeln, wie ihn z. B. die Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG einsetzt, der Aussagen über die materiellen und immateriellen Ergebnisse des Entwicklungsprozesses und des Verfahrens für Ländlichen Entwicklung ermöglicht.

Die Berücksichtigung und Kombination der Strategien und des umfassenden Maßnahmenbündels können zukünftig zu langfristig wirksamen und dauerhaft ausgerichteten Beteiligungsprozessen in der Ländlichen Entwicklung führen.

5. Schlussbetrachtung

Evaluierung, Qualifizierung, Fachwissen erweitern, Methodenkompetenz fördern, lernende Organisationsstrukturen sind wichtige Schlüsselbegriffe, die genannt wurden und die Zusammenarbeit aller fördern und fördern.

Vor vier Wochen war vom Boom der Bürgerentscheide in der Süddeutschen Zeitung zu lesen und dass diese sich seit 1995 – so lange gibt es sie inzwischen in Bayern – zunehmender Beliebtheit erfreuen; vorrangig bei den Bürgern. Bürgermeister hingegen vertreten teils eine andere Meinung. Hier sei ein Bürgermeister einer kleinen ländlichen Gemeinde mit folgenden Worten zitiert: „Das Schlimmste was einem Bürgermeister passieren kann, ist ein Bürgerentscheid.“ Damit diese Situation nicht eintritt und Gutachter und Gegengutachter gegeneinander antreten müssen und gerichtliche Auseinandersetzungen Kommunalpolitik handlungsunfähig machen, wurden auch dafür „Spielregeln“ im Rahmen des Forschungsvorhabens entwickelt, die von allen beteiligten Akteuren, also Politik, Bürger und Verwaltung verinnerlicht und

umgesetzt werden sollten, damit Bürgerentscheide mit all ihren Konsequenzen frühzeitig vermieden werden können.

„Mehr direkte Demokratie wagen“ will Ministerpräsident *Seehofer* zukünftig. Seine Reise in die Schweiz im Februar 2012 nutzte er, um von den Eidgenossen zu lernen, „dass es sich auszahlt, die Bürger nicht erst am Ende, sondern am Beginn einer Planung zu fragen“.

Auffallend ist, dass viele Institutionen – vom Bayerischen Gemeindetag bis zu unserem Landesvater – auf der Suche nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung sind, weil die alten Methoden nicht mehr greifen.

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung hat in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung mit diesem Forschungsvorhaben also auch einen vordringlichen Handlungsbedarf bezüglich neuer Beteiligungsprozesse erkannt und Handlungsleitlinien entwickelt. Es gibt kein Patentrezept oder Königsweg für alle Gemeinden, das ist klar. Aber es gibt wichtige Strategien und Maßnahmen, die eine nachhaltige Bürgerkommune zukünftig möglich machen.

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Interviews auf dem Podium

Moderation

MR Prof. Axel Lorig,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
des Landes Rheinland-Pfalz



Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit Interview mit Alexander Muthmann



Lorig: Bitte begrüßen Sie mit mir als meinen ersten Gesprächspartner Herrn Landtagsabgeordneten *Alexander Muthmann*, den ich hiermit zu mir auf die Bühne bitte. Er ist Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie des Bayerischen Landtags.

Herr Muthmann, gestern stand „Stuttgart 21“ quasi als Synonym für neues bürgerschaftliches Engagement. So könnte man es auch zunächst für den Begriff „Wutbürger-Management“ sehen. Haben wir denn jetzt etwas aus „Stuttgart 21“ gelernt? Müssen wir etwa frühzeitiger, intensiver, vollständiger, anders diskutieren und informieren? Müssen wir Akzeptanz herstellen durch Kommunikation oder ist das nur so eine vorübergehende Erscheinung?

Muthmann: Nein, ich glaube, dass „Stuttgart 21“ ja nur das prominenteste von einer ganzen Reihe von Beispielen ist, wo Großprojekte am Widerstand der Öffentlichkeit zu scheitern drohten. Man hat ja dauernd den Eindruck, wenn sich Bürger um Großprojekte zu kümmern beginnen, dass es auch gleichzeitig nicht mehr realisierbar ist und schon allein aus diesem Grunde müssen die Erfahrungen um „Stuttgart 21“ sicherlich alle Verantwortlichen sowohl Projektanten als auch die staatlichen Stellen, die mit Genehmigungsverfahren diese Projekte begleiten, zu neuem Denken verpflichten. Es gibt ja nicht nur den Stuttgarter Bahnhof, der derzeit realisiert wird, sondern auch in Wien werden zwei Bahnhöfe miteinander verbunden, ein vergleichsweise ebenso großes Projekt wie das Stuttgarter, das 2005 als Idee

entstanden ist und derzeit auch umgesetzt und realisiert wird. Und wenn man diese beiden Projektbehandlungen miteinander vergleicht, kann man Fingerzeige finden, wie wir künftig mit den Kommunikationsmöglichkeiten aber vor allem auch mit den interessierten Menschen umgehen müssen, und da ist sicherlich ein wesentlicher Hinweis: Wir müssen frühzeitiger, sobald das eben die Projektidee erlaubt, schon erstmals auch Inhalte vorstellen und die Menschen nicht nur zur Information, sondern auch zur Diskussion mit einladen; das lassen die Verfahren natürlich zu. Bislang haben wir davon nur zu wenig Gebrauch gemacht und viele sind dann eben in späten Verfahrensstadien von dem Widerstand überrascht worden. Das ließe sich vermeiden.

Lorig: Also, ich denke mal an meinen eigenen Standort in Mainz – und dann gibt es auch noch Frankfurt, das ist gar nicht so weit weg, merkt man dann, wenn die Flugzeuge kommen – und da muss man sagen, da hat man prima kommuniziert. Da waren in Stadthallen, die man angemietet hat, 15 000 Leute und haben kommuniziert. Aber der Gag ist, dass die Flugzeuge jetzt starten und landen auch zu Zeiten, die zunächst gar nicht zur Debatte standen. Aber wie sollen wir denn überhaupt in Zukunft Varianten diskutieren, damit die Bürger glauben, dass sie gerecht behandelt werden?

Muthmann: Die Variantendiskussion ist in der Tat, jedenfalls in den bisherigen Verfahren, ein Dilemma. Momentan schreiben wir ja in Bayern das Landesplanungsgesetz fort, in dem auch das

Raumordnungsverfahren mitgeregelt ist. Es ist das Verfahren, das zum ersten Mal in öffentlich-rechtlicher Art und Weise ein Projekt beurteilt sei es ein großes privates Projekt oder auch ein öffentliches. Und da sieht das Gesetz bislang jedenfalls vor, dass Trassenvarianten oder Standortalternativen nur dann beurteilt werden, wenn sie vom Projektträger selbst in das Verfahren eingebracht werden, und das ist in der Tat in mancherlei Hinsicht nicht zufriedenstellend. Da möchten wir bereits in der jetzt laufenden Diskussion erreichen, dass die Behörden von sich aus – durchaus auch veranlasst durch Beteiligte, durch Betroffene – auch über alternative Trassen oder Standorte rechtzeitig reden können, denn wenn man erst im Verfahren dann zu hören bekommt „... alles andere haben wir in Vorüberlegungen ausgeschlossen, das Einzige, was wir noch zum Gegenstand des Verfahrens machen wollten, ist diese hier und jetzt noch vorliegende Trasse oder vorliegender Standort ...“, dann fühlen sich die Menschen auch zurecht nicht ausreichend ernst genommen. So, wie Oberbürgermeister *Maly* gestern auch sehr richtig gesagt hat. Wenn man Menschen beteiligt, wenn man sie ins Gespräch mit einbezieht, darf das keine Alibiveranstaltung werden. Es müssen dann auch noch Verhandlungsspielräume und auch die Bereitschaft vorhanden sein, die Menschen nicht nur anzuhören, sondern sich auch über deren alternative Vorschläge Gedanken zu machen und wenn das der Fall ist, wenn die Menschen da an dieser Stelle das Gefühl bekommen mit ihren Ideen ernst genommen zu werden, ist die Chance auf Akzeptanz größer. Man wird bei Großprojekten sicherlich nie alle überzeugen können und völlig ohne Rechtsmittel auskommen – das werden wir nicht erreichen – aber doch Verständnis für Lösungen, für Überlegungen derer, die andere Lösungen für richtig halten. Das ist sicherlich sehr viel besser zu machen, als das bislang verfahrensmäßig vorgegeben war. Und es ist ja auch vielfach nicht gelungen, Bürgerinitiativen ganz am Ende zu befrieden, die dann schon vor beschlossenen, vor genehmigten Entscheidungen oder Projekten stehen. Diese mit Recht dann unzufriedenen Bürger ließen sich sicher ein gutes Stück weit vermeiden.

Lorig: Also, ich akzeptiere das so und würde das auch so sehen, dass es Bereiche gibt, wo man mehrere Varianten diskutieren kann. Ich denke jetzt aber mal zurück an meine Polder am Rhein. Dort müssen sie irgendwo in der Talaue bleiben und so sind dann so viele Varianten nicht wirklich vorhanden. Und ich denke auch an den Flughafen, wenn man sagt, eine dritte Landebahn wird benötigt. Dann kann vielleicht die Richtung noch etwas gedreht werden, aber mehr geht nicht.

Muthmann: Aber, bitte dazu nur einen Satz. Wir haben natürlich jetzt auch gerade im Zusammenhang mit der Energiewende zwei große Themen- oder Projektblöcke zu erwarten, in denen es schon Standort- und Trassenvarianten wohl zu diskutieren gibt. Ich will nur das Beispiel Windkraft nennen und auch das Beispiel Trassen, Leitungstrassen. Hierbei möchte ich mir schon wünschen, dass die Beteiligten, dass die Betroffenen vor Ort rechtzeitig erfahren, was so in den Köpfen der Planungs-, der Projektträger vorhanden ist und ihnen durchaus die Chance geben, auch ergänzende Vorschläge zu machen, durchaus nicht mit dem Anspruch, dass es dann so werden muss, wie die Betroffenen es im Einzelnen vorschlagen, aber man sollte sie doch in der Abwägungsentscheidung berücksichtigen können. Zumindest diese Chance sollte den Beteiligten vorbehalten bleiben.

Lorig: Ich weiß, dass Sie das in Bayern ganz anders diskutieren. In Rheinland-Pfalz haben die Gemeinden gemerkt, da ist ein „Lotteriegewinn“ aufgegangen und die Gemeinden stehen jetzt gegeneinander, wer die nächste Windkraftanlage bekommt, weil dann 50 000 Euro Pacht pro Jahr anfallen, die einzige Chance für die Gemeinde, so eine freie Finanzspritze zu erhalten. Hat man das in Bayern noch nicht diskutiert?

Muthmann: Bislang immer auch noch anders herum – ich komme aus dem Bayerischen Wald, da spielt neben dem Geld immer auch noch der Begriff Heimat und die damit verbundenen Werte auch eine erhebliche Rolle, und es gibt eine ganze Reihe von Bewohnern, die nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den pflegerischen Aspekt durchaus auch

vermittelt über das Thema Tourismus und dann wieder wirtschaftlich auch in die Waagschale werfen. Also das ist durchaus ein offenes Rennen.

Lorig: Noch eine letzte Frage an Sie: Das neue Medium für Bürgerinitiativen heißt Internet. Bürgerinitiativen verbreiten sich ganz entscheidend über das Internet. Können Sie sich vorstellen, dass man im Umkehrschluss als Behörde, als steuernde Einrichtung die Diskussion ganz bewusst auch bei Raumordnungsvarianten über das Internet macht?

Muthmann: Also zumindest die Vorstellung des Projekts auch mit Trassenvarianten kann man ja heute unschwer auch allen zur Verfügung stellen im Internet. Das sieht im Übrigen das neue bayerische Landesplanungsgesetz für Planungsordnungsverfahren auch vor, dass man das also nicht mehr an eine Behörde laufen muss, um in die Pläne Einsicht zu nehmen. Ich halte das auch für einen richtigen und wichtigen Fortschritt. Auch Diskussionen, Einwendungen auf diese Art und Weise kann man sicherlich diskutieren, wenn es rechtsförmige Verfahren werden. Auch mit Präklusionswirkungen, also der Frage, hat jemand rechtzeitig zu diesem oder jenem Problem sich geäußert, wird es natürlich schwierig, solange wir an dieser Stelle nicht den Autor identifizieren können, der auf der anderen Seite sitzt. Aber alles was die Informationen betrifft, bin ich sehr dafür, sie schnell, offen und alles verfügbar im Internet zugänglich zu machen.

Lorig: So haben wir das auch für die Flurneuordnung in Rheinland-Pfalz gelöst und nennen das verwaltungstechnisch „wiederholende Verfügungen“.

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit Interview mit Michael Schaloske



Lorig: Ich begrüße *Dr.-Ing. Michael Schaloske*, den Leiter des Zentrums für Ländliche Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Das Zentrum für Ländliche Entwicklung spricht über die Grundsätze zum Ländlichen Raum mit den Bürgern. Es ist eine wandernde, eine „fliegende“ Akademie, die sich natürlich mit allem beschäftigt was wichtig ist, also z. B. mit der Energiewende und dem Klimaschutz. Natürlich müsste man fragen: Gibt es dazu auch schon ein Kommunikationstraining? Welche Veränderungen stellen wir denn fest? Wie gehen wir denn in dieser Akademie auf solche Prozesse ein?

Schaloske: Wir können natürlich gerne auf solche Prozesse eingehen. Wie in Nordrhein-Westfalen sind das erste Bundesland mit einem Klimaschutzgesetz – wie sie sicherlich wissen – und unser Minister will im Vorfeld dieses Gesetzes jetzt einen Klimaschutzplan aufstellen. Von daher ist das Thema bei uns natürlich überall „en vogue“. Wir haben aber auch seit zehn Jahren eine sehr leistungsfähige Energieagentur, die diese Themen auch vermittelt. Aber – um es allgemein zu sagen – natürlich ist das ein ganz wichtiges Thema gerade in ländlichen Räumen, weil man die Wertschöpfung auch in den Ländlichen Räumen belassen möchte. Das sind die Pachtpreise bei den Energiewindanlagen, natürlich das Thema Biogasanlagen, was bei uns im Münsterland mit dem Thema Großmastanlagen im Außenbereich kollidiert; ein wichtiges Thema für mögliche Bürgerproteste, weil die Ansiedlung von Schweinemastanlagen

oder Hühnermastanlagen mit hunderten von Tieren große Geruchsemissionen bewirken. Und die Bürger wollen auch hier frühzeitig und umfassend eingebunden werden. Nur so kann man Akzeptanz erreichen. Wenn man also nur mit dem Baurecht nach draußen geht und will seinen Hähnchenstall für Wiesenhof durchbringen, geht das nicht mehr so einfach. Und wir haben natürlich weitere neue Themen. Schon genannt wurden die Trassen für den Energietransfer; wir sind nahe an den Windparks, an den kommenden Windparks in der Nordsee. Hier müssen die erforderlichen Trassen geschaffen werden. Man denkt immer, Münsterland wäre eine schöne fahrradfreundliche Gegend, aber es gibt da Nutzungen, die für diesen Tourismus ungünstig sind. Im Münsterland ist auch das Thema „Fracking“ ganz wichtig. Ich weiß nicht, ob Sie davon hier in Bayern betroffen sind. Das ist neuartige Erdgasgewinnung aus dem Gestein. Man presst unten rein und das Gas kommt hoch. Es bestehen verschiedenste Gefahren, potentielle Gefahren für Gesundheit und Grundwasser. Das ist ein Thema, bei dem man nicht genug informieren kann, um die Bürger frühzeitig aufzuklären und dann gemeinsam Wege zu finden, die gemeinsam zu akzeptablen Ergebnissen führen. Und, lassen Sie mich das noch sagen: Nordrhein-Westfalen hat gerade in der Ländlichen Entwicklung mit solchen Themen Erfahrung, weil wir schon vor zehn Jahren einen Genehmigungsvorbehalt bei der Einleitung von Flurbereinigerungsverfahren durch unsere seinerzeitige Landesregierung hatten. Damals wurden nur Flurbereinigerungsverfahren zur Einlei-

tung gebracht, die draußen wirklich volle Akzeptanz genossen haben. Unsere letzte Landesregierung hat dann das Widerspruchsverfahren in Nordrhein-Westfalen vollständig abgeschafft. Sie haben heute als Bürger keine Möglichkeit mehr gegen die Einleitung der Flurbereinigung Widerspruch einzulegen, auch nicht gegen den Flurbereinigungsplan. Von daher sind die Kollegen in der Verwaltung immer außerordentlich bemüht von allen akzeptierte Lösungen vorzulegen, weil man sonst den Klageweg beschreiten muss, der natürlich viel länger dauert als die Suche nach einer Lösung in einem früheren Widerspruchsverfahren. Es verlängern sich insgesamt vielleicht die Verfahrensschritte, aber das Gesamtverfahren haben die Kollegen von den Verwaltungen im zeitliche Ablauf ganz gut im Griff.

Lorig: Ja, das ist jetzt der Ball, der da gefallen ist, den ich nochmal aufgreifen muss. Wir sind also im Moment auch daran zu diskutieren, ob wir unsere Spruchstelle beibehalten oder nicht. Obwohl ich der Auffassung bin, dass es die bürgernächste Instanz ist, die wir uns überhaupt vorstellen können. Also der Weg der Bürgernähe wird dann genau in die Gegenrichtung konterkariert. Also die Frage ist jetzt: Wenn ich diese Ebenen abschaffe, die eigentlich die Sachebene betreuen, dann muss ich mich gleich immer mit der emotionalen Ebene auseinandersetzen. Wie machen wir denn das jetzt in Nordrhein-Westfalen? Kommuniziert man dann notwendiges Handeln und setzt sich mit den Veränderungen auf der Sachebene auseinander oder lässt man sich eher auch in diesem Schulungs- und Auseinandersetzungsprozess auf die emotionale Ebene ein?

Schaloske: Also das Zentrum für Ländliche Entwicklung arbeitet mit im Verbund der deutschen Akademien Ländlicher Raum. Wir sind eine fliegende Einrichtung, aber nicht ortsfest und bieten Veranstaltungen im ganzen Land an. Und eben Veranstaltungen, um den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zu vermitteln, sie fit machen für solche Diskussions- und Auseinandersetzungsprozesse. Ich denke, das wird immer weiter benötigt. Und wenn sie diese Studie vom Berlin-Institut über die Zukunft der Dörfer zur

Hand nehmen und darin die erste Handlungsempfehlung lesen, erfahren Sie, dass man eine schonungslose Offenheit über zukünftige Entwicklungen braucht, auch über demographische Entwicklungen, weil das im Ländlichen Raum noch nicht von allen so wahrgenommen wird, wie es wirklich ist. Und ich denke, das ist es auch unsere Aufgabe, um für die entsprechenden Informationen zu sorgen, damit da – wie soll ich es ausdrücken – „Waffengleichheit“ erreicht wird und die Bürger den Verwaltungen gut entgegentreten können. Und, was ja auch ein Phänomen unserer Mediengesellschaft der letzten Jahre ist die Expertenflut, das wurde gestern schon mal angesprochen: Kaum ist irgendwo eine Katastrophe passiert, treten im Fernsehen Experten ohne Ende auf und werden als wichtig und ernsthaft wahrgenommen. Unsere Veranstaltungen sollen auch dazu dienen, um das aber noch besser einschätzen zu können.

Lorig: Wenn man jetzt auf das Zentrum für Ländliche Entwicklung als eine der deutschen Akademien Ländlicher Raum blickt – die etwas unterschiedlich organisiert sind, worauf ich an diesen Stellen nicht eingehen möchte – sind diese Akademien geeignete Institutionen, um Veränderungen mit den Bürgern zu diskutieren? Ist das der Stein der Weisen?

Schaloske: Natürlich! Also ich gehe gern auf den „Werbeblock“ ein. Wir müssen auch sagen, dass wir in Deutschland in fast allen Flächenbundesländern solche Einrichtungen haben. Die einen sind so organisiert und die anderen sind eben mehr staatlich organisiert, wie in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und in noch ein paar anderen Bundesländern. Es wurde schon gesagt, dass man zum Diskutieren neutrale Stellen braucht. Diese Neutralität nehmen wir für uns auf jeden Fall in Anspruch. Das war bei Gründung des ZeLE vor elf Jahren auch ein Vorbehalt aus der Opposition im Landtag: Wie sieht denn das ZeLE als Erfindung von *Bärbel Höhn* seinerzeit denn wohl positionieren würde? Wir haben auch in den ersten Jahren sehr ausgewogene Veranstaltungen gemacht, sodass diese Vorbehalte rasch verflogen waren und wir heute zur Prozessbegleitung und Konfliktschlichtung, aber eben auch zur breiten und ausgewo-

genen Information sehr gefragt sind. Die lange Präsenz, die anderen Akademien sind ja zum Teil schon über 20 Jahre tätig, zeigt auch, dass man Vertrauen zu diesen Einrichtungen hat. Und, was heute auch wichtig ist – das kam vorhin schon mal zur Sprache sind ressortübergreifende Ansätze. Wir sind mit dem ZeLe nicht nur eine Einrichtung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, sondern wir müssen heute darauf achten dass wir in den ländlichen Räumen zurecht kommen mit den verschiedensten Konzepten, die dort gelten und angewendet werden ineinander greifen, z. B. LEADER, ILE etc. Da ist unbedingt eine ressortübergreifende Vermittlung nötig. Ich bin da ganz froh (ich leite auch noch das Referat Ländliche Entwicklung im Ministerium), dass wir in Nordrhein-Westfalen einen Zugang zum Bauministerium gefunden und dort dieses Programm „Kleine Städte und Gemeinden“ gemeinsam vertreten ohne zu Kollisionen zu kommen an dieser Förderschiene. Das ist schon sehr wichtig und von großem Vorteil.

Lorig: Vielen Dank!

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit Interview mit Roland Spiller



Lorig: Ich gehe mit meinem Gesprächspartner *Herrn Roland Spiller, Ltd. BD*, Amtsleiter des Amtes für Ländliche Entwicklung in Niederbayern auf den Prozess der Dorferneuerung/Flurneuordnung ein. Die erste Frage: Gibt es da aus Stuttgart 21 auch etwas zu lernen, müssen wir hier auch frühzeitig diskutieren und informieren oder gibt es traditionell andere Vorgehensweisen? Man könnte über integrierte ländliche Entwicklungskonzepte und ähnliche Verfahren dieser Art reden. Wie sehen Sie das?

Spiller: Von Stuttgart 21 kann jeder etwas lernen. Mir persönlich haben die Ausführungen zur Kommunikation gestern von *Herrn Brettschneider* sehr gut gefallen. Ich glaube, wir müssen ansetzen, im ländlichen Raum im Bereich der Kommunikation anders umzugehen. Aber wir in Niederbayern haben nur mit Mut-Bürgern zu tun – deswegen auch die Namensänderung zu Beginn. Die Leute wollen ja was von uns, die kommen ja zu uns, wollen was bewegen. Ich habe vielleicht hin und wieder einen Wut-Bürgermeister, weil er noch nicht so zügig in unsere Förderprogramme kommt, wie er es selber gerne hätte. In der Dorferneuerung, aber auch in der Flurneuordnung gibt es vor dem behördlichen Verfahren eine Vorphase, eine Startphase: Hier kann ich auch ganz viel Emotionalität rausnehmen. Ich kann Schlüsselmaßnahmen definieren. Die Bürger in der Dorferneuerung erarbeiten sich ein Leitbild. Wir haben hier verschiedene Ansätze zur Transparenz in einem informellen Teil bevor das behördliche Verfahren kommt und die Leute vielleicht in irgendein Zwangskorsett steckt. Ich

denke, das ist eine ganz gute Vorgehensweise zu Beginn. In der Flurneuordnung haben wir beispielsweise die Initiative „boden:ständig“. Da geht es darum, Erosion zu vermeiden, Einträge ins Gewässer zu vermeiden, die Bäche zu verbessern. Mit einer neuartigen „Vorbereitungsplanung“ durch ein Vor-Ort-Umsetzungsteam aus Planer und Agrarberater und in enger Abstimmung mit uns werden Projekte der Ländlichen Entwicklung vorbereitet. Da kommen die Landwirte und die Gemeinden auf uns zu und sagen, wir wollen was machen. Dann schauen wir: Wie machen wir das? Wir wollen hier als Ermöglicher auftreten! Da kann es aber auch sein, dass die Bürger das selbst machen: Wir haben z. B. die Gemeinde Wurmsham, die haben die Quellen selbst wieder erlebbar gemacht, haben bewusstseinsbildende Maßnahmen vollzogen. Es gibt Maßnahmen, die machen die Gemeinden ohne uns, andere wollen unser Bodenordnungsinstrument. Wir versuchen, einfach mit dem passenden Instrument diese Bedürfnisse zu regeln.

Lorig: Wir haben deutschlandweit verschiedene Vorgehensweisen schon lange eingeübt. Im Grundsatz haben wir natürlich überall in den Ländern Abstimmungen mit Gemeinderäten, mit den Bauern und Winzerverbänden und auch den Naturschutzbehörden aber selten hatten wir bisher Fragestellungen mit dem Bürger selbst, d. h. wir sind jetzt in das gleiche Modul reingerückt. Wenn ich das mal wertfrei sage, was Nordrhein-Westfalen mit einem Staatssekretär schon mal erprobt hatte, der jetzt unser Staatssekretär geworden ist: Der hat dann

ganz nüchtern gesagt: „Im letzten Jahr 34 Bodenordnungsverfahren, in diesem Jahr gebe ich die alle frei.“ Das ist ein Wunder, mit einem grünen Staatssekretär hatten wir das so nicht erwartet. Aber im nächsten Jahr erwarte ich für jedes neue Verfahren eine Zustimmung der Bürger zu zwei Drittel nach Köpfen und nach Fläche. Was halten Sie denn davon, würden Sie das in Bayern diskutieren und transportieren wollen?

Spiller: Nein. Grundsätzlich ist es so, dass der Prozess vor dem behördlichen Verfahren zeigt, ob es Sinn macht. Machen wir eine Flurneuordnung oder machen wir keine? Das ist ein Gemeinschaftswerk. Ich habe gelernt, dass ich in so einer wertorientierten Gesprächsführung in der Vorphase keine förmliche Abstimmung mehr brauche. Der Prozess zeigt: Wollen wir das jetzt angehen mit diesen Schlüsselmaßnahmen? Es gibt eine finanzielle Ausstattung, es gibt Projektbeschreibungen, wie das ganze ablaufen soll und der Prozess zeigt dann, das ist machbar oder das ist nicht machbar. Eine förmliche Abstimmung mit Handheben denke ich, ist in so einem Prozess nicht unbedingt notwendig.

Lorig: Ich habe das vorgegeben bekommen. Insofern kriege ich sonst gar kein Verfahren mehr. Und von daher haben wir gesagt, dass wir das mal proben. Wir hatten da schon gewisse Überlegungen und Ängste – jedes Amt hatte da so seine Ängste. Wir haben dann gesagt, wie sollen wir das denn machen? Wie ermitteln wir denn die Akzeptanz? Wir haben noch gar nicht die Eigentümer legitimiert. Wir haben noch gar keinen Zugriff auf Grundbuch und Kataster, weil wir noch gar kein Gebiet abgegrenzt haben. Wir sind im Vorfeld, also muss die Gemeinde da für uns in die Bresche springen und eine solche Abstimmung. Dann bekamen wir zu unserer Überraschung – und jetzt leite ich zu einem anderen Thema über – in dem einen Gebiet 95 % Zustimmung, da hat der Rundfunk sich dazugesetzt und hat gesagt, das ist ja was Interessantes, da kommen wir dazu. Wie hatten gleich den Südwestfunk dabei. Da kam von 100 Leuten 95 – 99 % Zustimmung. Und jetzt ohne ich, was passiert: Wenn jetzt plötzlich überall die Bürger aufstehen und sagen: Prima, wir brauchen nur noch als Bürger

zu fordern mit 90 bis 100 % Zustimmung, dass wir Bodenordnung bekommen. Dann muss die Behörde mal gucken, wo sie das Personal und das Geld hernimmt, um das zu machen. Wir kriegen also eine ganz andere Reaktion. Wie würden Sie sich denn dem stellen? Ich weiß, in Franken wollen die alle Waldflurbereinigung. Wenn da jetzt zehn Gemeinden kommen, die im Grunde genommen mit 100 % Zustimmung oder 95 % und sagen: Das wollen wir aber jetzt sofort! Bitteschön ...

Spiller: Grundsätzlich bin ich der Meinung, wir sollten es soweit es geht ermöglichen. Da gibt es Wege mit Privatisierung und mit Umschichtungen. Aber man kann natürlich nicht alles machen. Je nachdem, wie viel, wie groß sozusagen der Run ist, wird man da auswählen müssen. Aber unsere Leute, die Kollegen sind permanent in ganz Niederbayern oder in jedem Regierungsbezirk vor Ort, sie sind in Kontakt mit den Menschen, mit den Kommunen, mit den Land- und Forstwirten und daraus ergibt sich dann im Gespräch: Können wir das jetzt machen, wie passt das ins Arbeitsprogramm? Natürlich muss auch abgewehrt werden – man kann nicht alles leisten. Ermöglichen ist die erste Maxime, aber man muss auch manchmal „Nein“ sagen. Es hilft nichts – gerade bei der Waldbereinigung werden wir da anfangen. Da muss man natürlich auch auf seine Kapazitäten achten.

Lorig: Vielen Dank!

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit Interview mit Andreas Böer



Lorig: Ich begrüße Herrn *Andreas Böer*, Bürgermeister der Stadt Reichenbach in der Oberlausitz. Wir gehen nun von den Projekten aus, die Sie persönlich mitgestalten können in einer Region. Nimmt man denn als Bürger einer kleineren Stadt – dazu zähle ich jetzt mal die Stadt Reichenbach - bei innovativen Projekten das ähnlich wahr, wie die Wut-Bürger im Prozess „Stuttgart 21“?

Böer: Ja, wir wollten ja nicht mehr vom Wut-Bürger sprechen, sondern vom Mut-Bürger. Und ich setze noch einen drauf: Eigentlich ist das ein Mitmach-Bürger. Sicherlich gibt es da ganz Renitente, die immer meckern, aber ich denke, es ist wichtig, dass die auch einen Anstoß geben. Und das aufzunehmen ist ganz entscheidend, ich habe das ganz hautnah vor kurzem erlebt: Es ging um den notwendigen Umbau der Mittelschule – also, was woanders Realschule heißt, heißt ja in Sachsen Mittelschule – und plötzlich war das eben nicht wie bei „Stuttgart 21“ mein Bahnhof, sondern es war meine Schule. Und wer kann über seine Schule nicht mitreden. Was 75 Jahre immer funktioniert hat, muss jetzt auch weiter funktionieren, auch wenn es neue Anforderungen gibt. Da war natürlich richtig Stimmung im Schiff. Wenn dann der ehemalige Schuldirektor sich an die Spitze der Bewegung stellt und meint, ich habe hier 30 Jahre unterrichtet – es war immer klasse, die Kinder waren immer zufrieden und besonders die Eltern und deren Großeltern -, dann wird das schon eine schwierige Situation, die auch den Gemeinderat zu einer Zerreißprobe bringt, wie ich sie eigentlich selten erlebt habe. Der Umgang

ist letztendlich so gewesen: Nachdem sich alle darauf gestürzt haben, auch die, die damit nichts zu tun hatten, wie die Presse, dass wir einfach den Prozess noch einmal angehalten haben. Wir haben gesagt: Was ist da, was ist notwendig, was könnt ihr, was wollt ihr? Wir haben es in einem sehr schwierigen Prozess geschafft diese hohe Identifikation des Einzelnen mit diesem Ort in das Projekt einzubringen. Das Projekt hat sich total verändert – es ist aber das Ziel erreicht worden, nämlich der Zugewinn der Räume für bestimmte Unterrichtsfächer. Das ist eigentlich das Entscheidende gewesen, aussehen tut das ganz anders. Jetzt gehen wir in die Realisierungsphase und im Moment ist das, was erst das Fremdprojekt war, plötzlich das Projekt jedes Einzelnen.

Lorig: Wenn Sie jetzt es bewerten könnten, wie würden Sie denn in Zukunft machen? Würden Sie denn da von vornherein versuchen, aktive Bürgerpartizipation zu gestalten oder würden Sie immer wieder versuchen, Ihr Projekt zuerst mal so zur Reife zu bringen und dann nachzuarbeiten?

Böer: Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir frühzeitig, wenn die Idee ist, die Bürger einbeziehen und auf die verschiedenste Art und Weise informieren. Dabei ergibt sich oftmals, dass ein ganz anderes Projekt schon im Vorfeld entsteht. Also, ich kann mich gut an eine Situation erinnern: Umgestaltung eines ehemaligen Gutskomplexes in einem, ja fast sterbenden, Ort mit damals 50 Einwohnern. Ein Teil hat gesagt, reißt es ab, lasst ein Biotop daraus werden – das war es eigentlich schon, da hat die

DDR dafür gesorgt. Und andere haben gesagt, ich habe hier gewohnt. Das sind in diesem Gutskomplex bis zu 18 Familien nach dem Krieg eingewohnt worden und die hingen natürlich alle dran. Und als wir mit denen gesprochen haben: was haben die erlebt, und was kann man dort machen – ist eigentlich ein ganz neues Projekt draus entstanden, was inzwischen funktioniert. Und, ich denke, auf die Art und Weise ist es relativ einfach, das zu machen, weil die Idee des Bürgers, des Nutzers, des unmittelbar Betroffenen einbezogen wird und so das Projekt zwar langsamer meistens wächst, auf einem komplizierteren Weg wächst, aber im Interesse des Bürgers wächst. Das gelingt nicht immer, das ist klar. Ich denke, dass Gemeinderäte und auch Bürgermeister auch manchmal Ideen haben und die der Bürgerschaft laut sagen, aber wir müssen viel sensibler werden, als das bisher ist. Wir reden auch von einer Mitmachgesellschaft – und wo geht das besser als im ländlichen Raum, wo es relativ überschaubar ist, wo wir die Bürger kennen, wo der Kontakt relativ eng ist.

Lorig: Vor drei Jahren habe ich mich rumgeplagt mit einem neuen Begriff und einer neuen Technik zusammen mit der Landwirtschaft, nämlich mit „Open Space“-Prozessen und gelernt, dass es äußerst schwierig ist, wenn plötzlich zehn Leute irgendwo ein Schild aufstellen und man an irgendeiner Stelle zu diskutieren beginnt, wie in Speakers' Corner und an anderer Stelle eben auch nicht. Können wir uns vorstellen, dass in Gemeinden – man nennt es dann jetzt anders vielleicht – online-basierte offene Planungswerke entstehen, wo die Prozesse einer Gemeinde auf diese Welt der Zukunft, die es vor zehn Jahren oder vor zehn Jahren plus x überhaupt noch nicht gegeben hat, gestaltet werden oder bleibt es auch für die Region aus der Sie kommen, ein Phantom?

Böer: Vorstellen kann ich mir vieles, u. a. auch das. Ich denke aber, das ist auch ein Generationsproblem, weil Sie gerade Landwirte angesprochen haben. Die, die dort aktiv sind, sind meistens in einer Generation, für die das wirklich ein Fremdwort ist. Und ich sage, für mich ist es teilweise auch noch ein Fremdwort. Wichtig ist mir – und davon lebt der ländliche Raum meines Erachtens nach ganz stark – die unmittelbare, direkte Kommunikation. Und ich denke, die sollten wir nicht zugunsten moderner oder modernistischer Verfahren aufgeben. Ich halte ganz viel davon, dass wir den Bürgerkontakt vorantreiben und dort natürlich in vollem Umfang versuchen, den Bürgern das auch deutlich zu machen, was wir wollen und wo Planung hingehen soll und sie dadurch frühzeitig einbeziehen.

Lorig: Vielen Dank!

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Wunsch und Wirklichkeit Interview mit Gerlinde Augustin



Lorig: *Frau Augustin*, Sie sind Geschäftsführerin der Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten und sicher vielen auch bekannt. Wir wissen, die bayerischen Schulen sind hervorragend aufgestellt, denn auch die rheinland-pfälzischen Bürgermeister fahren hierher und sagen mir immer: Die haben das Ohr am Puls der Zeit und sind Schrittmacher. Und von daher ist natürlich die knallharte Frage: Haben Sie jetzt ganz andere Schulungsinhalte seit „Stuttgart 21“? - Wie haben Sie reagiert?

Augustin: Ich bedanke mich für das Kompliment, dass wir Schrittmacher sind – wunderbar. Stuttgart 21 – das beobachtet man aus der Presse und dem Fernsehen. Ich denke mir dann: Was ist da jetzt passiert? Gibt es dieses Konfliktpotential auch in unseren ländlichen Gemeinden? Müssen wir achtsam sein und die Verfahrensabläufe ändern? Unser Aufgabenbereich ist ein anderer. Wir konzentrieren uns ja auf die kommunale Entwicklung. Wir wollen Gemeinden unterstützen, dass sie ihre Lebensqualität halten können und wir arbeiten mit den Bürgern rechtzeitig und von Beginn an. Das Thema „Stuttgart 21“ berührt uns also nur am Rande. Ich habe mir dann schon überlegt, ob wir neue Angebote brauchen. Und dann lässt man die letzten Jahre Revue passieren und stellt fest, dass einige Bürgermeister auf uns und auf mich persönlich zugekommen sind und gesagt haben: Ja, wie nehme ich denn den Bürger mit, wie mache eine transparente Kommunalpolitik? Eigentlich will ich ja gar nicht. Es war früher viel schöner, aber ich weiß es, ich muss. Ich schreite voran, bin die drei Züge voraus,

und mein Gemeinderat kommt gerade noch so mit, aber meine Bürger nicht. Und das hat uns natürlich veranlasst, auch schon vor „Stuttgart 21“ darüber nachzudenken:

Liegen wir mit unseren Inhalten und Angeboten richtig, denn auch die ländliche Gesellschaft hat sich verändert. Deshalb haben wir neue Angebote konzipiert wie Change Management oder Führungsstile im Zeitalter des Wandels, um Führungskompetenzen und Konfliktkompetenzen zu vermitteln. Mit unseren gemeindebezogenen Klausurtagungen dagegen sind wir ganz nah an Themen und Problemen der Kommunen und versuchen schon im Vorfeld Konflikte durch Kommunikation zu lösen bzw. zu entschärfen.

Lorig: Bieten Sie denn spezielle Programme an für Prozessverantwortliche und Prozessgegner und wissen Sie eigentlich überhaupt vorher, wen Sie schulen?

Augustin: Wir wissen das natürlich nicht genau, wen wir schulen – da sind wir ganz stark auf die Bürgermeister angewiesen und auf meine Moderatoren, die ich im Vorfeld auswähle, die sehr viele Kompetenzen mitbringen, sehr viele fachliche Kompetenzen aber auch methodische Kompetenzen. Und die gehen in die Gemeinde und bitten um ein Vorgespräch. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es nicht nur eine Person sein darf, mit der das Vorgespräch geführt wird. Der Bürgermeister allein kann einen hinteres Licht führen. Und meine Erfahrung ist, viele Bürgermeister wollen keine Probleme formulieren, sie verdrängen sie sogar oder

artikulieren vorhandene Konflikte nicht als Solche. Deshalb legen wir in der Vorbereitung von Seminaren größten Wert, dass mehrere Personen mit dabei sind, dass man Stimmungen aufspürt und erfährt und dann versucht, miteinander zu klären, um was es im Seminar geht und wie die Einstellungen der einzelnen Personen sind, Welchen Personenkreis man mitnehmen soll und wen man ansprechen muss. Da sind wir natürlich auch vom Bürgermeister abhängig, der neben dem Gemeinderat auch die Vereinsvorstände, die Landwirte, die Jugend – ganz wichtig und vor allem die jungen Frauen ins Seminar einladen soll. Die sorgfältige Vorbereitung des Seminar ist die Basis für einen guten Prozessverlauf.

Lorig: Trainieren Sie denn da vor allem die Sachebene oder wagen Sie sich auch auf das Abstimmen emotionaler Prozesse?

Augustin: Das ist ein schwieriges Feld, eine schwierige Frage, die Sie mir da jetzt stellen. Natürlich diskutieren wir auf der Sachebene – ganz klar. Da sind wir auch befähigt und da sind wir kompetent. Aber Emotionen sind nun mal da und die kann man nicht wegdiskutieren und die sollen auch sein. Emotionen sind notwendig, Emotionen tragen die Informationen – und nur, wenn ich emotional beteiligt bin, bringe ich mich auch ein. Emotion ist eine Triebkraft, das treibt mich an also kann man sie nicht wegtun, nicht ausklammern. Wir wollen in unseren Seminaren natürlich die Emotionen zulassen, um die Motivation zu fördern, aber die Diskussionen erfolgen auf der Sachebene.

Lorig: Vielen Dank.

Podien, Plenum – Eindrücke











Zusammenfassung

Bürgerschaftliches Engagement verlangt neue Sicht- und Handlungsweisen

Zusammenfassung



Sehr geehrte Damen und Herren,

nun erwartet Sie die traditionelle Zusammenfassung der Tagung. Ich möchte sie kurz und bündig machen und versuchen, die für mich und hoffentlich auch für Sie wichtigsten Botschaften herauszustellen. Im Übrigen darf ich auf die schriftliche Dokumentation der Tagung verweisen.

Was nehmen wir von den 14. Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung mit? Mit welchen Erkenntnissen kehren wir heim? Was haben wir gelernt? Wo ist etwas bestätigt und vertieft worden? Was hat beeindruckt? Hochgeistig, spannend und bildungsbürgerlich waren das Einführungsreferat von *Herrn Keupp*, dazu Oberbürgermeister *Malys* grandiose Demonstration eines fachlich versierten und allgemein gebildeten Politikers. Wir haben gehört vom **Unterschied zwischen dem Citoyen und dem Bourgeois** – also dem edlen, gut gestimmten, auf das Allgemeinwohl orientierten Citoyen, den wir uns alle wünschen und dem mehr auf Eigennutz ausgerichteten Bourgeois. Langsam aber sicher sind wir womöglich mehr eine Gesellschaft von „Bourgeois“-Leuten als von Citoyens. *Peter Sloterdijk* hat ja einen noch viel schöneren Begriff gewählt; in seinem Buch „Du musst Dein Leben ändern“ gibt er ein höheres Ziel vor: **Wir sollen erhabene Menschen werden!** Erhabenheit – das wär's. Und falls wir diesen Status erlangen, hätten wir eine sehr schöne Voraussetzung für all das, was *Keupp* gestern gefordert hat.

Ja, was haben wir noch gehört? Wir haben von Pionieren gehört. Das war heute früh die Botschaft von *Herrn Dullinger*: Man braucht Pioniere, so seine Bilder-Show. Menschen bewegen die Welt, Menschen schreiben Geschichte. Dann haben wir gehört – das hat mich dann gleich an den Roman von *Schätzing* erinnert: **Wir brauchen eine „Schwarm-Intelligenz“!** Das ist ja auch ein ganz toller Begriff. Jeder

kann sich darunter etwas vorstellen. Sie kennen ja die Bilder im Fernsehen! Da ist ein Schwarm von Fischen ohne sichtbaren Führer. Aber eigenartigerweise organisieren sie sich wie von selbst und wirken wie gelenkt. Vielleicht brauchen wir so etwas. Und wir brauchen diese wundersame Unterstützung zur Zielführung. Das war das schönste Beispiel von *Herrn Ober* mit dem Schmetterling, von der Entwicklung der hässlichen Raupe zum prachtvollen Schmetterling. Er wollte die Transformation andeuten, die in eine neue Gestalt führt, in seinem Sinne in ein neues Denken, weg vom rein ökonomisch ausgerichteten Denken.

Und wir haben es jetzt gerade auch noch einmal gehört: **Wir brauchen Bildungsstätten**, wir brauchen SDLs, wir brauchen Akademien – ob frei oder unfrei –, auf jeden Fall aber auch „ergebnisoffene“ Behörden. Wenn man Bürger akzeptiert und die Bürgerbeteiligung, dann muss man auch ja dazu sagen, dass man womöglich zu einem ganz anderen Ergebnis kommt, als man sich das selbst vorstellt und erwartet.

Und, noch etwas, bevor ich zu meinen sieben Punkten komme, sehr anschaulich auch heute von *Herrn Ober* dargeboten, es ist die **Inwertsetzung**. Die Region muss zuerst nach innen verkauft werden, bevor man anfängt, nach außen sein Augenmerk zu richten. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Oft fängt man gleich an mit dem nach außen Verkaufen, mit Marketing. Zuerst müssen die Menschen aber selbst ihre Region entdecken und wertschätzen. Nur wer die Ruhe, wer die Gelassenheit zur direkten Wahrnehmung, wer die Achtsamkeit hat, kann auch wieder schätzen, was man hat. Vielleicht muss man manchmal zuerst hinausgehen, um es schätzen zu können, was man daheim hat. Deshalb seine Aussage – wirklich wie ein Schlüsselsatz für mich: **Ohne langfristige Wertschätzung keine langfristige Wertschöpfung!**

Jetzt hat das Bayerische Fernsehen die Dorferneuerungsuntersuchung des Lehrstuhls entdeckt und will dazu auch in Wunsiedel drehen. Und die Journalisten fragen natürlich, gestern auch im Radio: Wieso passiert es, dass Regionen ausbluten, obwohl es da so schön ist? Obwohl es da aktive Bürger gibt – das ist doch eigentlich unverständlich! Und es ist doch ein Armutszeugnis für ein Land, für jedes Volk, wenn es zulässt, dass die Leute nur in die Ballungsgebiete gehen und ländliche Regionen „leerlaufen“. In einer Zeit, in der wir noch nie so reich waren, wie heute! Das können wir nicht einfach so hinnehmen, dass München boomt und boomt und alles teurer wird, so dass ein normaler Bürger gar nicht mehr in München leben kann. Früher war es eine Strafe, nach Krumbach zu gehen, heute ist es ein Glück, weil es dort billiger ist. Also, nur um das einmal darzustellen. Und trotzdem ist es wahrscheinlich immer noch so, dass die Leute sagen: Ja, ich möchte trotz allem lieber in München sein. Warum gehen die jüngeren Ostdeutschen scharenweise weg? Wir können und dürfen das nicht akzeptieren! **Wir müssen es schaffen, vermehrt Arbeitsplätze aufs Land zu bringen!** Ansonsten unterscheiden wir uns in Nichts von Entwicklungsländern – nur, dass wir die dortigen Slums noch nicht haben!

Meine Damen und Herren, all diese Probleme gehen mir im Kopf herum. Wir sind hier gefordert. Jetzt haben wir wenigstens bei dieser Tagung als Motivationsschub mitbekommen, dass es Gott sei Dank immer noch vitale Lebenszeichen und Kräfte gibt, dass z. B. in Nordhalben im Frankenwald Menschen in ihrer Heimat bleiben wollen und nicht aufgeben. Vor diesem Hintergrund die folgenden sieben Punkte:

1. Bürgerschaftliches Engagement kann man aufteilen in Verantwortungsträgerschaft, in Verantwortungsbeteiligung und in Verantwortungsübernahme. Wir haben gehört, es ist dieser Schatz von 35 %, den man natürlich, auch wenn man ländliche Entwicklung betreiben will, entdecken muss, an den man herangehen muss. Die Verantwortungsträger, die haben wir ja sozusagen schon im Kasten. Die man aber nicht auch noch belasten kann. Meistens ist es so, dass jene, die schon ein Ehrenamt haben, noch einmal eins drauf bekommen und noch mal eins, bis sie in der „Lauterbacher Mühle“ landen. Da müssen wir etwas tun, und das haben wir von *Herrn Röbbke* gehört, der ja mit seinen Formulierungen Bilder in unseren Köpfen entstehen ließ. „Vom Sahnehäubchen zum Latte Macchiato“ hat er gesagt. Jeder hat seinen Latte Macchiato vor sich gesehen ..., wenn er rührt und wenn sich dann

der Kaffee mit der Milch vermischt. Das ist ja ein Unterschied, ob es nur oben aufgesetzt ist oder ob es sich vermischt. Und das ist seine Botschaft: Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur Luxus, das ist nicht „nice to have“, sondern das ist das Ferment, das ist heutzutage die Gärung in jeder Kommune. Und er hat dann noch geliefert – und ich glaube, das kann jeder von uns unterstreichen: **Bürgerschaftliches Engagement ist eine Voraussetzung zur Zukunftsbewältigung.** Wenn die Bürger selbst erkennen, dass ihre Häuser leerfallen, dass sie selber mit dazu beitragen oder beigetragen haben, dann ist der wichtigste Punkt der Selbsterkenntnis erreicht. Und, ich habe das wirklich nie vergessen, wie *Richard von Weizsäcker* den *Romano Guardini*-Preis an der Katholischen Akademie bekommen und bei diesem Anlass eine fundamentale Rede gehalten hat. Und er hat, weil auch damals schon Rechtsradikale mit ihren verführerischen markanten Sprüchen und simplen „Wahrheiten“ die Leute beeindruckten, gesagt: „Es ist eine große Chance, wenn Bürger sich selbst mit ihrer Zukunft, mit ihren Situationen beschäftigen. Dann verlieren sie die Angst vor der unbekannteren Zukunft.“ Wenn ich inaktiv bin, dann weiß ich nicht, was auf mich zukommt. Aber wenn ich mich selber in die Problematik hineinbegebe, dann gehe ich ganz anders mit ihr um. Das ist wie bei einer Krankheit – wenn ich sie erkenne und mich damit beschäftige, wird es besser. Darum ist bürgerschaftliches Engagement eine Voraussetzung für das, was *Röbbke* genannt hat, für eine neue Diskussion über Wohlstand, Daseinsvorsorge und ländliche Entwicklung. Wir brauchen bürgerschaftliches Engagement, und wir haben dazu noch zwei schöne Begriffe gehört, unabhängig formuliert: Gestern hat *Röbbke* von „Re-Embedding“ gesprochen. Und heute haben wir von *Herrn Ober* aus der Steiermark die Bezeichnung „Re-Verortung“ gehört. Es geht also darum, die Bürger zu verorten, ihnen Wurzeln zu geben, sie wieder mit ihrem Standort zu verwurzeln. Das bedeutet: **Bürgerschaftliches Engagement ist kein Luxus!**

2. Es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern um beides. Wir brauchen natürlich die Legitimation durch Verfahren, durch Gesetze; da gibt es gar keinen Zweifel, das ist selbstverständlich. Aber wir brauchen zusätzlich die **Legitimation durch Kommunikation** – der eine spielt auf diesem Feld virtuoser, der andere weniger virtuos. Bei *Maly* haben wir gestern den Eindruck gewonnen, dass er überhaupt keine Angst davor hat. Er geht noch lustvoll über den Nürnberger Hauptmarkt und lässt sich von den Leuten

ansprechen. Und er genießt dies sogar; andere haben da eher Probleme. Aber wir brauchen auch diese Kommunikation, so wie wir längst in der Planung auch beides brauchen, die formale und die informelle Planung. Wir haben hierbei noch nie gesagt: Entweder-Oder! Und um diese Kommunikation mit Leben zu erfüllen, haben wir gestern auch die Botschaften vom Nürnberger Oberbürgermeister gehört. Empathie, die Fähigkeit, sich in andere Gedankengänge und Meinungen hineinzusetzen, war ein Lieblingswort von *Maly*, das er auffallend oft gesagt hat. Dann natürlich auch Emotionen, Ehrlichkeit, Transparenz und was dabei ganz, ganz wichtig ist – für uns Fachleute natürlich keine Neuigkeit –, die von vornherein enge und intensive Bürgerbeteiligung. *Herr Spiller* hat es gerade mit seinem Beispiel verdeutlicht. Es gibt eigentlich kein Problem mehr, wenn vorher eine Startphase gemacht worden ist. Es war auch eine Errungenschaft unseres eigenen Geprägeltwerdens. Wir Landentwickler haben früher immer Verfahren aus eigener Beurteilung eingeleitet und haben uns dann gewundert, dass die Leute uns nicht lieben und dass sie dagegen sind. Und heute reden wir vorher mit ihnen und sagen, beschäftigt euch selber mit eurem Dorf und eurer Flur und dann sehen wir ja, ob ihr wollt oder nicht. Also, das ist jetzt unsere Antwort auf das, was jetzt generell gilt, „frühzeitig mit Bürgerbeteiligung beginnen“. Dann kann man Kommunikation mit Leben erfüllen, natürlich zusammen mit Information und Partizipation. Das ist das Einmaleins der Bürgerbeteiligung!

3. Bürgerbeteiligung muss auf allen räumlichen Ebenen stattfinden, also nicht nur auf der Dorfebene, sondern natürlich auch auf der Gemeinde- und fortan immer mehr auch auf der Landkreisebene oder der Ebene der neu formierten Regionen. Ich bin morgen im Landkreis Dachau in einer Mandatsträgerkonferenz, wo wir alle Bürgermeister, alle Kreisräte, alle Gemeinderäte vom ganzen Landkreis Dachau inspirieren und aufmuntern wollen, dass sie jetzt Bürgerforen für den ganzen Landkreis Dachau bilden. Dachau möchte jetzt endlich ein eigenes Selbstbild, ein eigenes Selbstbewusstsein entwickeln, um sich gegenüber dem übermächtigen München zu behaupten. Bürgerbeteiligung – das können aber nicht allein die Gemeinderäte machen, da müssen auch die Bürger mit dabei sein. Wenn es hier Bürger gibt, die sagen, ja ich lebe ja wunderbar in Dachau, ich suche hier nur das billige Haus und habe meinen Arbeitsplatz in München, dann braucht man sich nicht wundern, wenn dieser Landkreis immer mehr seine

eigene Identität verliert. Also, wie kann man Bürgerbeteiligung auf allen räumlichen Ebenen wirksam betreiben? Das ist eine große Aufgabe, die Professionalität erfordert. Bürgerbeteiligung muss inzwischen als große Herausforderung begriffen werden, muss professionell gestaltet und gemanagt werden. Wir brauchen hierzu Koordinierungsstellen. *Frau Benda* ist z. B. die „Kümmerer-Frau“ in der Gemeinde Weyarn; alle möglichen Leute wollen kommen und ihre Anliegen vorbringen und sich aussprechen. Wir brauchen auch Qualifizierung – das hat jetzt gerade ausführlich *Frau Augustin* dargelegt. Wir brauchen u. U. auch Vereine. *Herr Ober* hat in der Steiermark gleich eine Regionalentwicklungs-GmbH gegründet, in der quasi alles enthalten ist und aufgefangen werden kann, sodass nicht immer ganz von vorne angefangen werden muss. Das ist natürlich eine geniale Lösung. Und gerade hat es *Herr Spiller* am Beispiel Deggendorf angesprochen: Wir brauchen auch einen souveränen Umgang mit den Highspeed-Medien; Web 3.0 sagt man bereits. Entsprechend habe ich gestern in meiner Einführung die Bürgerbeteiligung 3.0 – nicht mehr 2.0 – bezeichnet. Also, da müssen wir uns einfach mit diesen neuen Möglichkeiten mehr beschäftigen!

4. Etwas, was mich auch dauernd beschäftigt, ist heute angesprochen worden – *Frau Matuschewski* ist ja da; sie ist neben Frau Standecker und mir bayerische Vertreterin im Beirat für Raumentwicklung. Der Beirat für Raumentwicklung hat sich selbst die Aufgabe gestellt, ein Papier zu verfassen: **Wie kann man die Akzeptanz der Bevölkerung bei Großbauvorhaben herstellen bzw. verbessern? Stuttgart 21 lässt grüßen! Aber es geht vor allem darum, dass der Leitungsstraßenbau jetzt kommt und dabei Riesenproteste befürchtet werden. Es gibt längst die Diskussion, von Anfang an die Bürger einzubeziehen und nicht erst, wenn die Entwürfe von den Fachleuten bereits vorliegen. Oft ist es ja so, dass, wenn Fachleute mit den Entwürfen auftreten, genau das kommt, was *Herr Ober* TINA-Argument genannt hat: „There is no Alternative!“ Das muss uns natürlich zutiefst skeptisch machen, wenn jemand sagt: Da gibt es keine Alternative! Dann ist das ein Grund, innerlich zu streiken; und viele Bürger tun es auch. Wir müssen deshalb durch Bürgerbeteiligung dieses TINA-Totschlagargument unterlaufen, weil die Bürger auch Ideen haben; letztlich gibt es auch immer andere Möglichkeiten. Diese können teurer sein – natürlich –, aber deswegen heißt das ja nicht, dass sie nicht grundsätzlich diskutiert werden sollten. Also bitte daran denken: **Bürgerbeteiligung und****

Bürgerengagement führen oft zu anderen Alternativen und führen auch ebenso oft zu kreativen und damit besseren Lösungen.

5. Vielleicht haben Sie sich gewundert, dass wir Präsident *Nüssel* eingeladen haben. Das war nicht ganz einfach, so einen Wirtschaftsführer hierher zu bringen. *Herr Nüssel* hat uns heute sehr deutlich die Bedeutung der Genossenschaften vor Augen geführt, die längst – teilweise zusammen mit der GIZ – diese deutsche Erfindung weltweit verbreiten: in China, in Laos etc. Voriges Jahr haben wir Vertreter des Genossenschaftsverbands auch bei unserer „Summer School“ in Kambodscha gehabt. Die Genossenschaften sind ein Riesenthema, das man jetzt vorantreiben sollte, um mit ihnen Wertschöpfung in die Region zu bringen sowie **noch viel mehr bürgerschaftliches Engagement zu nutzen und zu wecken**. Wir haben gerade von Bürgerstiftungen gehört als einer Möglichkeit der Co-Finanzierung. Das wäre natürlich auch ein großer Wunsch, denn es gibt ja immer Leute, die viel Geld haben. Nur das, was wir heute über Bürger-Communities gehört haben, darf nicht sein, dass sich Bürger zusammentun und zu der Feststellung kommen, mit der Politik wollen wir absolut nichts mehr zu tun haben. Wir wollen alles selbst regeln. Dann ist schon zu viel passiert und für uns wäre es der „Worst Case“.
6. Es war für mich erstaunlich, dass *Herr Spiller* das, was in der Dorferneuerung gemacht wird, nun als Regionalbudget verkauft. Ich habe das gestern anders verstanden: Das Regionalbudget – vom Bundesministerium gestern verkündet – ist etwas anderes, nämlich genau das, was bisher in Bayern nicht gewollt war. Insofern nehmen wir das auch als positive Botschaft, dass jetzt ein Regionalbudget von Brüssel und von Berlin her vorstellbar ist. Und wenn es kommt, dann ist natürlich **ein Regionalbudget in zweifacher Hinsicht mit bürgerschaftlichem Engagement verknüpft**. Einerseits ist es eine extrem große Anerkennung, dass man den Bürgern zutraut, eigenverantwortlich und selbstverantwortlich ihre Zukunft gestalten zu können. Das kann ein hoher Motivationsfaktor sein. Und andererseits ist ein Regionalbudget zugleich ein Mittel, um bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu stärken und zu unterstützen. Insofern freue ich mich, dass das jetzt kommt. Das gehört für mich zu dem Kapitel, was ich generell nicht nur zum bürgerschaftlichen Engagement sagen will, sondern generell: Wir müssen mehr riskieren! Wir müssen mehr Pilotverfahren machen! Und, Herr Abgeordneter *Muthmann*, gestern hat mich

eine Journalistin wieder gefragt: „Ja, *Herr Magel*, wie retten wir denn Oberfranken?“ Oberfranken besteht ja nicht nur aus Bayreuth und den Festspielen. Da ist ja das Geld vorhanden. Aber wie retten wir z. B. die Region Hof? Das geht doch nur, indem wir im Rahmen eines Pilotprojekts einmal alle Behörden und Akteure zusammenbringen. Ich bin ja gespannt, ob Brüssel das schafft, wenn man die drei Fonds zusammenspannt. Die Absichten gibt es ja jetzt. Für mich steht fest: Wir müssen klotzen und nicht kleckern, sonst werden wir diese Regionen nie in den Griff bekommen und nicht wirklich nach vorne bringen. Da hilft das schönste Bürgerengagement nichts!

7. *Frau Drago* und *Frau Kiehlbrei* haben uns heute das aktuelle Forschungsvorhaben zum Thema „**Neue Beteiligungsmodelle in der Ländlichen Entwicklung**“ vorgestellt. Ich finde das richtig, dass das Ministerium von sich aus auf uns mit diesem Auftrag zukam. Sich verantwortlich zu fühlen, dass nach Ablauf einer Förderperiode nicht plötzlich alles zusammenbricht, das ist fürsorgliches Verwaltungsdenken! Das ist ja der Lackmus-Test, denn wenn alles zusammenbricht, kann man sagen, die Gemeinde und Bürger waren nur auf das Geld aus. Das Prinzip muss sein: Man hilft einer Gemeinde für eine bestimmte Zeit, aber dann soll sie alleine weitergehen und es soll nicht gleich wieder der Ruf nach der nächsten Förderung, z. B. für Ortsumgehung etc. folgen. Das ist eine spannende Geschichte, dazu haben wir ja Einiges gehört, vor allem darüber, dass es darum geht, vorher vorausschauend zu handeln, eine „Exitstrategie“ zu entwickeln, damit es danach alleine weitergehen kann. Wenn man zu spät eingreift, kann man nichts mehr ausrichten. Deshalb muss man von vorneherein die richtigen Leute finden und sie aktivieren, damit diese das Feuer der Begeisterung kompetent weitertragen. Sicherlich sollte vom Bürgermeister noch die bestärkende Anerkennungskultur dazukommen.

Das waren meine sieben Punkte, die ich als wichtigste Eindrücke gesammelt habe. Wir befinden uns jetzt am Schluss dieser Tagung. Wie es sich gehört, bedanke ich mich natürlich bei allen Referenten! Ich bin keiner, der wahllos lobt, da bin ich nicht bekannt dafür. Aber das war dieses Mal schon beste, ja „feinste Sahne“, wie man so locker sagt. Es ist ein Glück, wenn man solche Referenten gewinnt, ein Glück auch, solche Moderatoren, denen ich natürlich ganz herzlich danke.

Ich sage meinem engsten Team ganz herzlich Dank: *Herrn Sebastian Büchs*, der wieder der „General“ gewesen war, *Dr. Michael Klaus*, *Christiane Groß*, *Jorge Espinoza* und *Klaus Spreng*. Und *Nina Kiehlbrei* natürlich, die heute bereits als Referentin aufgetreten ist. Ja, und dann danke ich natürlich unserem engsten Partner, der Hanns Seidel-Stiftung und hier *Silke Franke*, die Gott sei Dank ihre Liebe zum Lehrstuhl nie ablegen kann.

Und jetzt als Letztes: Voriges Jahr wurde ich schon einmal verabschiedet – gleichwohl war ich jetzt heuer wieder da. Das sind eben die Überraschungen, die Hochschulabläufe so bergen. Jetzt scheint es so, dass es diesmal wirklich die letzten Bodenordnungstage waren, die ich geleitet habe. Aber auch hier gilt der bayerische Spruch: „Schau ma mal!“ ...

Schlusswort



Lieber *Holger Magel*,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der 14. Münchner Tage der Bodenordnung
und Landentwicklung,

man denkt, es ist Schluss, und dann tritt doch nochmals einer ans Mikrofon. Aber wir haben ja – es zog sich ein wenig als roter Faden durch – gesehen: Auf die letzte Folie folgt die allerletzte Folie! Also folgt auch auf den letzten Redner der allerletzte Redner, auf die letzte Veranstaltung die allerletzte Veranstaltung. Das haben wir im Übrigen letztes Jahr auch schon gedacht. Deshalb hat damals *Maximilian Geierhos* schon das Schlusswort gesprochen. Wir erinnern uns: Er hat aus der Liturgie zitiert – sehr eindrucksvoll, sehr nachvollziehbar. Ihm hätte auch zugestanden, heute hier das allerletzte Schlusswort zu sprechen. Er ist verhindert und nun habe ich die Ehre und das Vergnügen, noch ein paar Worte zu sprechen.

Früher hat man bei Verabschiedungen die Bitte geäußert: „Seid gut zu den Alten, bevor sie erkalten.“ Das ist Schnee von gestern. Das wissen wir nicht nur durch die vergangenen Tage der Bodenordnung und insbesondere auch seit gestern und heute wieder. Heute gilt, was auch letztes Jahr schon in den Schlussworten von *Maximilian Geierhos* hervorgehoben wurde, was *Holger Magel* und *Alois Glück* ja schon mehrfach geäußert hatten: „Nutzt das Potenzial der Alten!“ Das ist keine Drohung, sondern eine Einladung und ich bin mir sicher, wir werden von Dir hören, lieber *Holger Magel*. Du wirst dafür sorgen – da bin ich mir ebenfalls ganz sicher –, dass wir, und da spreche ich auch als Geodät, weiterhin unseren Blickwinkel immer wieder neu justieren.

Ein wenig mag das vielleicht auch in Deinem Namen *Holger Magel* stecken. Wenn ich mal die Buchstaben *Holger* als Anfangsbuchstaben von

Begriffen nehme, könnten sie gleichsam als Fakt bedeuten: *Holger* organisiert Landentwicklung garantiert erfolgreich. Wenn man *Magel* nimmt, führen sie als Anfangsbuchstaben zu der Feststellung: *Magel* akzentuiert garantiert erfolgreiche Landentwicklung.

Dir also ganz, ganz herzlichen Dank für die vielen kreativen, wunderschönen Tage der Bodenordnung! Wir wünschen Dir für die Zukunft von Herzen alles, alles Gute! Und – noch einmal ein Applaus für Dich ...

Autorenverzeichnis

GERLINDE AUGUSTIN

Geschäftsführerin der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL), Thierhaupten

MDIRIG RAINER BECKEDORF

Stellvertretender Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung

MR LUZ BERENDT

Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Stuttgart

BGM. ANDREAS BÖER

Bürgermeister der Stadt Reichenbach in der Oberlausitz

UNIV.-PROF. DR. FRANK BRETTSCHNEIDER

Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaften, Universität Hohenheim

BERND DAUM

Bürgerinitiative Nordhalben Aktiv, Regierungsbezirk Oberfranken

BEATRIX DRAGO

Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, Bereich Zentrale Aufgaben, München

FRANZ DULLINGER

Geschäftsführer Stop&Go – Regionalentwicklung

DR. THOMAS GENSICKE

TNS Infratest Sozialforschung, Senior Projektleiter Bereich "Familie und Bürgergesellschaft"

UNIV.-PROF. DR. HEINER KEUPP

Emeritus des Lehrstuhls für Sozial- und Gemeindepsychologie an der LMU München, Vorsitzender der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zur Erstellung des Kinder- und Jugendberichts

NINA KIEHLBREI

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung an der TU München

O. UNIV.-PROF. DR.-ING. HOLGER MAGEL

Ordinarius des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung an der TU München

OB DR. ULRICH MALY

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

BGM. JOSEF MEND

Erster Bürgermeister der Stadt Iphofen, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags

ALEXANDER MUTHMANN, MDL

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie des Bayerischen Landtags

MR DR. ULRICH NEUBAUER

Leiter des Referats Entwicklung ländlicher Räume, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

MANFRED NÜSSEL

Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Aufsichtsratsvorsitzender der BayWa AG

LABG. ING. JOSEF OBER

Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, Graz

DR. THOMAS RÖBKE

Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

MARKUS SACKMANN, MDL

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen, Vorsitzender des Runden Tisches Bürgerschaftliches Engagement

DR.-ING. MICHAEL SCHALOSKE

Leiter des Zentrums für Ländliche Entwicklung, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

LTD. BD ROLAND SPILLER

Amtsleiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Niederbayern

PROF. DR. H.C. MULT. HANS ZEHETMAIR

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Teilnehmerverzeichnis

ARZBERGER, Monika B.
Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik, Freising

AUER, Rainer, 1. Bürgermeister
Gemeinde Stephanskirchen

AUGUSTIN, Gerlinde, GF, Dipl.-Geogr.
Schule der Dorf- und Landentwicklung,
Thierhaupten

AUWECK, Fritz, Prof. Dipl.-Ing.
Fakultät für Landschaftsarchitektur,
Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

BÄUML, Norbert, BOR, Dipl.-Ing.
Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Ver-
waltung für Ländliche Entwicklung, München

BECKEDORF, Rainer, MDirigent
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landes-
entwicklung, Hannover

BENDA, Theresia
Gemeinde Weyarn

BERENDT, Luz, MR, Dipl.-Ing.
Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und
Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Stuttgart

BERGBAUER, Klaus, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

BERGNER, Erik, BOR, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

BETZ, Mirjam, Studentin
Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

BIRK, Andreas, TAR
Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben,
Krumbach

BIRNER, Hans-Jörg, 1. Bürgermeister
Gemeinde Kirchanschöing

BIX, Dagmar, Techn. Dezernentin
Bezirksregierung Münster, Coesfeld

BLAUMANN, Carolin, Dipl.-Ing.
Geodätisches Institut, Leibniz Universität Hannover

BOCK, Huberta, BORin, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

BÖER, Andreas, 1. Bürgermeister
Stadt Reichenbach i.d.Oberlausitz

BÖHM, Birgit, Dipl.-Ing.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

BOSSE, Claudia, Dipl.-Ing.
Grontmij GmbH, München

BRÄUER, Theresa, Referendarin, M.Sc.
Landesamt für Vermessung und Geoinformation,
München

BRETTSCHEIDER, Frank, Prof. Dr.
Lehrstuhl für Kommunikations-wissenschaften,
Universität Hohenheim

BRODBECK, Philipp, Referent
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München

BRÖLL, Helmut, Dr. jur.
Stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises
Bodenordnung und Landentwicklung München e.V.

BRUMBERG, Friedrich-Wilhelm, Behördenleiter,
Ltd. BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken,
Ansbach

BRUNDOBLER, Alois, 1. Bürgermeister
Gemeinde Bad Füssing

BÜCHS, Sebastian, Dipl.-Ing.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für
Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München

BUCKA, Dorothee, Leiterin
Freiwilligenagentur Altmühlfranken, Pleinfeld

BURGMAYER, Karl, Dr.
Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und
Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Stuttgart

BÜTTGEN, Eberhard,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
RWTH Aachen

CHIGBU, Chris, Studentin
Technische Universität München

DASCHIEL, Herbert, BR, Dr.-Ing.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

DAUM, Bernd
Bürgerinitiative Nordhalben Aktiv,
Regierungsbezirk Oberfranken

DAUM, Wolfgang, Stadtarchivar
Stadt Wunsiedel

DRAGO, Beatrix, Dipl.-Ing. Arch.
Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Ver-
waltung für Ländliche Entwicklung, München

DRESSEL, Hendrik, 1. Bürgermeister
Stadt Seßlach

DULLINGER, Franz, GF
Stop & Go, Niederalteich

DULLINGER, Julia

EGERER, Lutz, 1. Bürgermeister
Gemeinde Petersaurach

EIBL, Manfred, 1. Bürgermeister
Markt Perlesreut

ENGEL, Albert
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn

ESPINOZA, Jorge, Dipl.-Ing. M.Sc., Program-
Manager, Lehrstuhl für Bodenordnung und
Landentwicklung, Technische Universität München

EWALD, Wolfgang-Günther, MR, Dipl.-Ing.,
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

FABER, Stefan, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken,
Ansbach

FALTERMEIER, Matthäus
1. Bürgermeister, Gemeinde Elsendorf

FECHTER, Christian, Dipl.-Geogr.
Grontmij GmbH, München

FEDERHOFER, Josef, 1. Bürgermeister
Stadt Hauzenberg

FEY, Reiner, Dipl.-Ing., Stellvertr. GF
Gründungsgemeinschaft Waldgenossenschaft
Propsteier Wald, Eschweiler

FISCHER, Hans, 1. Bürgermeister
Gemeinde Schwebheim

FLECKE, Stefanie
Hessisches Landesamt für Bodenmanagement
und Geoinformation, Wiesbaden

FRANKE, Silke, Dipl.-Geogr.
Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
FRIEDRICH, Angelika

GEIERHOS, Maximilian, MDirigent
Dipl.-Ing., Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München

GEIERHOS, Susanne, Praktikantin
bbv-LandSiedlung GmbH, München

GEIGER, Julia, Referendarin, M.Sc.
Landesamt für Vermessung und Geoinformation,
München

GENSICKE, Thomas, Dr.,
Senior Projektleiter, TNS Infratest Sozialforschung,
München

GESSNER, Mathias, Amtsleiter
Amt für Landentwicklung und
Flurneuordnung Gotha

GIBIS, Max, 1. Bürgermeister
Gemeinde Mauth

GOLLWITZER, Thomas, Behördenleiter, Dipl.-
Ing., Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

GRAF, Martina, Studentin
Technische Universität München

GRESSLER, Bernd, BD, Dipl.-Ing.
Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten,
Umwelt und Naturschutz, Erfurt

GRÖMER, Helga, Direktorin
Bildungshaus Katholische Landvolkshochschule
St. Gunther, Niederalteich

GROSS, Christiane, Dipl.-Ing.,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lehrstuhl für
Bodenordnung und Landentwicklung, Technische
Universität München

GROSS, Stefanie, Studentin
Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

GUBE, Ruth Hanne, 1. Bürgermeisterin
Gemeinde Geldersheim

HAAS, Ursula, 1. Bürgermeisterin
Gemeinde Taching a.See

HABERGER, Konrad, Dipl.-Theologe
Katholische Landvolkshochschule St. Gunther,
Niederalteich

HACKBARTH, Julia, Verw.-Fachwirtin
Markt Eisenfeld

HEEP, Torsten
Hessisches Landesamt für Bodenmanagement
und Geoinformation, Wiesbaden

HEIDENREICH, Andrea
Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung
und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg, Stuttgart

HEINRICH, Markus, Verwaltungsrat
Gemeinde Aschau i.Chiemgau

HENNEMANN, Andreas, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

HENSOLD, Claus
Bayerisches Landesamt für Umweltschutz,
Augsburg

HEPPLE, Anton, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Behördenleiter, Amt für Ländliche Entwicklung
Oberfranken, Bamberg

HILDMANN, Philipp W., Dr.
Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

HILLINGER, Kurt, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

HIRSCHBICHLER, Ottmar
1. Bürgermeister, Markt Wallersdorf

HÖCHERL, Birgit, 1. Bürgermeisterin
Stadt Schönsee

HOISL, Richard, Univ.-Prof. em. Dr.-Ing.
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München, Erding

HOLLY, Ludwig, Dipl.-Ing., Fachjournalist
Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt,
Feldkirchen

HOLZMANN, Josef, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

HOPPE, Harald, MR, Dr.
Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
des Landes Brandenburg, Potsdam

HUBER, Johann, Präsident, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben,
Krumbach

JUNGWIRTH, Maximilian, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken,
Würzburg

JURGOVSKY, Johann, 1. Bürgermeister
Gemeinde Aufhausen

KÄHNE, Thomas, Dipl.-Ing.
Grontmij GmbH, Meiningen

KÄSTEL, Maik, Referent
Sächsisches Landesamt für Umwelt,
Landwirtschaft und Geologie, Dresden

KAILER, Robert, 2. Bürgermeister
Gemeinde Höslwang

KAPPLER, Anne
Hessisches Landesamt für Bodenmanagement
und Geoinformation, Wiesbaden

KAPPLER, Torsten
Wohratal

KARL, Annette, MdL
Stellvertr. Landesvorsitzende der Bayern SPD,
Neustadt/WN

KARMANN, Horst, Dr.-Ing.,
Akad. Direktor a.D., Lehrstuhl für Bodenordnung
und Landentwicklung, Technische Universität
München

KEUPP, Heiner, Prof. em. Dr.
Lehrstuhl für Sozial- und Gemeindepsychologie,
LMU München, Unterschleißheim

KIEHLBREI, Nina, Dipl.-Geogr.,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lehrstuhl für
Bodenordnung und Landentwicklung, Technische
Universität München

KIESSLING, Wolfgang, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken,
Bamberg

KISCH, Bernhard, 1. Bürgermeister
Gemeinde Wilburgstetten

KLAUS, Michael, Akad. ORat, Dr.-Ing.
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München

KLIEWER, Carsten, Ltd.VD
Landesamt für Geoinformation und Land-
entwicklung, Northeim

KLINGE, Ludger, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben,
Krumbach

KOHLHAMMER, Matthias, Amtsleiter, Dipl.-Ing.,
Amt für Bodenmanagement, Fulda

KÖPFER, Joseph, Ltd.MR, Dr.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

KRAMMER, Irmgard, 1. Bürgermeisterin
Stadt Gerolzhofen

KRIEGER, Roland, 1. Bürgermeister
Markt Pfaffenhausen

KUNNEN, Beate, OVRin, Dipl.-Ing.
Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten,
Umwelt und Naturschutz, Erfurt

KUNST, Tobias, MR, Dipl.-Ing.
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
München

KUNZ, Angela, Dr.
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Land-
wirtschaft und Geologie, Dresden

LANGE, Olaf, Dipl.-Ing.
Ingenieurbüro RMK Freising

LAUER, Thomas, Dipl.-Ing.
Bayerischer Landesverein für Heimatpflege,
München

LICHTENTHAL, Reinhard, Ltd.RD, Dipl.-Ing.,
Waldrach

LIEBL, Hubert, Dipl.-Ing.
Architekturbüro Liebl, Tännenberg

LINZER, Helena, Dipl.-Ing.
Technische Universität Wien, Department für
Raumentwicklung, Infrastruktur und Umwelt-
planung, Wien, Österreich

LISCHKA, Manuel, GF, M.A.
LAG Brückenland Bayern-Böhmen, Schönsee

LÖHNER, Albert, Landrat
Landkreis Neumarkt

LORIG, Axel, MR, Prof., Dipl.-Ing.
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Ernährung, Weinbau und Forsten, Mainz

LÜDTKE, Jens, Amtsleiter
Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung,
Gera

MAGEL, Holger, Univ.-Prof., Dr.-Ing.
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München

MAI, Brunhilde
Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen
Verwaltung für für Ländliche Entwicklung, München

MAIR, Joachim, BD
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken,
Würzburg

MALY, Ulrich, Dr., Oberbürgermeister
Stadt Nürnberg

MASUM, Fahria, Dr.-Ing. M.Sc.
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München

MATUSCHEWSKI, Anke, Prof., Dr.
Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie, Universität
Bayreuth

MEINDL, Rolf, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

MEISTER, Albert
bbv-LandSiedlung GmbH, München

MEITINGER, Franz X., 1. Bürgermeister, Gemeinde
Mittelneufnach

MEND, Josef, 1. Bürgermeister
Stadt Iphofen

MERFORT, Sebastian, Dipl.-Ing.
Grontmij GmbH, München

MEVERT, Fritjof Hans, RD
Hessisches Landesamt für Bodenmanagement
und Geoinformation, Wiesbaden

MEYER, Thomas, LVD, Dipl.-Ing.
Landratsamt Ludwigsburg,
Bietigheim-Bissingen

MICHAELI, Mark, Prof., Dipl.-Ing.
Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt
und Land, Technische Universität München

MITTERSTÖGER, Thomas, Dipl.-Ing.
Amt Niederösterreichische Landesregierung,
St. Pölten, Österreich

MÖRTL, Ludwig, Altbürgermeister
Andechs

MÜLLER, Heiner, Chefreporter
Bayerischer Rundfunk, München

MUNZ, Bernd, GF, Dipl.-Geogr.
LARS consult GmbH, Memmingen

MUTHMANN, Alexander, MdL, Stellvertr. Vor-
sitzender des Ausschusses für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Baye-
rischen Landtag, München

NEUBAUER, Ulrich, Dr., MR
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz, Berlin

NÜSSEL, Manfred, Präsident
Deutscher Raiffeisenverband, Berlin

OBER, Josef, Dipl.-Ing., Abgeordneter
des Steiermärkischen Landtags,
Graz, Österreich

OSWALD, Georg, Dipl.-Ing., Architekt
Kirchdorf i.Wald

PAULUS, Stefan, 1. Bürgermeister
Gemeinde Knetzgau

PAUSCH, Reinhard, Dr.
Staatliche Führungsakademie für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, Landshut

PAVONI, Luciana, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

PELZER, Michael, 1. Bürgermeister
Gemeinde Weyarn

PERZL, Willi, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg

PFEIFFER, Mirjam, Studentin
Technische Universität München

PORZELT, Ottmar, Behördenleiter, Ltd.BD,
Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken,
Würzburg

PREISSINGER, Wilhelm, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben,
Krumbach

PREYSING, Georg von, Dipl.-Ing.,
1. Bürgermeister, Gmund a.Tegernsee

PRIMOSCH, Stefan, LandesGF, Mag.
Kärntner Gemeindebund, Klagenfurt, Österreich

RAIDEL, Hans, Bürgermeister a.D.
Öttingen

RAUM, Georg, Präsident, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

REIF, Reinhard, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern,
Landau a.d.Isar

REISSMANN, Uwe, 1. Bürgermeister
Markt Lichtenau

RICHTER, Kathrin, Praktikantin
Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

RILL, Leonhard, MR, Dipl.-Ing.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

RITTLER, Georg, 1. Bürgermeister
Gemeinde Pliening

RITZINGER, Anne, Dipk.-Geogr.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lehrstuhl für
Bodenordnung und Landentwicklung, Technische
Universität München

RÖBKE, Thomas, Dr., GF
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Bayern, Nürnberg

ROMMEL, Knut, Ltd.VD, Amtsleiter
Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung,
Meiningen

ROSENBECK, Johann, Dr. Geschäftsführer
Schule der Dorf- und Landentwicklung
Abtei Plankstetten, Berching

ROTT, Josef, RegBaumeister, Dr.-Ing.
Oberste Baubehörde im Bayerischen Staats-
ministerium des Innern, München

ROTTENWALLNER, Katharina
1. Bürgermeisterin
Gemeinde Altfraunhofen

SACKMANN, Markus, MdL, Staatssekretär
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit,
Sozialordnung, Familie und Frauen, München

SCHALK, Stefan, 1. Bürgermeister
Gemeinde Mettenheim

SCHALLER, Angelika, RRin, Dr.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

SCHALOSKE, Michael, Dr.-Ing.
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Land-
wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz,
Düsseldorf

SCHILDBACH, Christian, RD, Dipl.-Geogr.
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München

SCHILLING, Udo, Vorsitzender
RAG LEADER Wartburgregion, Moorgrund

SCHMIDT, Susanne, Dr.
Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

SCHMUCKER, Hans-Peter, BD,
Dipl.-Ing., Amt für Ländliche Entwicklung
Oberpfalz, Regensburg

SCHNEIDER, Heinrich, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München

SCHNEIDER, Thomas, 1. Bürgermeister
Gemeinde Röttenbach

SCHNELL, Georg, 1. Bürgermeister
Gemeinde Tagmersheim

SCHÖNBERGER, Josef, Dipl.-Ing.
Architekturbüro Schönberger, Tannesberg

SCHÖNER, Maximilian, 1. Bürgermeister
Markt Kösching

SCHRADER-BÖLSCHE, Nadine
Technische Universität Kaiserslautern

SCHRANK, Janine
Amt für Bodenmanagement Marburg,
Kirchhain

SCHULTEN, Marc Lucas, Dipl.-Ing.
SSR Schulten Stadt- u. Raumentwicklung,
München

SCHWARZ, Gudrun
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadt-
entwicklung, Berlin

- SELZ, Peter, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern,
München
- SIEGLER, Gerhard, 1. Bürgermeister
Markt Weidenbach
- SPILLER, Roland, Behördenleiter, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern,
Landau a.d.Isar
- SPINDLER, Karl, Dipl.-Ing.
Planungsbüro Spindler, Kastl
- SPITTHÖVER, Jörg, ÖbVI, Dipl.-Ing.
Essen
- SPRENG, Klaus, Assessor, Akad. Rat a.Z.,
Dipl.-Ing.
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Technische Universität München
- STEFFENHAGEN, Pia, Dr., Wissenschaftliche
Mitarbeiterin, Institut für Umweltplanung,
Leibniz Universität Hannover
- STEINBRECHER, Ingo, BOR, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken,
Ansbach
- STEMMER, Franz, GF
bbv-LandSiedlung GmbH, München
- STEPPERT, Jochen, 1. Bürgermeister
Gemeinde Kirchlauter, Ebelsbach
- STERZER, Eberhard, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern,
Landau a.d.Isar
- STOCKWALD, Michael, VD, Dr.-Ing.
Landesamt für Vermessung und Geoinformation,
München
- STRAHLLECHNER, Norbert,
1. Bürgermeister, Markt Gars a.Inn
- STUMPF, Michael, Ltd.BD, Dr.-Ing.
Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Ver-
waltung für Ländliche Entwicklung, München
- THIEMANN, Karl-Heinz, Prof., Dr.-Ing.
Professur für Landmanagement, Universität der
Bundeswehr München, Neubiberg
- THURNHUBER, Klaus, 1. Bürgermeister
Gemeinde Warngau
- THURMAIER, Christian, BOR, Dr.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern,
Landau a.d.Isar
- TRUX, Petra, BRin, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz,
Regensburg
- UNHOCH, Thomas, 1. Bürgermeister
Gemeinde Schnelldorf
- UNVERDORBEN, Gudrun,
1. Bürgermeisterin, Markt Bad Endorf
- VORHOLT, Ulrich, Vorstand
Landesamt für Geoinformation und Land-
entwicklung Niedersachsen, Hannover
- WAGNER, Reinhard, Abteilungsleiter
Landesamt für Geoinformation und Land-
entwicklung Baden-Württemberg, Stuttgart
- WALDMANN, Michaela,
Verwaltungs-Amtsärztin,
Landkreis Ostallgäu, Marktoberdorf
- WARTNER, Helmut, Dipl.-Ing.
Wartner & Partner Landschaftsarchitekten
und Stadtplaner, Landshut
- WEGNER, Martina, Prof., Dr.
Fakultät für Angew. Sozialwissenschaften,
Hochschule München
- WEIN, Josef, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Staatliche Führungsakademie für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, Landshut
- WEISS, Helmut, Ltd.VD, Dipl.-Ing.
LGLN Regionaldirektion Sulingen
- WENIG, Alois
- WEYERER, Werner, 1. Bürgermeister
Gemeinde Aschau i.Chiemgau
- WIESEND, Regine, Dipl. oec. troph.
Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
- WILDGRUBER, Hubert, 1. Bürgermeister
Gemeinde Oberaudorf

WILKENS, Manfred, GF, Dipl.-Soz. Päd.
Katholische Landvolkbewegung München

WIMMER-FOHRY, Michael
Freie Wähler Landtagsfraktion, Bayerischer
Landtag, München

WIRTH, Georg, Präsident, Dipl.-Ing.
Staatliche Führungsakademie für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, Landshut

WÖCKENER, Ulf, Referent
Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt,
Halle a.d.Saale

WU, Chin-Yi, Student
Technische Universität München

WÜRZL, Rudolf, Ltd.BD, Dipl.-Ing.
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, München

ZEHETMAIR, Hans, Staatsminister a.D.,
Prof., Dr. h.c. mult., Vorsitzender der Hanns-Seidel-
Stiftung e.V., München

ZEHM, Andreas, Dr.
Landesamt für Geoinformation und Land-
entwicklung Baden-Württemberg, Stuttgart

ZETTLER, Lothar, Prof., Dr. Dr.
LARS consult GmbH, Memmingen

ZILKER, Wolfgang, BD, Dipl.-Ing.
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, München

ZIESEL, Dieter, Referatsleiter
Landesamt für Geoinformation und Land-
entwicklung Baden-Württemberg, Stuttgart

ZWICKER, Alexander, BD, Dipl.-Ing.
Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken,
Ansbach

**Bisher erschienene Hefte der Materialiensammlung
des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung
der Technischen Universität München**

- * Heft 1/1977
Dorferneuerung in der Flurbereinigung
Fortbildungsseminar des DVW vom 18.–22. April 1977 in München

- * Heft 2/1977
Erstes Kontaktstudium Flurbereinigung für die Bayerische Flurbereinigungsverwaltung im
Wintersemester 1975/76 | zugleich erschienen als Heft 29/1977 der »Berichte aus der Flurbereinigung«

- Heft 3/1980
Dorferneuerung in der Flurbereinigung
12. und 13. DVW-Seminar vom 23.–27. Oktober 1978 und vom 26.–30. März 1979

- * Heft 4/1980
Zweites Kontaktstudium Flurbereinigung im Wintersemester 1977/78 | zugleich erschienen als
Heft 33/1980 der »Berichte aus der Flurbereinigung«

- Heft 5/1981
M. Stumpf – Lösungsansätze zur Verbesserung des Öffentlichkeitsbezuges im Flurbereinigungs-
verfahren (Dissertation)

- Heft 6/1982
Drittes Kontaktstudium Flurbereinigung im Wintersemester 1979/80

- Heft 7/1983
A. Heinzlmeir – Landwirtschaftlicher Bodenmarkt und Bodenpreis –
Ein Beitrag zur Klärung des Einflusses der Flurbereinigung (Dissertation)

- * Heft 8/1987
R. Hoisl; W. Nohl; S. Zekorn; G. Zöllner – Landschaftsästhetik in der Flurbereinigung –
Empirische Grundlagen zum Erlebnis der Agrarlandschaft | zugleich erschienen als Heft 11 der
»Materialien zur Flurbereinigung« –

- * Heft 9/1988
H. Karmann – Ökonometrische Bestimmung der Einflußgrößen auf Bodenpreis und Bodenmarkt
landwirtschaftlich genutzter Flächen in der bayerischen Flurbereinigung (Dissertation)

- Heft 10/1989
A. Heinzlmeir – Das Eigentum am landwirtschaftlichen Boden –
eine rechts- und wirtschaftsgeschichtliche Einführung in die Entwicklung Altbayerns

- * Heft 11/1989
H. Stützer – Computerunterstützte Bearbeitung der Bodenordnung in der Flurbereinigung
unter besonderer Berücksichtigung der Datenverwaltung (Dissertation)

- * Heft 12/1989
G. Zöllner – Landschaftsästhetische Planungsgrundsätze für die Flurbereinigung
und ihre Vereinbarkeit mit ökologischen und ökonomischen Anforderungen (Dissertation)

- * Heft 13/1989
R. Hoisl; W. Nohl; S. Zekorn; G. Zöllner – Verfahren zur landschaftsästhetischen Vorbilanz –
Abschlußbericht eines Forschungsvorhabens | zugleich erschienen als Heft 17 der »Materialien zur
Ländlichen Neuordnung«

- Heft 14/1991
R. Hoisl; W. Nohl; S. Zekorn-Löffler – Verprobung des Verfahrens zur landschaftsästhetischen Vorbilanz
zugleich erschienen als Heft 27 der »Materialien zur Ländlichen Neuordnung«

- Heft 15/1992
F.-J. Meuser – Europäische Fachtagung Flurbereinigung 1988 – Analyse der Ergebnisse (Diplomarbeit)

- Heft 16/1994
R. Hoisl; K. Nadolski – Computerunterstützte Bearbeitung der Bodenordnung
in Verfahren der Ländlichen Entwicklung – Zwei Forschungsberichte

- * Heft 17/1996
Die Zukunft des ländlichen Raumes und der Ländlichen Entwicklung. Workshop an der TU München

- * Heft 18/1997
Bodenordnung und Landentwicklung. Festschrift für Richard Hoisl zum 65. Geburtstag

- Heft 19/1997
R. Hoisl; W. Nohl; P. Engelhardt – Naturbezogene Erholung und Landschaftsbild –
Eine Zukunftsaufgabe der Ländlichen Entwicklung – Schlußbericht | zugleich erschienen in »Ländliche
Entwicklung in Bayern« Berichte 73/1997

- Heft 20/1998
Umstrukturierung ländlicher Gebiete in Polen zur Anpassung an EU-Standards
Polnisch-deutsches wissenschaftliches Symposium in Olsztyn

- Heft 21/1999
F. Schlosser – Ländliche Entwicklung im Wandel der Zeit – Zielsetzungen und Wirkungen (Dissertation)
zugleich erschienen als Heft 36 der »Materialien zur Ländlichen Entwicklung«

- Heft 22/1999
Neuntes Kontaktstudium »Regionale Landentwicklung in Theorie und Praxis«
vom 19.-21. April 1999 in Ansbach

- Heft 23/1999
Gegenwarts- und Zukunftsaspekte der Bodenordnung und Landentwicklung
25 Jahre Lehre und Forschung in Bodenordnung und Landentwicklung an der Technischen Universität
München

- Heft 24/2000
Dorferneuerung vor neuen Herausforderungen
2. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 10./11. April 2000

- Heft 25/2001
Haushälterisches Bodenmanagement – Herausforderungen an eine nachhaltige Stadt- und Landentwicklung
3. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 19./20. März 2001

- Heft 26/2002
Chr. Thurmaier – Einsatz von GIS-Technologien in der Landentwicklung –
Effizienz- und Qualitätspotentiale vor dem Hintergrund von Verwaltungsreformen (Dissertation)

Heft 27/2002

Vom Biotop- zum ganzheitlichen Ressourcenschutz – Neue Herausforderungen an die Landentwicklung in Deutschland | 4. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 18./19. März 2002

Heft 28/2003

Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum – Dorf- und Flurentwicklung im Zeichen von Bodenverbrauch und Ressourcengefährdung – 5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 17./18. März 2003

Heft 29/2003

M. Klaus – Nachhaltigkeit durch Landentwicklung – Stand und Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung (Dissertation)

Heft 30/2004

Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land. Festschrift zum 60. Geburtstag von Holger Magel

Heft 31/2004

M. Markstein – Instrumente und Strategien zur Baulandentwicklung und Baulandmobilisierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz – ein methodischer Vergleich mit Entwicklungsvorschlägen für das Instrumentarium zur Baulandentwicklung in Deutschland (Dissertation)

Heft 32/2004

Nachhaltige Entwicklung und (Boden-)Ordnung in Stadt und Land
6. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung, Festkolloquium am 3. Mai 2004

Heft 33/2005

W. Heintl – Integrative Nachhaltigkeit – Erweitertes Orientierungswissen für nachhaltige Entwicklung am Beispiel der Lokalen Agenda 21 (Dissertation)

Heft 34/2005

„Ärmer, älter, bunter“ – Zur Zukunft ländlicher Kommunen und zu den (neuen) Möglichkeiten der Integrierten Ländlichen Entwicklung
7. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 14./15. März 2005

Heft 35/2005

F. Obreque – Import von Landentwicklungsinstrumenten am Beispiel der Übertragung der bayerischen Dorferneuerung auf Chile (Dissertation)

Heft 36/2006

Ländliche Kommunen unter Druck – Wie kann der Partner Ländliche Entwicklung helfen?
8. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 27./28. März 2006

Heft 37/2007

Von Konkurrenz und Konfrontation zu Kommunikation und Kooperation – Ländliche Räume neu entdeckt?
9. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 12./13. März 2007

Heft 38/2008

Ländliche Räume – Stiefkinder in einer Republik von Stadtregionen?
10. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 10./11. März 2008

Heft 39/2009

Gebot der Stunde: (Neue) Wertschöpfung im ländlichen Raum – Zweckoptimismus oder reale Chance?
11. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 16./17. März 2009

Heft 40/2009
Für eine gerechtere Welt.
Festkolloquium am 4. Mai 2009

Heft 41/2010
F. Masum – Actors and Processes Behind Urban Fringe Development:
Mechanism to Guide Urban Land Management. Study on Dhaka, Bangladesch (Dissertation)

Heft 42/2010
Neue Anforderungen an zukunftsfähige Infrastrukturen
Landesentwicklung und Politiken für den ländlichen Raum auf dem Prüfstand
12. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 15./16. März 2010

Heft 43/2011
Schrumpfung als Herausforderung für ländliche Räume
Lösungswege, Strategien und Instrumente
13. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 14./15. März 2011

* vergriffen

Bei den lieferbaren Heften beträgt der Bezugspreis (inkl. Versand) 15,- €;
bei Heft 30/2004 beträgt der Bezugspreis (zuzüglich Versand) 25,- €

ISBN 978-3-935049-44-3